



Plenarprotokoll

60. Sitzung

Donnerstag, 16. Mai 2019

Misstände in der Paketbranche beseitigen	4536	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4539
Antrag der Fraktion der SPD		Kay Richert [FDP].....	4541, 4549
Drucksache 19/1444		Claus Schaffer [AfD].....	4542
Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen ..	4536	Flemming Meyer [SSW].....	4543
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Thomas Hölck [SPD].....	4544
Drucksache 19/1481		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	4545, 4547
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4548
		Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	4548
		Wolfgang Baasch [SPD].....	4537, 4547
		Werner Kalinka [CDU].....	4538, 4549

Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1444 und des Alternativantrags Drucksache 19/1481 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitbera- tend an den Sozialausschuss.....	4550	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4562
Export von Plastikmüll verbieten ...	4550	Dennys Bornhöft [FDP].....	4563
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1440		Flemming Meyer [SSW].....	4564
Verschärfung der Basler Konventi- on	4550	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4566
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1476		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1439 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/1479.....	4568
Stefan Weber [SPD].....	4550	Gemeinsame Beratung	
Heiner Rickers [CDU].....	4551	a) Die Herausforderungen der Zu- kunft gemeinsam meistern - Landesentwicklungsstrategie 2030 voranbringen	4568
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4552	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1457	
Dennys Bornhöft [FDP].....	4553	Neue strategische Schwerpunkte in der Landesentwicklung setzen	4568
Volker Schnurrbusch [AfD].....	4554	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1478	
Flemming Meyer [SSW].....	4555	b) Beteiligung des Landespla- nungsrats bei Grundsatzfragen der Raumordnung gewährleis- ten	4568
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4556	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1459	
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4558	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	4568, 4576
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/1440 und des Alternativantrags Drucksache 19/1476 an den Umwelt- und Ag- raraussschuss.....	4559	Claus Christian Claussen [CDU]....	4569
Straßenbegleitgrün aufwerten - Blühstreifen am Fahrbahnrand an- legen	4559	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4571
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 19/1439		Oliver Kumbartzky [FDP].....	4572
Blühendes Schleswig-Holstein	4559	Volker Schnurrbusch [AfD].....	4574
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/1479		Lars Harms [SSW].....	4575
Volker Schnurrbusch [AfD].....	4559, 4566	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4577
Heiner Rickers [CDU].....	4560	Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	4577
Sandra Redmann [SPD].....	4561	Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/1457 und 19/1459 2. Annahme des Alterna- tivantrags Drucksache 19/1478.....	4579

Mündlicher Bericht zum Bildungsbonus an den PerspektivSchulen in Schleswig-Holstein	4579	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4597
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	4598
Drucksache 19/1452		Volker Schnurrbusch [AfD].....	4599
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	4579	Lars Harms [SSW].....	4600
Tobias Loose [CDU].....	4581	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4601
Martin Habersaat [SPD].....	4583	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung.....	4602
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4585	Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 19/1434 federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Europa-	
Anita Klahn [FDP].....	4586	ausschuss	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	4587	2. Ablehnung des Alternativantrags Drucksache 19/1488	
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	4588	3. Annahme des Antrags	
Beschluss: Der Berichtsantrag Drucksache 19/1452 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....	4589	Drucksache 19/1441.....	4603
Gemeinsame Beratung		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	4604
a) Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung	4589	Gesetzentwurf der Fraktion der AfD	
Antrag der Abgeordneten des SSW		Drucksache 19/1107	
Drucksache 19/1434		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
b) Resolution des Landtages Schleswig-Holstein zur Europawahl 2019	4589	Drucksache 19/1398	
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW		Peer Knöfler [CDU], Berichterstatter.....	4604
Drucksache 19/1441		Dr. Frank Brodehl [AfD].....	4604
Für ein Europa der Vaterländer	4589	Tobias Loose [CDU].....	4605
Alternativantrag der Fraktion der AfD		Martin Habersaat [SPD].....	4606
Drucksache 19/1488		Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4607
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	4589	Anita Klahn [FDP].....	4608
Hartmut Hamerich [CDU].....	4590, 4601	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	4609
Bernd Heinemann [SPD].....	4592, 4600	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	4610
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4593	Beschluss: Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1107.....	4612
Stephan Holowaty [FDP].....	4594	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Übergangsregelung für Online-Casinospiele	4612
Jörg Nobis [AfD].....	4596	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
		Drucksache 19/1343	

Bericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1425

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
terstatterin..... 4612
Hans-Jörn Arp [CDU]..... 4612, 4619
Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 4614, 4620
Burkhard Peters [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4615
Jan Marcus Rossa [FDP]..... 4616, 4621
Claus Schaffer [AfD]..... 4618
Lars Harms [SSW]..... 4618
Hans-Joachim Grote, Minister für
Inneres, ländliche Räume und
Integration..... 4622

Beschluss: Verabschiedung des Ge-
setzentwurfs Drucksache 19/1343.. 4624

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel-
lung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres,
ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Ihre
Plätze ein. Diese Bitte gilt auch für die Vertreter der
Medien.

Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Hol-
steinischen Landtags. Erkrankt sind die Abgeordne-
ten Regina Poersch, Eka von Kalben, Christopher
Vogt und von der Landesregierung Minister
Dr. Buchholz. Wir wünschen allen eine gute Besse-
rung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind von der
Landesregierung Ministerpräsident Günther und
Ministerin Heinold am Nachmittag beurlaubt. Die
Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein hat nach § 47
Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mit-
geteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen
Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Hamerich
hat ebenso mitgeteilt, dass er nach § 47 Absatz 2
der Geschäftsordnung an der Teilnahme an der heu-
tigen Sitzung verhindert ist.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte
ich der Abgeordneten Özlem Ünsal herzlich zum
Geburtstag gratulieren. Alles Gute für das neue Le-
bensjahr!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie bitte mit
mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holstei-
nischen Landtags Schüler und Schülerinnen der
Isarnwohld-Schule. - Herzlich willkommen heute
hier im Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Misstände in der Paketbranche beseitigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1444

Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1481

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das
ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Frau Präsidentin! Der Online-Handel boomt. Immer mehr Menschen bestellen Waren online und lassen sich ihre Bestellung bequem direkt nach Hause bringen. Die Paketdienste verzeichnen dabei riesige Zuwächse. Der Paketmarkt hat in den letzten Jahren ein Umsatzplus von mehr als 30 % erreicht. Das ist beeindruckend und für die Branche insgesamt gut. Aber für die Arbeit bei den Paketdiensten zeichnet sich eher eine negative Entwicklung ab. Hier müssen wir handeln.

(Beifall SPD)

Für gute Arbeitsbedingungen in den Paketdiensten gilt es nicht nur zu streiten, sondern es gilt vor allem, sie umzusetzen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass das Wachstum in der Paketbranche zum erheblichen Teil auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Prekäre Arbeitsbedingungen breiten sich immer mehr aus. Es geraten auch die Unternehmen unter Druck, die tarifgebunden und mit korrekten Arbeitsbedingungen arbeiten. Davor dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Wir können nicht länger hinnehmen, dass das starke Wachstum in der Paketbranche überwiegend über prekäre Arbeitsbedingungen stattfindet und tariflich und sozial geschützte Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Beifall SPD und SSW)

Es ist ein Skandal, wenn Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden täglich zur Realität in der Paketbranche gehören, wenn das Gesetz über den Mindestlohn missachtet wird, wenn illegale Beschäftigung und die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Verstöße gegen wesentliche Vorschriften des Arbeitsschutzes immer und immer wieder an der Tagesordnung in der Paketbranche sind.

Die in der Branche üblichen langen Subunternehmerketten begünstigen dieses verantwortungslose Handeln von Unternehmen auch noch. Darum kann und darf verantwortliche Politik hier nicht wegsehen, sondern verantwortliche Politik muss handeln.

(Beifall SPD)

Mit einem Entschließungsantrag des Bundesrates wurde die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Damit sollen die Arbeitnehmerrechte für Paketbotin-

nen und Paketboten gesichert sowie die Nachunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge in der Paketbranche eingeführt werden. Eine Initiative des Bundesrates ist dringend notwendig, damit auch in der Paketbranche faire Arbeit und fairer Wettbewerb zusammengehören und Realität werden. Der nordrhein-westfälische Minister Karl-Josef Laumann, CDU, hat dies in der Bundesratsdebatte sehr präzise formuliert und auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

„Im Kern geht es bei unserer Debatte heute genau um diesen Punkt: faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu schaffen und Wildwuchs von Arbeitsverhältnissen, die dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft widersprechen, einzudämmen.“

(Beifall SPD und SSW)

Warum ist es nun notwendig, dass wir heute hier im Landtag von Schleswig-Holstein über diesen Entschließungsantrag des Bundesrats diskutieren? Der eigentliche Skandal ist, dass es die Jamaika-Koalition aus Schleswig-Holstein am 12. April 2019 nicht geschafft hat, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen. Unsere schwarz-gelb-grüne Landesregierung verschließt die Augen vor den Missständen in der Paketbranche. Unfassbar!

(Zurufe CDU und FDP - Beifall SPD)

Wir sollten aber nicht länger die Augen verschließen, sondern die Arbeitnehmerrechte der Paketbotinnen und Paketboten umgehend stärken. Hierzu bedarf es einer angemessenen Entlohnung und der sozialen Absicherung, am besten durch Tarifverträge, sowie einer umfassenden Dokumentationspflicht der Arbeitszeit; denn nur wenn geleistete Arbeitszeit erfasst und vergütet wird, gibt es einen fairen Wettbewerb. Die vollständige Erfassung der Arbeitszeit wurde nun auch vom Europäischen Gerichtshof angemahnt, was wir sehr begrüßen.

(Beifall SPD und SSW)

Mit der Nachunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge stärken wir die Sozialsysteme und verringern die Anzahl der Aufstocker in der Paketbranche.

Ich kann nicht verstehen, warum die schleswig-holsteinische Jamaika-Regierung diesen überzeugenden Argumenten nicht folgen kann. Noch viel weniger Verständnis habe ich für ihren Antrag. Diese Kompromisslösung zwischen drei Parteien ist nur weiße Salbe und ändert gar nichts an den Missständen in der Paketbranche.

(Wolfgang Baasch)

(Beifall SPD)

Ich bin froh, dass der SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sich des Themas annimmt und dass hier bald gesetzliche Regelungen vorliegen werden.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja, das will ich gern tun, Frau Präsidentin. - Ich bin froh, dass die CDU-Fraktion im Bundestag vernünftiger sein will als die hier im Landtag. Der Koalitionsausschuss auf Bundesebene hat hier die richtigen Weichen gestellt.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind nicht bereit, durch Wegschauen dazu beizutragen, dass Menschen ausgebeutet oder unwürdig behandelt werden.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass man sich in Berlin darauf verständigt hat, dort, wo es nötig ist, in der Paketdienstbranche durchzugreifen und gegebenenfalls die Nachunternehmerhaftung gesetzlich zu regeln.

Wer faktisch Dienstherr und Chef ist, also das Sagen hat, der muss auch die Verantwortung tragen, und zum Arbeitsleben gehört selbstverständlich auch die Würde. Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sind erklärtes EU-Ziel. Die EU hat 2017 mit der Europäischen Säule sozialer Rechte die Grundlagen gelegt. Das, was wir diskutieren, ist auch eine Antwort auf die Frage prekärer atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die seit Längerem ein Thema sind.

Genau darum geht es auch hier zum Teil. Wir haben hier eine Branche, die nicht schwach ist. Es gibt dort etwa 500.000 Beschäftigte und 3 Milliarden Pakete. Wenn man sich die konkrete Situation genau anschaut, dann sieht man, dass diejenigen, die die Pakete transportieren, egal ob sie angestellt oder

selbstständig sind, im Regelfall unter großem Druck stehen. Sie müssen schnell abliefern, sie müssen alles genau einhalten. Sie tragen das Risiko für ihr Fahrzeug, sie haben sich mit dichtem Verkehr herumzuschlagen, und sie haben eigentlich bescheidene Verdienstmöglichkeiten.

Wer alles dafür tut, dass er den Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdient und verdienen kann, der verdient auch, dass wir uns um seine Probleme und um seine Sorgen kümmern. Soziale Standards sind eine Säule der sozialen Marktwirtschaft, und es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, dass diejenigen, die sich an die Regeln halten, nicht dadurch geschwächt werden, dass diejenigen, die gegen die Regeln verstoßen, mehr Boden gewinnen. Das ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Man kann ja nicht bestreiten, dass sich in dieser Branche die sogenannte Waffengleichheit der Tarifpartner einseitig entwickelt hat. Gleichwohl sind wir nicht bereit, eine pauschale Verdächtigung gegen Arbeitgeber und gegen eine Branche auszusprechen. Es gibt sicherlich auch eine Reihe an Arbeitgebern, die sich ganz an die Vorschriften halten. Aber wir nehmen uns als Politik das Recht heraus, genau hinzuschauen, weil es Anhaltspunkte gibt, die man nicht bestreiten kann und die auch wir nicht bestreiten. Wer sich an die Regeln hält, der hat nichts zu befürchten. Wer das nicht tut, der muss - wie immer im Leben - auch die Folgen in Kauf nehmen.

Wir haben umfassende Arbeitnehmerrechte. Deshalb ist es wichtig, zunächst einmal zu schauen, wie Vollzugsdefizite abgebaut werden können. Es ist der Kernpunkt unseres Antrags, dies in den Mittelpunkt zu stellen. Ich halte es eigentlich für ganz logisch, dass man erst nach der Betrachtung die Analyse vornimmt, die dann die Folgerungen nach sich zieht.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Gedanken hinzufügen, der eigentlich zu diesem Thema gehört, nämlich die Frage, ob das Geschäftsmodell, über das wir uns hier unterhalten, eigentlich eine richtige Entwicklung ist. Es wäre doch eigentlich viel besser, wenn wir Arbeit, Wohnen und Freizeit dichter im Umfeld beieinander hätten, statt dass sich unsere Gesellschaft immer mehr dahin entwickelt, dass Dinge über Hunderte von Kilometern transportiert und gefahren werden.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Ich mache ich mir die Welt, wie sie mir gefällt!)

(Werner Kalinka)

- Müssen wir uns nicht auch Gedanken darüber machen, wie wir wieder einen stärkeren regionalen Bezug zu den Dingen herstellen können? Ich finde, das ist eine lohnende Diskussion. Ich mache mir die Welt nicht, wie sie ist. Ich mache mir die Welt so, wie sie vielleicht für die arbeitenden Menschen und die Familien gut sein könnte.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Werner Kalinka [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kalinka, wenn man Ihre Rede hört, ist man förmlich darüber gerührt, wie Sie es mit den Arbeitnehmerrechten halten. Da das wahrscheinlich keine besinnliche Rede sein soll -, wir haben ja auch nicht Weihnachten frage ich -: Was folgt eigentlich aus dem, was Sie hier vortragen, mit Blick auf das Abstimmungsverhalten Ihrer Koalition im Bundesrat, wenn selbst die Bundestagsfraktion der CDU, in der ja nicht nur der Arbeitnehmerflügel vertreten ist, verstanden hat, dass jetzt endlich etwas gegen die Ausbeutung in der Paketzustellerbranche unternommen werden muss?

Was folgt eigentlich aus Ihren warmen Worten, außer dass Sie nicht zustimmen wollen, ernsthaft etwas dagegen zu tun? Das würde ich gern wissen.

- Warten Sie doch ab, wie wir gleich über die Anträge abstimmen. Warten Sie doch einfach ab.

(Beifall CDU und FDP)

- Das ist ja interessant.

- Daraus folgt, dass das kein Thema ist, das mit dem heutigen Tag beendet ist, sondern ein Thema, mit dem wir uns weiter beschäftigen, bei dem wir unser Meinungsbild machen und die notwendigen Diskussionen führen. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung. Das ist kein Thema, das heute erledigt ist. Wir beraten allerdings für unser Landesparlament, und wir freuen uns, dass wir in Berlin nicht auf taube Ohren stoßen.

(Beifall CDU - Zurufe)

- Ja, das war es schon dieses Mal.

(Vereinzelter Beifall CDU - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die Grundsätze, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, dass Arbeit sich lohnen muss und dass zum Arbeitsleben auch die Würde gehört, müssen wir mit der Wirklichkeit abgleichen. Je schneller wir dies auf dem richtigen Weg haben, desto stabiler bleibt im Übrigen auch unsere Gesellschaft, weil die Menschen dann wissen, dass dies ein richtiger Weg ist, für den es sich lohnt, sich einzusetzen, zu arbeiten und sich zu engagieren. Das scheint mir ein letzter nicht unwichtiger Punkt zu sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt in Schleswig-Holstein prekäre Arbeitsverhältnisse. Das gilt nicht nur für die Branche der Paketboten, sondern auch für eine ganze Reihe weiterer Branchen. Nach wie vor finden sich immer wieder Schlupflöcher hin zu prekären Beschäftigungen. Viele von den prekär beschäftigt Arbeitenden kommen aus osteuropäischen EU-Ländern zu uns. Die EU-Entsenderichtlinie und ihre Umsetzung sind zwar ein großer Fortschritt in der EU-Politik, aber noch kein Garant für gerechte Lebensbedingungen bei uns.

Welche Folgen diese Arbeitsmigration hat, hat sich der Sozialausschuss vor einigen Jahren in Lettland angeschaut. Er hat sich die Folgen für die Familien, für die Wirtschaft für die sozialen Strukturen angeschaut.

In einem EU-Mitgliedsland wie Rumänien sind 5 Millionen von 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ganz oder zeitweise Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter im europäischen Ausland. Die Folge sind über 300.000 Arbeitsvollwaisen.

Selbst wenn eine faire Bezahlung des landesüblichen Mindestlohns über die EU-Richtlinie garantiert ist, ist das Einkommen von Arbeiterinnen und Arbeitern hier und auch in anderen Ländern zum Beispiel durch unangemessene Nebenkosten, nicht bezahlte Überstunden und so weiter oft geschmälert.

Hinzu kommt, dass es schwierig ist, die EU-Entsenderichtlinie von der zuständigen Fachbehörde, dem

(Bernd Voß)

Zoll, praktikabel umzusetzen. Ob jemand das richtige Papier - zum Beispiel aus Rumänien - vorlegt, lässt sich kurzfristig manchmal schlecht ermitteln. In Europa gibt es über 24 Sprachen und für den Zoll immer wieder neue Situationen.

Das Projekt „Faire Mobilität“ ist ein wertvolles Informationsangebot in einigen Muttersprachen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den EU-Ländern. Das wird von der jetzigen ebenso wie von der vorherigen Landesregierung unterstützt.

Von den schwierigen Bedingungen im Niedriglohnssektor sind natürlich nicht nur Menschen aus anderen Ländern betroffen; ich bringe einmal die Zahlen der Gewerkschaften für den Postkurier- und den Expressdienstleistungsbereich in Schleswig-Holstein: Nur 31 % der Beschäftigten sind sozialversicherungspflichtige Vollbeschäftigte; 24 % sind sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte; 31 % Beschäftigte üben die Tätigkeit als Minijobs aus; 14 % machen es als Minijobs im Nebenjob. Das ist nicht alles: Viele Arbeitnehmer in dem Bereich sind scheinselfständig und werden natürlich nicht erfasst.

Das funktioniert, weil wir das Prinzip der Werkverträge haben; es schwimmt, wenn es immer weitergegeben wird. Jüngst haben die Kontrollen in Niedersachsen den Handlungsbedarf bestätigt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wolfgang Baasch?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Wolfgang Baasch [SPD]: Herr Kollege Voß, vielen Dank! - In Ihrem Antrag, den Sie, die Jamaika-Koalition, formuliert haben, habe ich keine Worte zur Nachunternehmerhaftung gelesen. Werden Sie sich als Fraktion dafür einsetzen, dass die Landesregierung sich im Bundesrat dafür einsetzt, genau diese Nachunternehmerhaftung als neues Instrument - in Ihrem Antrag wird diese nicht erwähnt - umzusetzen?

- Vielen Dank, dazu hätte ich gleich noch etwas gesagt. Natürlich ist die Nachunternehmerhaftung eines der Instrumente, das nachgeschärft werden muss. Ich möchte Sie verbessern: Die Nachunternehmerhaftung ist nicht neu. Im Baugewerbe besteht sie seit 2002 und hat sich soweit bewährt. Im letzten Jahr haben wir sie in der fleischverarbeiten-

den Industrie eingeführt. Das ist eines der Instrumente; weitere sind Zeitaufzeichnung, Zeitkonten und so weiter. Nach dem Urteil von gestern werden wir hierzu gute Umsetzungsmöglichkeiten finden müssen.

- Gilt das auch für die Paketbranche?

- Ja, natürlich; aber ich betone - das habe ich am Anfang gesagt -: Die Paketbranche ist nur ein Bereich, der betroffen ist und der im Moment medial ganz oben steht. Aber wir müssen uns alle Bereiche anschauen. Ich glaube, das spiegelt unser Antrag wesentlich wider.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Hauptzollämter in Schleswig-Holstein, Lübeck und Kiel klagen über Personalmangel. Die hier vorgeschriebenen Kontrollen über die Einhaltung der sozialversicherungsrechtlichen Verpflichtungen erfolgen meist nur risikoorientiert oder aufgrund von Hinweisen.

Ich glaube, allen ist klar: Schleswig-Holstein will mit dieser Regierung das mittelstandsfreundlichste Land werden. Fair wirtschaftende kleine mittelständische Unternehmen dürfen am Markt keinen Nachteil erfahren, weil große Konzerne ihre Verantwortung an Subunternehmen abgeben, die diese ihrerseits weitergeben und so weiter. Das alles sind keine legalen Praktiken, die aber im jetzigen Gesetzessystem möglich sind. Von daher muss hier gesetzlich nachgearbeitet und vorgegangen werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nachunternehmerhaftung nimmt insbesondere die großen Player in die direkte Mitverantwortung. Sie erleichtert und verkürzt die behördlichen Kontrollen. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, wenn es um die Administration geht.

Ich habe es bereits gesagt: Das alles ist nicht neu. Wir haben die Nachunternehmerhaftung bereits in anderen Branchen und werden sie wahrscheinlich auch in weiteren Branchen bekommen.

Die große Koalition auf Bundesebene aus CDU, CSU und SPD hat im Koalitionsausschuss - ich glaube, das war vorletzte Nacht - beschlossen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nachunternehmerhaftung auch für die Zustellerbranche auf den Weg zu bringen. Das ist aus unserer Sicht eine gute Entscheidung. Wir dürfen nicht zulassen, dass große namhafte Unternehmen Schlupflöcher suchen, sie auch immer wieder finden, und gesetzli-

(Bernd Voß)

che Vorgaben umgehen. Das ist schlicht und einfach Gift für die soziale Marktwirtschaft. Von daher bitte ich darum, die beiden Anträge in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Sozialausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind in unserem Beruf oft auch am Abend unterwegs. Wenn ich dann allerdings zu Hause bin und es klingelt an der Tür - so nach acht Uhr -, dann fühle ich mich gestört. Das ist eine Zeit, in der man zur Ruhe kommen will, in der man gern mit der Familie auf dem Sofa sitzt und in der man sich über den Tag austauscht.

(Heiterkeit - Zurufe: Acht Uhr? - Nichts zu tun?)

Früher waren in dieser Zeit die späten Störer oft Freunde der Kinder oder distanzlose Nachbarn. Heute ist es häufig jemand, der vielleicht auch gern bei seiner Familie wäre, nämlich ein Paketzusteller; meist ist es ein junger Mann mit einem unmarkierten weißen Lieferwagen, bei dem vorne hinter der Windschutzscheibe ein Pappschild mit dem Logo eines größeren Zustellers steht.

Ohne Zweifel: Es gibt in der Paketzustellerbranche massive Missstände, aber nicht nur hier. Auch in anderen Bereichen der Wirtschaft sind in den vergangenen Jahren massive Missstände aufgedeckt worden.

Herr Kollege Baasch, Sie sprechen vom verantwortungslosen Handeln, davon, dass 16-Stunden-Tage und die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen ein Skandal seien. Sie haben damit natürlich Recht. Brauchen wir aber deshalb neue Gesetze? Müssen wir die gesamte deutsche Wirtschaft deshalb schlechtmachen und verurteilen? Muss die Bürokratie erweitert werden, um die Missstände in den Griff zu kriegen?

(Beate Raudies [SPD]: Ja, offensichtlich!)

Wir müssen festhalten: Lohndumping und Unterschreitung des Mindestlohns sind bereits verboten; das Ausnutzen von Scheinselbstständigkeit ist verboten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dann müssen Sie das kontrollieren! Es ist ja schon verboten!)

- Herr Kollege Stegner, Lautstärke ersetzt keine Kompetenz.

(Vereinzelter Beifall FDP - vereinzelt Heiterkeit)

Schwarzarbeit ist auch verboten. - Ja, es scheint Verstöße zu geben. Aber was ist unsere Antwort darauf? Wenn Gesetze nicht eingehalten werden: Kann es unsere Antwort sein, den Verantwortlichen zu ändern, dass wir den Verstoß hinnehmen und in eine andere Richtung zeigen?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das entspricht nicht meinem Verständnis von gerechtem Staatshandeln.

Herr Kollege Baasch, Sie sagten eben, wir sollten die Augen davor nicht verschließen. Damit haben Sie völlig recht. Wir sollten aber unseren Blick in die richtige Richtung lenken.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht wegsehen!)

Wenn der Mindestlohn unterschritten wird, wenn Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit bestehen, dann muss das Delikt verfolgt werden; der oder die Schuldige muss dann sanktioniert werden. So einfach ist Latein.

(Beate Raudies [SPD]: Der Arbeitnehmer?)

Unsere mittelständische Wirtschaft hält sich zum weitaus größten Teil an die bestehenden Gesetze; das ist doch Fakt. Aber nicht nur das, all die gesetzestreuenden Unternehmerinnen und Unternehmer sind doch auf unserer Seite, wenn es gegen die Schummler und Schieber geht,

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

und zwar aus eigenem Interesse. Denn sie sind es doch, die für die Unehrllichen mitherangezogen werden, sowohl finanziell als auch - das sieht man bei Ihnen gut - moralisch.

Ich finde, es hat einen sehr schalen Beigeschmack, wenn Sie die Wirtschaft, seien es mittelständische, große oder kleine Unternehmen, unter Pauschalverdacht stellen. Nichts anderes fordern Sie mit Ihrem Antrag. Wir wollen das nicht. Aber Sie bleiben nicht dabei; Sie wollen die weitere Strangulierung der Betriebe mit noch weiteren Dokumentationspflichten, mit noch mehr Bürokratie.

(Unruhe SPD)

(Kay Richert)

Gerade für Schleswig-Holstein mit seiner kleinteiligen Wirtschaftsstruktur ist das wirklich schlimm. Mich wundert, dass Sie das einfach nicht verstehen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir wollen die Betriebe entlasten, wie wir es bereits getan haben. Ich erinnere hier zum Beispiel an die Abschaffung des Landesmindestlohns oder an die sehr gute Erneuerung des Vergaberechts.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gut finden Sie das?)

- Ja, selbstverständlich finde ich das gut. Das ist ja auch gut. Nicht nur wir finden das gut, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Auch die gesamte Wirtschaft findet das gut. Das schafft Arbeitsplätze und ist gut für Schleswig-Holstein, auch wenn Sie das leider nicht verstehen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir werden Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland machen, und Murks aus Berlin können wir dabei nicht gebrauchen.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Wie wir gestern aus den Nachrichten entnehmen konnten, hat sich der Koalitionsausschuss in Berlin jetzt tatsächlich darauf geeinigt, in der Zustellerbranche die Nachunternehmerhaftung mit allen daraus resultierenden Folgen umzusetzen. Gleichzeitig sollen kleine und mittlere Unternehmen - Bürger und Verwaltung - vom Bürokratieabbau profitieren. - Ich muss sagen, da bin ich sehr gespannt: zusätzliche Dokumentationspflichten und gleichzeitig Abbau von Bürokratie, das ist doch einmal ein Ding!

Entweder die GroKo in Berlin kann zaubern, oder es erwartet uns ein weiteres Lippenbekenntnis, eine weitere Mogelpackung oder wieder einmal eine leere Ankündigung. Dabei war die GroKo doch auf einem guten Weg, jedenfalls die Union. Bundeswirtschaftsminister Altmaier, der in letzter Zeit nicht viel wirtschaftliches Gespür bewiesen hat, hat die Nachunternehmerhaftung bis zuletzt abgelehnt und gemahnt, die Unternehmen dürften angesichts der zuletzt schwachen Konjunktur nicht zusätzlich belastet werden. Neue bürokratische Belastungen müssten vermieden werden. - Schade, dass er sich diese richtige Haltung hat abkaufen lassen.

Wir wollen, dass Verstöße gegen die bestehenden Gesetze geahndet werden. Lohndumping, Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit, all das ist mit den bestehenden Gesetzen in den Griff zu bekommen. Wir wollen aber nicht, dass nur der Mittel-

stand für die Verfehlungen anderer haftet. Wir wollen nicht, dass unsere Betriebe in Bürokratie erstickt, und wir wollen auch nicht, dass unsere Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht gestellt werden.

(Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Meine Güte!)

Die Bundesregierung, das muss man einmal festhalten, entfernt sich immer weiter von den mittelständischen Betrieben in unserem Land, den Betrieben, in denen die Unternehmer und die Arbeitnehmer den Wohlstand unseres Landes erwirtschaften.

Wir Freie Demokraten werden auch weiterhin zu unserem soliden Kurs stehen. Leider hat sich die Union in Berlin dieses Rückgrat abkaufen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Der Online-Handel verzeichnet überdurchschnittliche Wachstumsraten, und dies führt in der Folge zu einer stark ansteigenden Zahl von Paketsendungen. Bis zum Jahr 2022 wird die jährliche Zahl von Paketsendungen - ausgehend von heute - um rund einer Milliarde auf 4,3 Milliarden Sendungen ansteigen. Der Großteil entfällt dabei auf private Bestellung, also auf Kunden wie Sie und mich.

Diese Erfolgsgeschichte des Onlinehandels hat leider auch zu starken Verwerfungen in der Zustellerbranche geführt. Die Arbeitsbedingungen der Zusteller haben sich erheblich verschlechtert. Dort herrscht inzwischen ein geradezu unmenschlicher Zeitdruck, unter dem die Zusteller ihre Arbeit verrichten müssen. Die Kontrollen des Zolls haben ergeben, dass die Reallöhne oft unter dem Mindestlohn liegen. Stundenlöhne von 4,50 € und 16-Stunden-Dienste sind eher die Regel als die Ausnahme.

Diese Missstände wurden möglich, weil die Unternehmen an der ersten Stelle der Lieferkette meist Subunternehmen beauftragen, die dann wiederum vorzugsweise Arbeitskräfte aus Osteuropa einsetzen. Zollkontrollen ergaben zudem, dass diese Menschen oft auch mit gefälschten Dokumenten, für Billiglöhne und unter beschämenden Arbeitsbedingungen arbeiten müssen. Nicht selten unterbleibt

(Claus Schaffer)

von diesen Subunternehmern dann auch die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge.

Es wird höchste Zeit, dagegen etwas zu unternehmen, und dieser Ball liegt im Feld der Politik. Wo gesetzliche Regelungen nicht ausreichen oder greifen, muss nachgebessert werden. Dazu haben wir bereits gesetzliche Vorbilder, an denen wir uns auch für die Paketbranche orientieren können. So gibt es zum Beispiel die Generalunternehmerhaftung, die Nachunternehmerhaftung in der Baubranche und das Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft. Diese Gesetze sehen die Nachunternehmerhaftung, also eine Haftung bei Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen, vor. Eine solche Haftung greift beispielsweise dann nicht, wenn sich der Auftragnehmer von seinem Subunternehmer eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bei der zuständigen Einzugsstelle der Krankenkasse ausstellen lässt und so nachweist, dass die Sozialversicherungsbeiträge in der Vergangenheit stets abgeführt wurden. Diese Regelungen haben sich in der Praxis bewährt und können für die Paketbranche angepasst und übernommen werden.

Selbstverständlich gehört dazu auch, die Zahlung der Mindestlöhne zu überwachen und die Dokumentation der täglichen Arbeitszeit einzufordern. Bisher gilt nämlich für Arbeitnehmer in der Paketbranche nach dem Arbeitszeitgesetz nur die Verpflichtung, die über acht Stunden pro Tag hinausgehende Arbeitszeit aufzuzeichnen. Das gilt aber nur, wenn Lieferfahrzeuge eingesetzt werden, die das zulässige Gesamtgewicht von 2,8 t nicht überschreiten. Werden Lieferfahrzeuge mit einem höheren Gewicht eingesetzt, greifen die verschärften Aufzeichnungspflichten nach dem Fahrpersonalrecht.

Viele Subunternehmer rechnen das zeitaufwendige Be- und Entladen der Fahrer nicht als Arbeitszeit an. Das ist leider in der Paketbranche gängige Praxis und in keiner Weise hinnehmbar. Hier bedarf es einer einheitlichen gesetzlichen Regelung, die auch das Be- und Entladen der Fahrzeuge zur Arbeitszeit hinzuzählt. Denn das ist doch wohl der Kernbereich der Arbeit in dieser Branche. Die Einhaltung der zulässigen Arbeitszeit muss von der zuständigen Behörde hinreichend überwacht werden. Das darf hier nicht aus dem Blick geraten.

Die Einführung der Nachunternehmerhaftung für Sozialversicherungsbeiträge und die verstärkte Dokumentationspflicht sind Schritte in die richtige Richtung. Bei den jetzigen Zuständen in der Paketbranche muss der Grundsatz gelten, dass auch der, der etwas arbeitsvertraglich auslagert, weiterhin in der Verantwortung bleibt.

Die Missstände in der Paketbranche werden wir sicherlich nicht über Nacht beseitigen können. Wir müssen aber darauf hinwirken, dass der Zusteller, der uns unser Paket bringt, über einen fairen Arbeitsvertrag verfügt und angemessen entlohnt wird. Die Einhaltung bisheriger gesetzlicher Regelungen bei Arbeitszeit und Mindestlohn erfolgt hier offenkundig in vielen, vielen Fällen nicht. Da ist der jamaikanische Alternativantrag zu unkonkret und angesichts der eklatanten und bekannten Missstände nicht ausreichend. Selbst die GroKo in Berlin ist da einen Schritt weiter und hat sich für eine Nachunternehmerhaftung in der Paketbranche ausgesprochen. Das wird in der Branche nicht einmal kritisch gesehen, zum Teil begrüßt sie das sogar. Das ist also genau das Entgegengesetzte von dem Verlust des Rückgrats, das ist tatsächlich das Zeigen von Rückgrat.

Die AfD-Fraktion unterstützt daher den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, denn wir entscheiden - wie immer - nach Inhalt und nicht nach Herkunft einer politischen Idee. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über das, was bisher zu den Zuständen in der Paketbranche berichtet wurde, kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Gefälschte Pässe, Fahren ohne Führerschein oder Lohndumping gehören hier offenbar zur Tagesordnung. Der Druck auf viele Beschäftigte muss enorm sein.

Leider sprechen wir hier nicht nur über einige schwarze Schafe, denn Ermittlungen haben gezeigt, dass jede dritte Zustellfirma gegen das Arbeitsrecht verstößt. Wer in diesem Zusammenhang von mafiösen Strukturen spricht, liegt vielleicht gar nicht falsch. Man kann zumindest nicht leugnen, dass wir es mit einem strukturellen Problem zu tun haben. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die SPD dieses Thema hier bei uns im Land auf die Tagesordnung setzt. Dafür noch einmal vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Bekanntlich werden immer mehr Waren über das Internet vertrieben. Damit wächst auch der Paketmarkt immer weiter. Mittlerweise sind fast eine halbe Million Menschen als Auslieferer in der Post-,

(Flemming Meyer)

Kurier- oder Expressbranche beschäftigt. Die SPD weist völlig zu Recht darauf hin, dass dieses Wachstum überwiegend über prekäre Beschäftigung stattfindet.

Im Jahr 2007 haben die Vollzeitbeschäftigten in dieser Branche noch über 10 % mehr verdient als das Durchschnittsgehalt in der gesamten Wirtschaft - über 10 % mehr! 2017 lagen sie über 30 % darunter - über 30 %! Das ist eine enorme Absenkung des Lohnniveaus. Tarifliche Bezahlung ist damit also eher die Ausnahme und nicht die Regel. Im Ergebnis verdienen manche Paketboten heute unter 5 € pro Stunde, und das bei Arbeitszeiten von über 16 Stunden am Tag. Aus Sicht des SSW ist das einfach nur beschämend. So eine Praxis können und wollen wir nicht dulden.

(Beifall SSW, SPD und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eigentlich steht den Fahrern seit diesem Jahr ein Stundenlohn von 9,19 € zu. Eigentlich, denn auch aktuelle Kontrollen zeigen, dass sich Unternehmen häufig nicht daran halten. Rein theoretisch können die auftraggebenden Unternehmen für ihre Vergehen belangt werden, aber es fehlt offenbar an genügenden Kontrollen, oder die entsprechenden Strafen werden einfach einkalkuliert.

Wie auch immer: Ausbaden müssen das letztlich die Fahrerinnen und Fahrer. Vor allem diejenigen, die bei einem der vielen Subunternehmer angestellt sind, haben mitunter erschreckende Arbeitsbedingungen. Es ist und bleibt also hochaktuell, die Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und -boten zu sichern.

Dass Minister Altmaier monatelang mauert und darauf hinweist, dass man der Wirtschaft keine weiteren Belastungen aufbürden dürfe, halte ich wirklich für befremdlich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Löhne immer weiter sinken, obwohl die Branche boomt, dann ist doch ganz offensichtlich etwas faul. Wenn Fahrerinnen und Fahrer mitunter in ihren Transportern übernachten müssen, dann so wieso.

Für uns ist deshalb klar, dass wir dringend die gesetzlichen Voraussetzungen für die Nachunternehmerhaftung brauchen. So wie es jetzt läuft, kann es auf jeden Fall nicht weiterlaufen.

Wenn wir uns diese Zustände vor Augen führen, ist es doch völlig logisch, dass Versandunternehmen

verpflichtet werden müssen, Sozialbeiträge für säumige Subunternehmer nachzuzahlen. Viele Paketdienste arbeiten nun einmal nicht mit festangestellten Zustellern, sondern mit solchen Subunternehmern. Laut Medienberichten liefert das Unternehmen Hermes zum Beispiel gerade noch 10 % seiner Pakete selbst aus. Die angeheuerten Unternehmen zahlen dann aber leider oft Niedriglöhne und mitunter auch keine Sozialbeiträge. Die Auftraggeber sind aus der Verantwortung.

Wir gehen davon aus, dass nur eine gesetzliche Verpflichtung endlich zur flächendeckenden Verbesserung führt. Deshalb halten wir es für wichtig, dass die Nachunternehmerhaftung auch in der Zustellerbranche eingeführt wird.

(Beifall SSW und SPD)

Auch wenn es eigentlich eine sozialpolitische Selbstverständlichkeit ist, möchte ich das ganz klar sagen: Es ist aus Sicht des SSW erfreulich, dass sich die Koalitionspartner in Berlin nun endlich auf diesen Weg machen. Bekanntlich haben sich CDU/CSU und SPD auf einen entsprechenden Gesetzentwurf verständigt. Wir werden trotzdem weiterhin genau hinschauen; denn wir wollen, dass die Beschäftigten in der Zustellbranche endlich wirkungsvoll vor Ausbeutung geschützt werden. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Jamaika-Koalition, Sie haben einen Alternativantrag vorgelegt, der mit der Realität, mit Ihrer politischen Realität, wenig zu tun hat.

(Beifall SPD)

Sie reden von sozialer Marktwirtschaft und handeln in diesem Parlament unsozial. Denn wer hat denn hier Arbeitnehmerrechte geschliffen? - Das war Jamaika. Wer hat Mieterrechte geschliffen und abgebaut? - Das war Jamaika.

(Kay Richert [FDP]: Wo denn?)

- Wer hat denn die Mietpreisbremse abgeschafft? - Das waren Sie doch!

(Kay Richert [FDP]: Ja und?)

(Thomas Hölck)

- Das sind Mieterrechte, die Sie den Mietern genommen haben.

(Kay Richert [FDP]: Wo haben wir die Arbeitnehmerrechte geschliffen?)

- Dazu komme ich gleich.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Es steht in Ihrem Antrag - ich zitiere -:

„Der Landtag stellt fest, dass unter anderem gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für alle Bereiche die Grundlage für unsere soziale Marktwirtschaft sind.“

Wer hat denn das arbeitnehmerfeindlichste Vergabegesetz beschlossen? - Das waren Sie von Jamaika.

(Zuruf Kay Richert [FDP] - Annabell Krämer [FDP]: Wir schaffen Arbeitsplätze!)

Sie schreiben so etwas in den Antrag. Das passt nicht zusammen.

Dann schreiben Sie in Ihren Antrag:

„Verstößen gegen das Mindestlohngesetz, der rechtswidrigen Ausnutzung von Scheinselbstständigkeitsverhältnissen oder der Schwarzarbeit ist entschieden entgegenzutreten.“

Dann handeln Sie doch! Dann machen Sie sich doch gemeinsam mit uns auf den Weg, die Nachunternehmerhaftung einzuführen.

(Beifall SPD)

Das Schärfste, was Sie da reingeschrieben haben, lautet:

„Sollten gesetzliche Lücken identifiziert werden, müssen diese geschlossen werden. Verstöße sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden.“

(Kay Richert [FDP]: Ist doch gut! - Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Kollege Kalinka sprach von einer Analyse, die benötigt werde und die notwendig sei. Wenn man sich informiert hat, weiß man, dass die letzten Kontrollen gerade in diesem Jahr gezeigt haben, dass jedes sechste Arbeitsverhältnis missbräuchlich ist - jedes sechste Arbeitsverhältnis! Es gibt die Analysen. Sie müssen handeln, Sie tun es aber nicht.

Mich hat allerdings gefreut, Herr Kalinka, dass Sie gesagt haben, zum Arbeitswesen gehöre die Würde. Das kann ich wirklich unterschreiben. Aber gehört es zur Würde, wenn Subunternehmer in der Paketbranche in der Weihnachtszeit im Sprinter über-

nachten und auf den nächsten Auftrag warten? - Nein! Gehört es zur Würde, wenn Werksvertragsarbeitern die Krankenkassenkarten abgenommen werden, damit sie wieder im Heimatland zum Arzt gehen, wenn sie krank werden? - Nein! Gehört es zur Würde, wenn die Werksvertragsarbeiter irgendwo im Wald leben? Gehört es zur Würde, wenn sie eingepfercht irgendwo in Wohnungen für sehr viel Miete untergebracht sind? - Nein! Deshalb müssen wir die Nachunternehmerhaftung für viele Branchen einführen, insbesondere in der Paketbranche, weil der Missbrauch hier am offensichtlichsten ist.

(Beifall SPD)

Es geht darum, die prekären Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen, die stark zugenommen haben. Es geht um die Reduzierung von Schwarzarbeit, es geht um die Aufdeckung und Ahndung von Mindestlohnverstößen, Verstößen gegen die Arbeitszeiterfassung und insbesondere um die Ausbeutung von ausländischen Arbeitskräften.

Gegen die Nachunternehmerhaftung, die in der Baubranche 2002 eingeführt wurde, waren die Arbeitgeber auch. Heute sagt der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Baugewerbes - -

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zu Ihrem letzten Satz.

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, noch ein Satz: „Wir haben das damals auch nicht gewollt“. Doch durch die neue Regelung sei es in der Branche „deutlich ordentlicher geworden“. - Diese Erkenntnis und diese Anerkennung machen deutlich, dass die Nachunternehmerhaftung auch in der Paketbranche durchgesetzt werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat in Vertretung für den erkrankten Wirtschaftsminister der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz der unterschiedlichen Debattenbeiträge stelle ich einmal am Ende der Diskussion eines

(Minister Dr. Heiner Garg)

fest: Ich habe den Eindruck, dass wir parteiübergreifend - das war jedenfalls mein Eindruck - ein Problem nicht nur identifiziert haben, sondern es auch bekämpfen wollen. Ich behaupte sogar, dass wir uns im Grunde einig sind, dass die Arbeitsbedingungen in der Paketzustellerbranche jedenfalls zum Teil prekär sind und die Missstände offensichtlich sind. Die Negativbeispiele aus dieser Branche, die die Vorrednerinnen und Vorredner aufgeführt haben, kenne ich nur zu gut. Ich will übrigens gleich am Anfang darauf hinweisen - ich glaube, es waren unter anderem der Kollege Meyer und der Kollege Richert, die auch auf entsprechende Regelungen in der fleischverarbeitenden Industrie hingewiesen haben -: Wir haben diese Regelungen, und Sie können sich alle gemeinsam einmal fragen, auch wenn Sie rückblickend an die Ausschusssitzung des Sozialausschusses denken, ob diese dort bestehenden Regelungen wirklich zu einer massiven Verbesserung beigetragen haben.

Es geht Ihnen in Ihrem Antrag insbesondere um die Forderung nach fairem Wettbewerb. Dieser faire - ich möchte noch lieber sagen: dieser anständige - Wettbewerb setzt schon per Definition faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Paketbranche voraus. Die zentrale Frage aus meiner Sicht ist, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Missstände in dieser Branche tatsächlich zu bekämpfen.

Weitere zentrale Fragen sind: Besteht tatsächlich Regelungsbedarf? Besteht eine Regelungslücke? Oder haben wir nicht vielmehr ein massives Vollzugsdefizit?

(Beifall FDP, Klaus Jensen [CDU] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es in einer Branche Fehlentwicklungen gibt, dann bedarf es einer verstärkten Kontrolle und Ahndung durch die zuständigen Behörden. Das ist insbesondere die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung. Hinsichtlich des Mindestlohns - da fehlt mir ein bisschen die Differenzierung in der Debatte - gibt es bereits die Nachunternehmerhaftung nach dem Mindestlohngesetz. Danach haftet ein Auftraggeber für die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns, wenn er einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Werk- und Dienstleistungen beauftragt.

Die Ausweitung der Nachunternehmerhaftung für Beiträge zur Sozialversicherung auf die Zustellbranche - darum geht es im Kern in Ihrem Antrag - analog der im Jahr 2017 in der Fleischwirtschaft

eingeführten Regelung führt nach Auffassung von Wirtschaftsexperten unter anderem zu mehr Bürokratie. Dieses Argument finde ich legitim.

Ich präferiere allerdings die Frage: Ist das angesichts der Gegebenheiten, die auch heute diskutiert wurden, eine Frage der Verhältnismäßigkeit, ist das eine Frage der generellen Unter-Verdacht-Stellung ganzer Branchen?

Die Unternehmen müssen letztlich für das Fehlverhalten anderer Unternehmen eintreten, auf das sie selbst nur bedingt Einfluss nehmen können. Dieses Haftungsrisiko belastet - auch das wurde hier ausgeführt - gesetzestreue Unternehmen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Selbstverständlich.

Wolfgang Baasch [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. - Auch an Sie die Frage: Wird die Landesregierung bei der nächsten Abstimmung im Bundesrat, wenn ein entsprechendes Gesetz vom Bundestag zurückkommt, bei der Frage der Nachunternehmerhaftung wieder nicht zustimmen, oder wird die Landesregierung dem zustimmen?

- Wenn Sie mich hätten weiterreden lassen, hätten Sie bei der Frage, wie diese Landesregierung Missstände bekämpfen will, festgestellt, dass entscheidend ist, dass es ein massives Vollzugsdefizit gibt. Herr Kollege Baasch, wir haben ein massives Vollzugsdefizit.

(Zuruf SPD)

Das massive Vollzugsdefizit in diesem Bereich liegt am gravierenden Personalmangel beim Zoll.

(Beate Raudies [SPD]: Ach!)

- Ich weiß nicht, warum Sie sich da aufregen. Der Zoll ist dafür verantwortlich, das zu kontrollieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Kollege Baasch, ich hätte mir ernsthaft gewünscht, dass dieses Problem in Zusammenhang mit der Frage angegangen wird, wie wir solche Missstände dauerhaft und wirkungsvoll bekämpfen. Dazu brauche ich mehr Personal in den entsprechen-

(Minister Dr. Heiner Garg)

enden Behörden. - Ich lasse eine zweite Zwischenfrage zu.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister lässt eine zweite Frage zu.

Wolfgang Baasch [SPD]: Vielen Dank. - Herr Minister, ich kann verstehen, dass Sie auf die Argumentation eingehen und mehr Kontrolle und Bestrafung fordern. Die Nachunternehmerhaftung hat nicht nur den großen Vorteil, dass man nicht nur die Personen oder Unternehmen identifizieren kann, die sich nicht wie ein ehrbarer Kaufmann verhalten, sondern das Gegenteil praktizieren, sondern dass man auch die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge einfordern kann. Es geht nicht nur um Bestrafen, sondern auch um den Ausgleich bei den Sozialversicherungsbeiträgen und damit um das Abwenden von Schäden an der Gemeinschaft.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Kollege Baasch, Sie können sich setzen. Ich nehme das auf. Das war keine Frage, sondern ein Hinweis. Mir ist das sehr wohl bewusst. Ich sage Ihnen - das wissen Sie auch -, dass Unternehmen wie beispielsweise - ich möchte vom Rednerpult aus kein Product-Placement machen - DHL, DPD, GLS, UPS und Hermes in der Verantwortung stehen. Sie stehen verdammt noch mal in der Verantwortung, sich an geltendes Recht, an geltende Gesetze zu halten.

(Beifall FDP und CDU)

Unternehmen, die sich nicht an Gesetze halten und versuchen, sich auf dem Rücken von Beschäftigten Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, müssen mit allen Konsequenzen zur Rechenschaft gezogen werden. Da gibt es doch überhaupt keine zwei Meinungen. Anderenfalls würde man den ehrlichen Unternehmen massiv schaden, die es sehr wohl gibt, die es hoffentlich in der Mehrzahl gibt - wir wünschen uns alle, dass es die in der Mehrzahl gibt -, die sich an Recht und Gesetz halten, ihre Beschäftigten anständig behandeln, anständige Löhne zahlen und ihnen anständige Arbeitsbedingungen bieten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, der Abgeordnete Thomas Hölck möchte eine Zwischenbemerkung machen oder eine Zwischenfrage an Sie richten.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Selbstverständlich.

Thomas Hölck [SPD]: Herr Minister, Sie sprachen von Belastungen für die Unternehmen. Bei den geltenden Regelungen zur Nachunternehmerhaftung ist es möglich, sich durch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Nachfolgeunternehmers von der Haftung freistellen zu lassen. Wo liegt eigentlich die Belastung für die Unternehmen?

- Sehr geehrter Herr Hölck, auf den Part wollte ich angesichts der Zeit verzichten. Dann antworte ich Ihnen jetzt auf die Frage. Mit der Unbedenklichkeitsbescheinigung wird nachgewiesen, wie viele versicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - das wissen Sie im Zweifel besser als ich - das Subunternehmen beschäftigt und ob es der Pflicht zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge für gemeldete Beschäftigte nachgekommen ist. Damit ist das erste Logistikunternehmen von jeglicher Haftung entbunden. Mit der in Rede stehenden Bundesratsinitiative, die Sie in Ihrem Antrag aufgreifen, soll dieser Haftungsausschluss auf die bei der Einzugsstelle gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschränkt werden und nicht für die weiteren gemeldeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Man kann sich darüber streiten, ob das für das betroffene Unternehmen überhaupt zu kontrollieren ist - was im Übrigen in Ihrem Sinne wäre - oder ob es nicht mehr zu kontrollieren ist, wovon ich im Moment ausgehe; ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Sie müssen sich die Frage stellen, ob das, was Sie hier fordern, kontrollierbar und durchsetzbar ist.

(Beifall FDP)

Zumindest in den beiden Punkten sollte am Ende dieser Debatte aus meiner Sicht stehen bleiben, dass sich dieses Parlament in seiner Breite darin einig ist, dass die Missstände beseitigt werden müssen und wir - darauf könnte man in Dreiminutenbeiträgen noch eingehen - ein massives Vollzugsdefizit bei der Umsetzung geltender Regelungen haben, die es zu Recht gibt. Um dem Vollzugsdefizit begegnen zu können, muss es bei der entsprechenden Behörde einen deutlichen Personalaufwuchs geben. Wenn die Große Koalition an der Stelle personell nicht nacharbeitet, wird sie bei der Umsetzung dessen, was sie vor zwei Tagen befunden hat, scheitern und nicht zu einer wirklichen Verbesserung beitragen.

(Minister Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Wir kommen jetzt zu den Kurzbeiträgen. Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle mit großer Befriedigung fest, dass der Bundesfinanzminister angekündigt hat, die Stellenzahl beim Zoll massiv auszuweiten und damit die Kontrollen zu verstärken. Das ist richtig und in Ordnung. Das ist aber nicht das einzige Problem.

Die Empörung, die wir in fast allen Reden gehört haben, nützt furchtbar wenig, wenn keine Taten folgen. Was haben wir hier erlebt? - Wir haben drei Reden aus den Abgeordnetenreihen gehört. Was der Kollege Voß für die Grünen erklärt hat, war exakt das Gegenteil von dem, was Herr Richert hier vortragen hat. Dazu kam noch ein bisschen rhetorischer CDA-Zuckerguss von Herrn Kalinka.

(Zurufe CDU: Na, na, na!)

- Es haben sogar CDU-Leute geklatscht, als er gesagt hat, dass der Altmaier umgefallen sei. An so viel Selbsterniedrigung kann man gar nicht denken. Aber sei es drum.

(Tobias Loose [CDU]: Da sind Sie ja Experte!)

Herr Kalinka, Sie behaupten, wir bräuchten umfassende Erhebungen. Wir brauchen überhaupt keine Erhebungen. Wir haben bei diesem Thema null Erkenntnisdefizit, sondern ausschließlich ein Handlungsdefizit.

(Beifall SPD - Werner Kalinka [CDU]: Na, na, na! So ist es nun auch nicht!)

Herr Richert, man könnte Ihren Beitrag veröffentlichen, um deutlich zu machen, dass das, was bei Ihnen mittelstandsfreundlichstes Bundesland heißt, arbeitnehmerfeindlichstes Bundesland ist. Das haben Sie mit Ihrem Beitrag unterstrichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Quatsch! - Kay Richert [FDP]: Das stimmt nicht!)

Immer wieder die gleichen Behauptungen. Auch in der Fleischereibranche und Baubranche hat die Sozialdemokratie das gegen massive Widerstände aus Ihren Reihen durchgesetzt. Sie behaupten immer, es sei Bürokratie, wenn es um Arbeitnehmerrechte geht. Sie haben die Mindestlöhne bekämpft

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt ja gar nicht! Ich war vor Ihnen dafür!)

und behauptet, dann verschwänden Hunderttausende Arbeitsplätze. Das Gegenteil ist erfolgt. Der Mindestlohn ist nicht nur gut für Arbeitnehmer, sondern wirkt auch dem Dumping-Wettbewerb entgegen.

(Tobias Loose [CDU]: Wir finden Tarifautonomie gut!)

Ganz ehrlich: Wo liegt die Bürokratie, wenn Arbeitszeiten aufgeschrieben werden? Das machen Handwerker seit Hunderten von Jahren. Es ist doch eine Frechheit, von Bürokratie zu reden, wenn die Arbeitszeit erfasst wird.

(Zurufe Dennys Bornhöft [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

An all dem sieht man: Es ist die uralte neoliberale Haltung zu Arbeitnehmerrechten.

Herr Minister Garg, die konkrete Frage, die Ihnen der Kollege Baasch gestellt hat, die man simpel hätte beantworten können, haben Sie nicht beantwortet. Ich vermute, das liegt daran, dass wir wieder damit zu rechnen haben, dass die Jamaika-Regierung im Bundesrat Nein sagt oder sich enthält, wenn es darum geht, das umzusetzen. Das ist, was die Debatte hier ergeben hat. Dagegen sind wir strikt. Schön, wenn Sie sich mit uns über die Verhältnisse empören; besser wäre es, Sie wollten mit uns gemeinsam die Verhältnisse ändern. Wir tun das, Sie nicht - das ist der Unterschied.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Tat gar kein Defizit, was das Wissen anbetrifft. Ich möchte gern jemanden erwähnen, der einen ganz guten Überblick über die Branche hat - nicht nur über diese Branche -: Das ist der DGB. Der hat nämlich im März erklärt - unter der Überschrift „Paketdienste: Mafiösen Strukturen das Handwerk legen“ -, dass wir in genau diesem Bereich ein riesiges Problem haben, und zwar nicht nur mit Details. Ich will nur den Vorspann zitieren: „Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, Mindest-

(Dr. Heiner Dunckel)

lohnverstöße, 16-Stunden-Schichten“ und so weiter und so fort. Das ist bekannt, das weiß der DGB seit vielen Jahren. Insofern hat der DGB völlig zu Recht gefordert - die Forderung richtet sich an uns -, die Nachunternehmerhaftung endlich auf die Logistikbranche auszuweiten. Das ist völlig vernünftig und sinnvoll.

Insofern ist beides richtig, Herr Minister: Die Nachunternehmerhaftung können wir jetzt beschließen. Der Antrag liegt vor. Natürlich haben Sie recht - das liegt durchaus in Ihrer Hand; wir werden uns wahrscheinlich im Herbst über Arbeits- und Gesundheitsschutz unterhalten, und das wird ein wichtiges Thema sein -, dass wir das personell unterfüttern müssen. Das ist Ihnen durchaus erlaubt. Wenn Sie ehrgeizig sein wollen, können Sie personell sicherlich nachlegen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Fakten entstehen - sagt man in der Werbung - nicht durch Tatsachen, sondern durch Wiederholung. Herr Dr. Stegner, ich habe das Gefühl, Sie wollen diesen alten Satz unter Beweis stellen. Auch Worthülsen kommen bei Ihnen sehr zuverlässig; das kann man dann immer abhaken.

Eins haben Sie noch nicht angesprochen: Das Preisdumping in der Paketbranche hat noch weitere Auswirkungen. Es wundert mich - oder vielleicht auch eher nicht -, dass Sie darauf nicht gekommen sind. Das Preisdumping hat auch massive Auswirkungen auf den Einzelhandel. Warum bestellen die Leute ihre Waren hauptsächlich per Internet? Sie tun dies nicht nur, weil es bequemer ist, sondern auch, weil es günstiger ist. Das liegt natürlich mit an dem Lohndumping, das dort passiert. Von daher haben wir selbstverständlich ein Interesse daran, dass das geregelt und geahndet wird.

(Beifall FDP - Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Ich will auf Ihre Wortbeiträge eingehen, und zwar nicht auf das ganze Drumherum, sondern auf den Kern der Wortbeiträge, die Sie gebracht haben. Herr Meyer, Sie haben gesagt: Es ist alles schon geregelt, die Kontrollen sind nicht ausreichend. - Herr Hölck, Sie haben gesagt: Die Kontrollen sind nicht ausrei-

chend. - Herr Baasch, auch Sie haben gesagt: Die Kontrollen sind nicht ausreichend. - Herr Dr. Stegner, Sie haben gesagt: Alle Empörung nützt uns nichts; man muss doch jetzt einmal etwas machen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Genau!)

- Ja, das stimmt. Ich frage Sie aber: Was wollen Sie denn machen? - Was Sie hier propagieren, ist nicht, dass wir jetzt tätig werden und die Gesetze anwenden. Sie sagen: Oh! Ein Teil der Wirtschaft wendet die Gesetze nicht an. Was machen wir? Wir wenden uns einfach etwas anderem zu; vielleicht machen sie das ja. - Was machen denn Sie, wenn sie das nicht wollen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist Unsinn, was Sie da erzählen!)

- Nein, das ist die Wahrheit.

(Zuruf SPD: Quatsch!)

Vielleicht durchdenken Sie das einfach einmal.

Es kommen einige Abgeordnete aus dem nördlichen Landesteil. Ihnen ist bestimmt aufgefallen, dass ein bestimmter Zusteller dort nicht mehr so massiv zustellt. Das ist der Zusteller Hermes. Wissen Sie, warum das so ist? - Offensichtlich nicht. Im Juni 2018 ist Hermes massiv überprüft worden, und zwar auf Scheinselbstständigkeit. Da ist massiv durchgegriffen worden. Das ist genau das richtige Signal. Deswegen findet dort jetzt wieder mehr Zustellung durch die originären Unternehmer und weniger durch Nachunternehmer statt. Das wünsche ich mir sehr viel mehr.

Anstatt uns durch Aktionismus hervorzutun, sollten wir wirklich handeln. Das ist auch das, was Sie sagen. Wenn ich mir angucke, dass die Bundesregierung, die für den Zoll zuständig ist, den Zoll jetzt aufstockt - Sie haben es gerade gesagt -, finde ich es gut, wenn das wirklich so kommt. Das ist, worauf wir uns konzentrieren sollten, und weniger darauf, Dinge, die einfach nicht funktionieren, durch Aktionismus zu überdecken.

(Beifall FDP - Zurufe SPD und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sollten hier keine unnötigen Gräben aufreißen. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel aus unserer landes-

(Werner Kalinka)

politischen Arbeit berichten. Wir hatten Missstände in der Fleischbranche, auch im Lande.

(Birte Pauls [SPD]: Die haben wir immer noch!)

Es war ein Antrag im Sozialausschuss. Wir sind umfassend mehrfach von Minister Dr. Garg informiert worden. Es war alle Gelegenheit zum Durchleuchten, zu Gesprächen und so weiter und so fort. Einige Zeit später war zu lesen, dass das Ministerium weitere Kontrollmechanismen und -maßnahmen eingeleitet hat. Ich habe seither nichts mehr - -

(Martin Habersaat [SPD]: Das macht keine Umstände mehr!)

- Wissen Sie, Sie sollten sich solche Geschichten nicht zu einfach machen. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus einem Ministerium dazu beigetragen wurde, tatsächlich vorhandene Missstände und Probleme sorgfältig und zielgerichtet aufzuarbeiten.

(Beifall FDP - Birte Pauls [SPD]: Ja, das war unser Antrag!)

Dass man die Probleme anspricht, ist völlig in Ordnung; aber es gehört in einem Parlament auch vorgebracht, wo konkret gearbeitet und was verändert wird. So verstehe ich eine Aufarbeitung und einen lösungsorientierten Ansatz. Das ist beispielsweise in diesem Punkt in der Zuständigkeit des Sozialministers in guter Weise geschehen. Dafür möchte ich Danke schön sagen.

(Beifall FDP und Barbara Ostmeier [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1444 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1481 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend - -

(Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss!)

- federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Export von Plastikmüll verbieten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1440

Verschärfung der Basler Konvention

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1476

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber das Wort.

Stefan Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Mülltrennen ist Deutschland Spitzenklasse. Doch Deutschland, das Mutterland der Mülltrennung, produziert so viel Plastikmüll wie kein anderes Land in Europa. 18,16 Millionen t Verpackungsmüll haben die Deutschen im Jahr 2016 produziert. Das berichtete das Umweltbundesamt. Darin sind sowohl die Abfälle aus Industrie als auch aus privaten Haushalten eingerechnet. Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamts, sagt dazu - ich zitiere -:

„Wir produzieren viel zu viel Verpackungsmüll - ein trauriger Spitzenplatz in Europa.“

Dass der Verbrauch trotz vieler Maßnahmen nicht sinkt, hat viele Gründe. Ein Beispiel sind zusätzliche Funktionen der Verpackung wie Dosierhilfen oder aufwändige Verschlüsse. Diese benötigen mehr Material und machen das Recyceln schwerer. Zudem setzt sich der Trend fort hin zu kleineren Portionen statt Großverpackungen und zu Versandhandel, anstatt vor Ort zu kaufen.

Glas, Papier, Blech, Pappe und Plastik sind nicht nur Müll, sondern auch wertvolle Rohstoffe. Im Idealfall entsteht ein Kreislauf, in dem nichts verschwendet wird und vieles wieder neu verwertet werden kann. Bei den meisten Stoffen klappt das ganz gut, nicht jedoch beim Plastik. Nur ein Teil davon landet wie gewünscht in den Recyclinganlagen, die Flaschen, Verpackungen, Tüten und Einweggeschirr aus Plastik in Kunststoffpellets verwandeln. Der große Rest verschmutzt dagegen die Weltmeere oder wird ins Ausland exportiert, wo der Abfall einfach ohne Schutzvorkehrungen verbrannt oder deponiert wird und die Umwelt ruiniert.

Jährlich werden gut 1 Million t Plastikabfälle von Deutschland ins Ausland exportiert.

Deutschland hat sich lange nicht dafür interessiert, was mit dem Wohlstandsmüll seiner Bürger ge-

(Stefan Weber)

schieht. Länger ignorieren können wir dieses Problem allerdings nicht.

(Beifall SPD, Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Nachdem China als größter Importeur von Plastikmüll 2018 einen Importstopp für Plastikmüll verhängt hatte, ist das Problem zum ersten Mal sehr deutlich geworden, denn 50 % aller Plastikabfälle landeten dort. Aber was ist passiert? Ein Umdenken? - Nein. Die Müllentsorgung hat sich einfach in andere Länder verschoben, vor allen Dingen nach Malaysia, Thailand und Vietnam. Nach den gravierenden Auswirkungen brennender Müllberge in Malaysia verschiebt sich das Problem weiter nach Indien und Indonesien. Aber auch die Türkei hat keine Importeinschränkung verhängt.

Das Verbot von Plastiktellern, Trinkhalmen und anderen Wegwerfprodukten aus Kunststoffen in der Europäischen Union ist zwar ein erster Schritt, doch dieser reicht nicht aus, solange weiterhin Verpackungsmüll in rauen Mengen produziert und exportiert wird.

Zu begrüßen ist deshalb die Verständigung von 187 Staaten vom vergangenen Wochenende. Die Vertragspartner des Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung haben sich auf drei Punkte geeinigt: Jedes Land muss künftig vor dem Export von Plastikmüll genau angeben, welche Inhaltsstoffe dieser aufweist. Gehandelt werden darf nur noch vorsortierter, gesäuberter Plastikmüll, der entsprechend recycelbar ist. Importierende Staaten sollen bei der Verarbeitung besser gefördert werden. Zudem verpflichten sich die Vertragsstaaten, die globale Produktion von Plastik zu reduzieren.

Das ist ein ermutigender Schritt. Jetzt wird es darauf ankommen, dass dies in den einzelnen Ländern auch entsprechend umgesetzt wird. Der Erfolg hängt von funktionierender Kontrolle ab.

(Beifall SPD)

Wie in der Begründung unseres Antrags ausgeführt, bleiben Deutschland und Europa trotz dieses Schrittes in der Verantwortung, ihren Plastikmüll selbst zu sortieren, zu recyceln und zu entsorgen. Vielleicht reduziert das auch unseren hohen Verbrauch. Die Bundesregierung sollte deshalb den Export von Plastikmüll generell verbieten und solche Verbote auch auf EU-Ebene durchsetzen.

(Beifall SPD)

Der Alternativantrag der Jamaika-Koalition ist in der Sache richtig. Uns geht er aber nicht weit genug. Jetzt ist Handeln angesagt. Ich würde gern mit Ihnen beide Anträge im entsprechenden Ausschuss diskutieren und beantrage deshalb Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Sehr geehrter Herr Weber, Ihr Antrag - Sie sind erst im letzten Drittel Ihrer Rede auf den Kern des Antrags eingegangen - schießt wieder einmal über das Ziel hinaus. Ich will Ihnen einige Beispiele nennen, bei denen es auf EU-Ebene oder auf globaler Ebene durchaus sinnvoll sein kann, Kunststoff zu exportieren, auch wenn er als Müll oder Abfall deklariert ist, wenn er im aufnehmenden Land weitergenutzt, also recycelt werden kann oder durch moderne Produktionsabläufe sogar chemisch recycelt werden kann - siehe Spanien. Das könnte für uns in der Zukunft ein durchaus gängiger Weg sein. Deswegen ist ein generelles Verbot des Exports von Kunststoffen und Plastikmüll aus unserer Sicht eindeutig abzulehnen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich komme zu den Beispielen, die Sie in Ihrer Rede nicht berücksichtigt haben.

Es gibt nach wie vor einen Riesenexport von alten, bei uns nicht verwertbaren Fahrzeugen, insbesondere Autos, die, als Müll deklariert, bei uns beim Wiederverwerter landen, in den Export gehen und den Lebenszyklus eines Fahrzeugs durchaus sinnvoll erhöhen, sodass die CO₂- oder die Klimabilanz positiv werden kann. Was ist daran verwerflich?

(Beifall CDU und FDP)

Es gibt Medizintechnik mit einem hohen Anteil an Kunststoffteilen.

Es gibt auch alte Brillen mit Kunststoffgestellen, die exportiert werden, die bei uns hier eingesammelt werden, als Müll deklariert werden, die bei uns in die Entsorgung gehen müssten und die trotzdem eine vernünftige Verwertung finden.

Es gibt auch Teile von Windenergieanlagen beziehungsweise ganze Anlagen. Sie kennen die Flügel aus Kunststoff, die, über den Entsorger als Müll de-

(Heiner Rickers)

klariert, im Rahmen des Exports ihren Lebenszyklus im Ausland durchaus noch 15, 20 oder 30 Jahre verlängern können

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

und damit in der Gesamtklima- und Umweltdiskussion eine positive Bilanz ergeben und somit ihren Sinn erfüllen würden. Das haben wir in Ihrer Rede nicht gehört.

(Sandra Redmann [SPD]: Dann deklariert man das nicht als Müll!)

Mit der Forderung nach einem generellen Exportverbot - da wiederhole ich mich - springen Sie weit über das Ziel hinaus.

Wir fordern in unserem Alternativantrag - das haben Sie zum Teil genannt -, die Basler Konvention, die am letzten Wochenende verabschiedet wurde, in mehreren Punkten zu verschärfen. Wir fordern die Landesregierung auf, auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken.

Inhaltsstoffe von Kunststoffen, Verunreinigungen - all das muss deklariert werden, wenn es als Abfall in ein ausländisches Zielland geht. Es muss beim Export ein Nachweis geführt werden über Verwertungsmöglichkeiten, Weiternutzung, Recycling oder vernünftige thermische Verwertung. Es muss nachgewiesen werden, dass am Zielort der anfallenden Exportmengen Recyclinganlagen vorhanden sind. Ich gebe ich Ihnen ein Stück weit recht, dass bei uns die Recyclingindustrie ausgebaut werden muss, um unsere Recyclingquote erhöhen zu können.

Hinsichtlich innovativer Entwicklungsmöglichkeiten habe ich Spanien genannt, ein chemisches Recycling, Kunststoffe - mit einem zurzeit noch hohen Energieaufwand - wieder in Kunststoffe zurückzuverwandeln. Auch das muss ein Ziel sein. Das wollen Sie mit Ihrem heutigen Antrag politisch nicht.

Wir lehnen Ihren Antrag nicht ab, sondern haben uns darauf verständigt, das Ganze im Ausschuss aufzuarbeiten. Unser aller Ziel muss sein, das, was wir herstellen, im Kreislauf unterzubringen und global Kunststoffe entweder zu verwerten oder die Produktion so zu reduzieren, sodass wir Kunststoffe nachhaltig verwerten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Hölck, ein jeder kehre vor seiner Tür, hat Goethe schon gewusst. Ich stimme dem Kollegen Weber gern zu: „Aus den Augen, aus dem Sinn“ - das Vogel-Strauß-Motto greift auch beim Müll zu kurz. Wir haben keinen Planet B, und unser hausgemachter Müll kommt, wenn er nicht umweltgerecht recycelt oder entsorgt wird, über die Meere und die Nahrungsmittel wieder zu uns zurück. Auch ethisch finde ich es nicht verantwortbar, dass nur 20 % der Weltbevölkerung in unserer Wohlstandswelt 80 % der weltweiten Ressourcen plündern und anschließend den Müll den Menschen in den Entwicklungsländern vor die Füße kippen. Auf den ersten Blick würde man also dem SPD-Antrag bedenkenlos zustimmen wollen.

Der zweite Blick schaut genauer hin. Müll - egal, ob aus Plastik oder aus anderem Material - kann auch wertvoll sein. Nicht zuletzt deshalb wollen wir die Wiederverwertungsquote erhöhen. Erdöl, das zum Beispiel in Form einer Plastiktüte nur einmal gebraucht und weggeworfen wird, ist reine Ressourcenverschwendung. Plastik, das mehrmals gebraucht und am Ende zu neuen Produkten verarbeitet wird, ist ökologisch und ökonomisch sinnvoller eingesetzt.

Es ist - der Kollege Rickers hat darauf hingewiesen - eine weltweit handelbare Ware, und sie hat ihren Preis. Sortenreines Plastik wird auf dem Markt derzeit mit 700 € pro Tonne gehandelt. Länder wie die Türkei nutzen es als Second-Hand-Rohstoff.

Also doch alles gut und Plastikmüll eine Ware wie jede andere? - So weit würde ich nicht gehen. Am Beispiel der Türkei zeigt sich nämlich auch der ganze Wahnsinn dieses Marktes. In der Türkei selber wird kein Müll getrennt, geschweige denn recycelt. Tonnenweise wird Müll importiert, unter anderem aus Deutschland, während der eigene Dreck in der Landschaft landet. Aus anderen Entwicklungsländern kennen wir Bilder von mit Plastik vermüllten Flüssen und Meeren. In dieselben Länder liefern wir unseren Plastikabfall. Man darf zweifeln, ob er tatsächlich sortenrein ist und die Kontrollen ausreichen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht.

Ich habe aus grüner Sicht also durchaus Sympathie für die Stoßrichtung Ihres Antrages.

Allerdings - jetzt kommen die Feinheiten - darf verschmutzter Plastikmüll auch heute schon nicht exportiert werden. Dazu brauchten wir nicht die Verschärfung der Basler Konvention. Plastikmüll gilt -

(Marlies Fritzen)

und jetzt kommen wir zu dem Punkt der Kontrollen - nicht als gefährlicher Abfall und wird entsprechend nicht angemeldet. Das heißt, flächendeckende Kontrollen, wie Sie sie wollen, sind gar nicht möglich, weil man gar nicht weiß, wo wann welcher Plastikmüll transportiert wird.

Zuständig sind im Übrigen auch nicht das Land, sondern die Polizei und der Zoll. Auch das sollten wir im Ausschuss gerne einmal voneinander trennen und genau betrachten.

Die jüngst beschlossene Verschärfung der Basler Konvention für eine umweltgerechte Abfallentsorgung begrüßen wir ausdrücklich. Ich denke, darüber sind wir uns in diesem Haus auch alle einig. Damit können Kontrollen zielgerichteter durchgeführt werden, weil nämlich dann tatsächlich angemeldet und deklariert werden muss. Das ist gerade schon gesagt worden.

Ich denke trotzdem, dass viel grundlegender ist und bleibt, das Übel an der Wurzel zu packen. Hier muss auch die Bundesregierung, um noch einmal Goethe zu zitieren, vor der eigenen Tür kehren. Ihr halbherziges Verpackungsgesetz bringt nämlich keine echten Fortschritte. Die Ziele sind weder ehrgeizig noch ausreichend. Von einer echten Kreislaufwirtschaft sind wir meilenweit entfernt.

„Ein jeder übe seine‘ Lektion,
so wird es gut im Rate stohn“,

sagt Goethe weiter.

(Zuruf SPD)

- Genau. Ich bin ja Literaturwissenschaftlerin. Deswegen freue ich mich über diese Zitate.

Unsere Lektion und die Lektion der Bundesregierung müsste heißen: Plastik muss hier bei uns im Land weniger werden. Ich erinnere an „Jute statt Plastik“. Plastik muss vor allem teurer werden, damit es nicht verschwendet wird. Die Ware muss somit mehr Geld kosten. Also Schluss mit der Subvention von Erdöl zur Kunststoffherstellung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Plastik muss auch wiederverwertet werden. Also her mit einer echten Ressourcenabgabe auf Kunststoffverpackungen, damit diese weniger werden und tatsächlich auch recycelt werden können.

Von einer echten Kreislaufwirtschaft - ich sagte es schon - sind wir meilenweit entfernt. Ich erhoffe mir, dass wir die Frage von Kontrollen und Zuständigkeiten im Ausschuss noch einmal näher beleuch-

ten. Deswegen ist es sicherlich sinnvoll, dass wir schon im Vorfeld zu diesem Tagesordnungspunkt vereinbart haben, beide Anträge in den Ausschuss zu überweisen.

Ich würde mir auch sehr wünschen, wenn wir in dieser Frage tatsächlich weiterkommen, mehr Recycling zu erreichen, mehr Wiederverwertung zu erreichen und die Menge des Abfalls tatsächlich drastisch zu reduzieren. Dabei kann jeder vor seiner eigenen Tür kehren und bei sich selber anfangen. Aber ich glaube, wir brauchen rechtliche, auch ordnungsrechtliche Maßnahmen, um diese Lenkungswirkung zu erzeugen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist Weltmeister, leider derzeit nicht im Fußball, aber dafür bei Mülltrennung und Recycling. Das ist ein Stück weit auch unser Selbstverständnis. Das sieht man auch immer wieder in unseren Innenhöfen oder in unseren Vorgärten an den verschiedenfarbigen Mülltonnen. Wir sind wirklich gut bei der Mülltrennung.

Runtergebrochen ist es so, dass im Schnitt jede Deutsche und jeder Deutsche etwa 70 kg Plastikmüll trennt und dem Recycling übergibt. Das richtige Recycling, wie man es vom Wortgebrauch her versteht, wird allerdings nur mit 40 % gefahren. Der Rest besteht aus nicht recycelbaren Verbundstoffen, beispielsweise bei Getränkepackungen, und muss dann leider thermisch verwertet werden. Aber unser Abfallkreislauf gilt als überwiegend geschlossen.

Was den Export betrifft, reden wir über eine Menge von unter 1 %, die derzeit exportiert wird. Aber, um das noch ein wenig zu relativieren: Deutschland ist mit steigendem Wohlstand auch zu einem der größten Müllproduzenten weltweit geworden. Außerdem ist die Recyclingquote hier auch nur schwer zu erheben. Versucht man einen europäischen Vergleich, so liegt Deutschland zusammen mit weiteren Ländern wie Norwegen oder Tschechien mit 40 % Recyclingquote oberhalb des gesamteuropäischen Schnitts von nur 30 %. Der Rest wird für Wärme- oder Stromerzeugung verwertet, im Endef-

(Dennys Bornhöft)

fekt aber eben leider verbrannt, sprich: Der Rohstoff ist dann auch weg.

Wenn man sich das international anguckt, dann ist es so, dass die europäischen Länder im internationalen Vergleich deutlich besser aufgestellt sind als zum Beispiel asiatische Länder, in denen wir häufig diese Bilder sehen, dass viel Plastikmüll über die Flüsse in Weltmeere gelangt.

Wir reden heute auch über die Erhöhung der Qualität unserer Kreislaufwirtschaft, während große Teile der Welt leider nicht einmal ein Deponiesystem haben. Das Deponiezeitalter haben wir in Europa mit dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft zum Glück überwiegend hinter uns gelassen. Daher sollte man nun auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht erst auf Deponiesysteme setzen. Es käme ja heutzutage auch niemand mehr auf die Idee, Festnetztelefonie in einem Land aufzubauen und nicht gleich auf Mobilfunk zu setzen. Das heißt, wir sollten Wissen und Technologie zu einer in sich geschlossenen Abfallwirtschaft exportieren und nicht unseren Abfall.

(Beifall FDP und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dahin gehend müssen wir unseren Beitrag leisten. Die Situation in diesen Ländern darf nicht noch durch zusätzliche Exporte unsererseits verschlechtert werden. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, darf beim Export von Müll definitiv nicht das Prinzip sein.

Um auf den SPD-Antrag einzugehen: Ein pauschales Ausfuhrverbot, wie es hier verlangt wird, kann vielleicht eine zu einfache Lösung für ein zu komplexes Thema sein. Klar ist aber: Verschmutzte Plastikabfälle dürfen auch jetzt schon nicht exportiert werden, wenn sie nicht weiterverwertet werden können. Einige Plastikabfälle können jedoch auch im Ausland recycelt werden. Aus exportierten Kunststoffen können zum Beispiel Fleece-Kleidungen hergestellt werden. Diese Chancen der Wertschöpfung in anderen Ländern sollte man nicht von vornherein ausschließen, sondern man sollte hier differenziert vorgehen.

Eine Schwäche in dem jetzt vorliegenden Antrag ist ein Stück weit der unbestimmte Begriff des Plastikmülls. Was ist denn alles Plastikmüll, und was ist es nicht? Plastik ist häufig auch eine Ressource, sei es zur Wiederverwendung oder als Energieträger.

Eines ist auch schon angeklungen: Was ist mit Pkw, technischen Anlagen oder Großgeräten, die alleamt auch einen hohen Kunststoffanteil haben? Sol-

len solche Artikel, die zum Beispiel in Deutschland abgeschrieben sind und hier erneuert werden, generell nicht mehr exportiert werden? Das am wenigsten umweltbelastende Auto ist leider nicht das nagelneue E-Mobil oder der nagelneue Ein-Liter-Benziner, sondern es ist derzeit immer noch der 15 Jahre alte Diesel, der woanders noch zehn Jahre lang weitergefahren werden kann, weil wir auch an die Ressourcenschonung denken müssen.

Da das vorgetragene Anliegen aber grundlegend richtig ist, haben wir einen Alternativantrag vorgelegt, der auf die Basler Konvention abzielt, die in dieser Woche schon großes Thema gewesen ist. Das Umweltprogramm der UN sagt hierüber:

„Es wird ein transparentes und rückverfolgbares System für Import und Export von Plastikmüll sein.“

Ob das zunächst zu einem faktischen Exportstopp von Plastikmüll führen wird, wie einige Umweltverbände das bereits veröffentlicht haben, wird sich noch zeigen müssen.

Wir sehen hier die Bundesregierung auf dem richtigen Weg, da sie diese Konvention unterstützt. Plastikmüll ist leider ein globales Problem und bedarf deshalb auch globaler Lösungen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese beiden Anträge im Ausschuss bewerten und aufarbeiten können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die AfD unterstützt alle Initiativen zum Schutz von Ressourcen und Umwelt, sofern sie wirklich sinnvoll sind. Dieser Schutz kann unter anderem durch eine effiziente Kreislaufwirtschaft gewährleistet werden.

Der SPD-Antrag sieht ein generelles Verbot von Plastikmüllexport vor, wobei nicht spezifiziert wird, was Plastikmüll heißen soll. Dabei - dies muss ich sagen - handelt es sich bei Plastik um einen sehr vielseitigen und wertvollen Stoff.

Aufgrund unserer hohen Sammelqualität hier in Deutschland und einer guten Verwertung müssen wir Plastik als wertvollen sekundären Rohstoff und auch als Energieträger ansehen. Im physikalischen

(Volker Schnurrbusch)

Sinne ist die Energie von Plastik ebenso wenig verloren wie die Energie von Bioabfällen.

Plastik ist auch deswegen so wichtig, weil es Müllverbrennungsanlagen als hocheffektiver Brennstoff dient. Aus diesem Grund kaufte China 30 Jahre lang weltweit Plastik auf; Sie haben es gehört. Seiner Energiehunger stillt das Land jetzt mit neuen Kohlekraftwerken. Seitdem China keinen Plastikmüll mehr importiert, stellt sich die Frage, von welchen Exportmengen wir heute überhaupt noch sprechen.

Für recycelbare Leichtverpackungen steigen die Exportzahlen für Asien auf 2 bis 4 %. Es kann also gar keine Rede davon sein, dass wir den sogenannten Schwellenländern unseren Müll vor die Füße kippen; das ist einfach nicht richtig. In europäische Länder gehen 10 % bis 13 %, und 85 % des Gelben Sacks verwerten wir hier im eigenen Land.

Es ist also zu kurz gedacht, wenn der Eindruck erweckt wird, dass unser Müll die Küsten Asiens und Afrikas verschmutzt; denn der stammt leider weit überwiegend auch von dort. 46 % unserer Leichtverpackungen gelangen schon jetzt ins Recycling. Bis zum Jahr 2022 sieht das neue Verpackungsgesetz vor, dass diese Quote auf 63 % zu steigen hat.

Leider steht Deutschland innerhalb der EU ziemlich allein da, was diese Zahlen betrifft. Denn bis auf fünf oder sechs Staaten weist kein anderes Mitgliedsland transparente Recyclingquoten auf. Das könnte für uns noch teuer werden. Denn konkret plant die EU-Kommission, dass alle Mitgliedstaaten pro Kilo nicht wiederverwertbaren Plastikmülls eine Strafe an die EU zahlen müssen.

Die Kosten dafür könnten laut Haushaltskommissar Günther Oettinger auf die Bürger umgelegt werden - eine weitere schöne Aufgabe für die Brüsseler Bürokratie. Wenn wir am Plastikaufkommen wirklich etwas ändern wollen, sollten wir einen Markt für wiederverwertbares Rezyklat schaffen. Der Rezyklatanteil an allen Plastikabfällen liegt heute schon bei 29 %. Wir sollten diesen Weg weiter vorangehen, technisch wäre das möglich.

Wenn doch einmal deutscher Plastikmüll in Asien landet, sehen wir das genauso wie die anderen Kollegen, dass die Exporte besser kontrolliert werden müssen, um den wenigen schwarzen Schafen, die es durchaus gibt, auf die Spur zu kommen. Hier besteht ein Vollzugsdefizit, an dem wir arbeiten müssen.

Plastikmüll darf allerdings heute schon nicht für Deponiezwecke ins Ausland exportiert werden. Um

den Aufbau eines effektiven Recyclingsystems in Afrika und Asien zu ermöglichen, will die Bundesregierung bis 2022 50 Millionen € für Abfallsammel- und -recyclingtechnologie zur Verfügung stellen - ein richtiger und wichtiger Schritt, wie wir finden.

Der Alternativantrag geht über den Ursprungsantrag deutlich hinaus, indem er kein generelles Verbot fordert, sondern solche Exporte zulässt, die wiederverwertbares Plastik beinhalten. Außerdem sollen Recyclingmöglichkeiten verbessert werden, und ich ergänze: nicht nur bei uns, sondern gerade in Ländern, die technisch noch nicht so weit sind.

Exporte in EU-Länder können sogar durchaus sinnvoll sein. Der Kollege Rickers hat das bereits ausgeführt. Wichtig ist es also, Abfälle zu vermeiden, wo es geht, und zwar nicht nur bei Plastik, effiziente Möglichkeiten der Wiederverwendung weiterzuentwickeln, Kunststoff zu recyceln oder energetisch zu verwerten und die Deponierung zu vermeiden.

Unsere Aufgaben liegen in der Erhöhung des Sortierungsgrades und der Verbesserung der Sortierungsqualität für schwer recycelbare Kunststoffgemische. Pauschale Verbote sind an dieser Stelle ungeeignet. Deshalb hätten wir den SPD-Antrag in der Sache abgelehnt, aber ich finde die Überweisung in den Umwelt- und Agrarausschuss sinnvoll. Wir werden dort weiter beraten. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bereits die Debatte zum Plastikmüll in der Schlei hat deutlich gemacht, dass das geltende Recht löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Soll heißen: Die bestehende Bioabfall- und Düngeverordnung lässt zu, dass der Anteil an Fremdstoffen, also auch Plastik, im Abfall 0,5 % betragen darf.

Diesen Punkt haben wir als SSW kritisiert; denn es ist ganz einfach nicht zu erklären, dass der Bürger seinen Müll strikt trennen muss, während in anderen Bereichen Fremdstoffe bis zu einem gewissen Prozentsatz zulässig sind.

(Beifall SSW und SPD)

(Flemming Meyer)

Wenn wir als Politik nicht gewillt sind, den Anteil an Fremdstoffen im Bioabfall auf null zu reduzieren, sind wir keinen Schritt weitergekommen, und es kann immer noch beigemischt werden. Damit möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir das Problem bezüglich unserer Plastikmüllproblematik zwar erkannt haben, insbesondere auch durch den Vorfall in der Schlei. Allein der politische Wille, ernsthaft etwas zu ändern, ist nicht wirklich zu erkennen.

Nun liegt uns ein Antrag der SPD vor, mit dem an dem größeren Rad in Bezug auf Plastikmüll gedreht werden soll. Auch hier haben wir das Problem längst erkannt. Wir kennen die Bilder von riesigen Plastikmüllinseln, die in den Meeren vor sich hindümpeln, von Tieren, die sich in Plastikteilen und Kunststoffnetzen verheddern, um dann elendig zu krepieren.

Aus diesem Wissen heraus haben sich in Schleswig-Holstein bereits vor Jahren Initiativen entwickelt, die dem Plastikmüll vor Ort den Kampf angesagt haben. Ich nenne hier beispielsweise das Projekt „Fishing for Litter“, das in Zusammenarbeit mit Fischern, dem NABU und regionalen Abfallsorgern läuft. Dieses Engagement, sich derart für die Umwelt einzusetzen, ist äußerst lobenswert, und es gilt, das am Leben zu halten. Doch die Frustration bei den Teilnehmenden steigt, je mehr sie das Gefühl haben, dass ihr Kampf gegen den Plastikmüll ein Kampf gegen Windmühlen ist.

Wir haben als Politik eine Verantwortung und die Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Hier rede ich nicht von finanzieller Projektunterstützung - ich meine, das sollte man auch machen -, vielmehr muss es darum gehen, dass wir den Menschen deutlich machen, dass wir als Politik nicht nur das Problem erkannt haben, sondern es auch wirklich angehen. Das fängt beim Plastikmüll im Bioabfall an - das ist etwas, was wir selbst regeln können - und geht bis zum globalen Handeln mit Plastikmüll, was wir letztendlich auch selbst regeln können.

Wir wissen längst, dass mit Müll viel Geld verdient wird. Gleichwohl hat es mich sehr überrascht, als bekannt wurde, welche Mengen an Kunststoffabfall aus Deutschland exportiert werden. Der Export aus Deutschland soll nach Medienangaben im Jahr 2018 bei 1,04 Millionen t gelegen haben. Das heißt, dass rund 10 % des Plastikabfalls exportiert werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Plastikmüll aus Gewerbe und Industrie, wohingegen der Abfall aus dem dualen System überwiegend in Deutschland oder in der EU recycelt wird.

Das Problem des Müllexports wurde nun erkannt, und 187 Staaten haben jüngst die sogenannte Basler Konvention neu vereinbart und sich damit neue Regeln für die Entsorgung und den Export verschmutzter Plastikabfälle auferlegt. Damit wurde ein verbindliches internationales Umweltabkommen vereinbart. Dieser Schritt war eigentlich längst überfällig, aber es ist gut, dass er jetzt getan wurde. Wie sich diese Vereinbarung auswirken wird, wird sich noch zeigen. Daher braucht es entsprechende Kontrollen für den Export von Plastikmüll und vor allem auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.

Prinzipiell ist davon auszugehen, dass die betroffene Regelung positive ökologische Effekte in den Einfuhrländern haben wird, weil der Plastikmüll dort nicht mehr verbrannt und deponiert wird. In Deutschland könnte die Regulierung dazu führen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken, und dadurch erhöht sich auch der Druck auf die Sortier- und Recyclingstrukturen, sie weiter auszubauen. Das bedeutet, dass wir das Ziel verfolgen, den Müll dort zu entsorgen oder zu recyceln, wo er produziert wird, und sich damit jeder seiner eigenen Verantwortung bewusst wird.

Aber das kann nur ein erster Schritt sein. Worauf es letztendlich ankommt, ist, dass wir die Plastikproduktion insgesamt senken. Wir müssen weg von Plastik hin zu mehr Recycling und vor allem zu mehr umweltfreundlichen Verpackungen und Produkten.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Flemming Meyer [SSW]:

Wenn es der Politik gelingt, hier effektive Maßnahmen in Gang zu setzen, dann werden wir in der Bevölkerung auch wieder glaubhaft wahrgenommen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch heute haben wir es wieder erlebt - ich kenne

(Dr. Kai Dolgner)

die Problematik aus eigener Regierungsbeteiligung -, man ist sich eigentlich nicht einig über den Weg, vielleicht auch nicht über das Ziel. Dann schauen wir einmal, was am Oppositionsantrag an Begrifflichkeiten zu interpretieren ist, um daraus eine Ablehnung zu begründen. Im Zweifelsfall erklärt man Exportgüter wie gebrauchte Autos oder Brillen zu Abfall.

Zur Information: Nur weil ein Gut abgeschrieben ist, ist es abfallrechtlich kein Abfall. Betriebswirtschafts- und Abfallrecht sind ein Unterschied. Auch gebrauchte Autos werden nicht in Gelben Säcken nach Afrika geschafft. Das nur einmal zur Information. Für den Export gebrauchter Autos gelten noch einige andere Vorschriften. Das einmal ganz nebenbei.

Wenn es Klärungsbedarf gibt, kann man das gern machen; denn unser Antrag - - Übrigens, auch das Thema Polizei ist Landeszuständigkeit, Frau Kollegin. Ich weiß nicht, warum gesagt wurde, dass bei den Kontrollen nicht das Land zuständig ist.

Unser Antrag zielt auf eine Bundesratsinitiative und arbeitet mit dem Überbegriff Plastikmüll. Was das ist und was es nicht ist, ist in der Abfallwirtschaft erfahrungsgemäß genau zu definieren.

Meine erste Einladung, die ich als frisch gewählter Kreistagsabgeordneter 1994 hatte, war zu einer Gewerbeabfallsortieranlage. Die ist damals noch unter einer CDU-FDP-Mehrheit im Kreis Rendsburg-Eckernförde geplant worden. Nicht dass dies zum Vorwurf gereicht, die ist damals auch sehr fortschrittlich geplant worden. Das haben wir alle zusammen gemacht. Damals wurde so kalkuliert: Man hat so und so viel Gewerbemüll, denn man hat den ja vorher auch gehabt.

Nun war das Problem: Wir hatten eine ostdeutsche Deponie, die noch dringend verfüllt werden sollte und die natürlich andere Preise machen konnte als Gewerbeabfallsortieranlagen. Was mache ich also? Ich schmeiße ein Fahrrad auf den Berg, dann ist das nicht mehr Abfall zur Beseitigung, sondern Abfall zur Verwertung. Ich verschiebe das in damals noch nicht ganz geregelte Bereiche, nehme das Fahrrad runter und beseitige es dort auf einer Deponie für ein Drittel des Preises. Was war der Effekt? Der Effekt war, dass wir eigentlich eine gering dimensionierte Gewerbeabfallsortieranlage geplant hatten, die aber nicht ausgelastet worden ist. Auf einmal lagen die Gewerbeabfälle in Rendsburg-Eckernförde nur noch bei 10 % bis 15 % der vorangegangenen Mengen. Auf magische Art und Weise hatte dort

sozusagen ein kleines internes Betriebsrecycling stattgefunden.

Wer diese Erfahrung in der Abfallwirtschaft gemacht hat, der wird sich einem Antrag nicht verschließen können, die Dinge schärfer zu kontrollieren und schärfer zu regeln. Das ist jetzt kein Generalmisstrauen, sondern das sind schlicht und ergreifend die Erfahrungswerte der Findigkeit. Das ist ja die große Stärke des Kapitalismus.

(Zurufe)

- Natürlich, das ist das Renditestreben. Das bezweifelt keiner der Theoretiker. Dieses Renditestreben führt in der Abfallwirtschaft zu den Konsequenzen, die man sehen kann. Auch nach der derzeitigen Rechtslage dürfte man sehr viele Dinge, die man in Dritte-Welt-Ländern sehen kann, dort gar nicht sehen. Ja, auch wir haben von unserer Abfallwirtschaftsgesellschaft Menschen nach China geschickt.

In den letzten Sekunden meiner Redezeit noch zur AfD: Das chinesische Importverbot hat nichts damit zu tun, dass man dort jetzt auf einen Brennstoff verzichten kann. China ist weit voraus im Zubau von Photovoltaik und von Windenergie. In ganz China wird in einem Jahr mehr zugebaut als in der gesamten EU.

(Zurufe)

- Nein, gucken Sie in die Planung! Der Kohlezubau in China geht jetzt zurück.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Stellen Sie mir eine Zwischenfrage, wenn Sie das interessiert. Ich habe die Zahlen da. Wir können über die Gigawattzahlen in einer anderen Debatte sprechen.

Die Chinesen sind tatsächlich, was die erneuerbaren Energien angeht, zumindest in ihrer Planung und in ihrem Willen weiter als wir. Also sollten wir das nicht immer als Ausrede dafür benutzen, dass wir selbst nicht vorankommen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das war es, Herr Abgeordneter, danke schön. - Begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf unserer Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Schule am Burgfeld aus Bad Segeberg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Plastikabfälle und Plastikmüll ist eines, das uns auf allen Ebenen beschäftigen muss.

(Unruhe)

Es ist, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit einmal auf mich lenken darf, eine Herausforderung, der wir uns auf allen Ebenen annehmen.

(Heiterkeit)

Deswegen noch einmal der Verweis darauf, dass wir im September den Jamaika-Antrag zur Reduzierung der Plastikeinträge im Bioabfall im Bundesrat durchbekommen haben und auf Veränderungen in diese Richtung auf Bundesebene drängen. Deswegen ist es gut, dass wir uns angesichts der zahlreichen Einträge von Plastikmüll durch Exporte in Drittländer auch damit beschäftigen.

100.000 t Plastikmüll gingen im letzten Jahr aus Deutschland allein nach Malaysia, Indonesien, Thailand und Vietnam wurden schon genannt. Dies sind die Zielländer, um die wir uns durchaus sorgen müssen, wenn es darum geht, dass dort Plastikmüll entsorgt und eben nicht recycelt wird.

Wir müssen unseren Beitrag dazu reflektieren. Deswegen ist es gut, dass am Donnerstagabend die Umweltminister der Länder erneut der Bundesumweltministerin den Rücken gestärkt haben und dass am darauffolgenden Abend im Rahmen der Verhandlungen zur Basler Konvention der Durchbruch mit den 187 Staaten erreicht wurde, die sich hier auf die notwendigen Verschärfungen eingelassen haben. Das war nicht so deutlich zu erwarten, und das ist ein wichtiger Erfolg, den wir nun umsetzen müssen.

Plastikmüll darf nur exportiert werden, wenn er sauber sortiert und vor Ort recycelbar und verwert-

bar ist. Das ist ein wichtiger Fortschritt, den es nun von dieser Basler Konvention in EU-Recht umzusetzen gilt. Der zentrale Ort, an dem diese Frage geregelt werden muss, ist die europäische Abfallrahmenrichtlinie, die diese Maßgaben gemeinsam vorgibt. Bis Anfang 2021 müssen wir diese Zielvorgaben in allen EU-Ländern, nicht nur in Deutschland, umsetzen, und das ist ein richtiger Schritt, auf den auch wir als Landesregierung drängen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wir haben uns als Umweltminister von Bund und Ländern auch vorgenommen, mehr Plastikmüll hierzulande zu recyceln. Die Recyclingquoten müssen erhöht werden. Natürlich gilt dies auch für die dennoch stattfindenden Exporte, die wir natürlich nicht als ein Mitgliedsland allein einschränken können, weil es eben eine Europäische Union gibt, die die Fragen von Ausfuhren und Importen regelt. Dort kann man sich natürlich weiter darüber unterhalten, aber es wäre gut, wenn wir bei den stattfindenden Exporten eine bessere Kontrolle hinbekämen. Das finde ich absolut richtig, da stimme ich Ihnen zu. Das Problem ist tatsächlich, dass hier die Strukturen häufig nicht ausreichen und dass selbst der Zoll bei den nicht gefährlichen Abfällen nur wenig Möglichkeiten hat, Kontrollen durchzuführen.

Der Ansatz, gemeinsam mit den Zielländern und auch den dortigen Behörden ein System aufzubauen, bei dem wir besser verfolgen können, welche Exporte stattfinden, ist richtig, und er wird so auch vom Bund verfolgt. Ich bin der Meinung, wir sollten das aktiv unterstützen, um an der Stelle für die Zukunft eine gute Kontrolle zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Klar ist: Wir müssen nicht nur die Recyclingquoten bei der Entsorgung des Abfalls erhöhen, sondern wir müssen sie auch bei der Verwendung von Stoffen erhöhen. Wir brauchen Recyclingstoffe, die auch verwendet werden. Wir brauchen Quoten, die wir diskutieren müssen, damit es auch eine Verwertung des Recyclingbestands gibt.

Klar ist auch - auch hier sind wir tätig -: Nur wenn Produktion und Verbrauch von Plastik deutlich reduziert werden, werden wir die Vermüllung der Meere und vieler Länder in Afrika und Südostasien vermeiden können. Das tun wir, wie es angesprochen wurde, auf EU-Ebene mit dem Verbot von Einwegplastik, und das tun wir auch hier im Land, wie ich es zuletzt angesprochen habe, zum Beispiel bei der Überprüfung unserer eigenen Beschaffung

(Minister Jan Philipp Albrecht)

mit Blick auf die Verwendung von Mehrweg- und Recyclingstoffen. Daran werden wir weiter arbeiten, und dies werden wir im Rahmen der weiteren Beratungen zusammen besprechen. - Vielen Dank für die Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1440 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1476 federführend an den Europaausschuss und mitberatend an den - -

(Zurufe)

- Federführend? - Federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss?

(Zuruf: Europaausschuss!)

- Europaausschuss? - Was denn nun? Nur an den Umwelt- und Agrarausschuss?

(Zuruf: Wir sind das Original!)

- Ihr seid das Original, okay. Also, fangen wir noch einmal an: Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1440 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1476 an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Straßenbegleitgrün aufwerten - Blühstreifen am Fahrbahnrand anlegen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1439

Blühendes Schleswig-Holstein

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1479

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! - Ich glaube, es sind im-

mer noch dieselben. - Wir haben gestern intensiv über den Sinn und Unsinn von Tempolimits gesprochen. Wie Sie vielleicht wissen, bin ich auch kein Freund davon, aber, Herr Kumbartzky, es kann auch Vorteile haben, denn auf der A 21 gilt im Moment ein Tempolimit von 80 km/h, weil sich da der Asphalt ablöst. Ich habe mir bei dieser Gelegenheit die Straßenränder angeschaut und mir darüber Gedanken gemacht; so kam der Antrag zustande.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, da kommt man auf gute Ideen. Insofern: Tempo 80 ist da eine tolle Idee. - Zu unserem Antrag: Naturschutz und Naturnutzung gehen für die AfD Hand in Hand, auch wenn man es nicht glauben mag. Mit unserem Antrag, das Straßenbegleitgrün mit insektenfreundlichen Pflanzen aufzuwerten und damit gleichzeitig als Lebensraum für Insekten zu nutzen, machen wir das heute deutlich.

An den Fahrbahnrandern und auf den extensiven Flächen können wir, ohne den Landwirten Flächen zu rauben, mit einer geeigneten Bepflanzung einem Rückgang der Insektenzahl wirksam entgegenzutreten.

Bisher haben sich die Umweltverbände und das Ministerium auf die Landwirtschaft, den Klimawandel oder den Flächenverbrauch durch Siedlung oder Verkehrswege als Verursacher des Insektenschwundes eingeschossen. Verschwiegen wird dabei gern der Anteil, den die sogenannte Energiewende hat. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt hat in einer - das sage ich ausdrücklich - Modellanalyse ermittelt, dass in den wärmeren Monaten - also eigentlich jetzt; aber im Moment scheint der Klimawandel zu pausieren - täglich circa 5,3 Milliarden Tiere durch Windräder getötet werden. Die Rotorblätter der Windkraftanlagen durchschneiden die Luft mit Blattspitzenhöchstgeschwindigkeiten von mehreren hundert Stundenkilometern.

Diese Analyse des DLR - nicht unsere Analyse - kommt zu dem Schluss, dass mindestens 1.200 t Tiere pro Jahr Opfer von Windrädern werden. Die Frage, ob diese 5 Milliarden tote Insekten durch Windräder viel oder wenig sind, stellt sich für uns nicht. Entscheidend ist: Der Verlust ist relevant für die Stabilität der Insektenpopulation.

Das zeigt einmal mehr, dass die Energiewende auch Schattenseiten mit sich bringt. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig und noch nicht erforscht.

(Volker Schnurrbusch)

Heute geht es uns darum: Was können wir tun? Was ist bisher geschehen? Bisher offenbar nicht genug, um Insekten wirksam zu schützen.

Es gibt bei uns im Land einzelne Nischen, die insektenfreundlich gestaltet sind. Aber diese sind nicht miteinander verbunden. Unsere Straßen ziehen allerdings durch das Land und bilden ein Netzwerk. Genau dieses Netzwerk kann die verschiedenen Nischen, die es im Land schon gibt, miteinander verbinden.

Insekten nutzen alte Pfade, die zunehmend von Windkraftanlagen durchkreuzt werden. Sie brauchen daher alternative vernetzte Habitate, um in ausreichender Zahl zu überleben.

Ich freue mich über das bisher positive Echo in der Presse auf unsere Idee und auch über die Verwunderung darüber, dass sich ausgerechnet die AfD Gedanken über den Naturschutz macht. Ich darf Ihnen versichern, dass Natur-, Tier- und Heimatschutz zutiefst konservative Themen sind, konservativ im Sinne von Erhaltung im Wortsinne und damit bei uns genau an der richtigen Adresse.

Dass ein Um- oder Weiterdenken bei der Randbegrünung nicht einfach ist, mag sein. Aber es gibt Potenzial, und es ist machbar; das räumt der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr für die Rastplätze oder die Regenrückhaltebecken durchaus ein.

Der LBV hat bereits Pilotprojekte in Auftrag gegeben; das darf man nicht verschweigen. Wir meinen aber, Pilotprojekte allein reichen nicht. Daher fordern wir, dass in Zukunft bei den Ausschreibungen für den Landschaftsbau verbindliche Vorgaben für die Begrünung gemacht werden.

Natürlich müssen die Grünflächen auch gemäht werden, um den Verkehrssicherungspflichten nachzukommen. Hier könnte allein durch den Einsatz anderer Maschinen etwas erreicht werden. Das sagt auch der LBV, Stichwort Balkenmäher.

Warum geschieht das bisher nicht? Bisher ist es offensichtlich noch niemandem angekommen, und es kostet Geld.

Damit es jetzt nicht bei einzelnen Pilotprojekten bleibt, muss eine vernünftige Evaluierung erfolgen. Darüber wollen wir gern mit Ihnen gemeinsam in den zuständigen Ausschüssen beraten. Daher beantrage ich die Überweisung unseres Antrags und auch des Alternativantrags in den Umwelt- und Agrarausschuss sowie den Wirtschaftsausschuss und bitte um Ihre Zustimmung. Vielleicht fällt es Ihnen heute leicht, unserem Antrag zuzustimmen, auch wenn er von der AfD kommt; denn hier geht es

nicht um die Weltanschauung, sondern um die Natur. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Straßenbegleitgrün an den vornehmlich vom Land gepflegten und genutzten, an den von Bund und Land gebauten Straßen anzubringen, ist an sich kein schlechter Ansatz. Die Diskussion der letzten Monate wie auch die aktuelle zeigen, wie es um die Artenvielfalt insbesondere bei Insekten bestellt ist.

Herr Minister, die Umweltministerkonferenz in Hamburg hat zumindest darauf hingewiesen, dass viele Maßnahmen am Ende vielleicht das Ziel erreichbar erscheinen lassen. Denken Sie an die privat genutzten Gärten, die heute nicht mehr Artenvielfalt begünstigen, sondern durch Versiegelung genau das Gegenteil bewirken; denken Sie auch an unsere Straßen und Wege.

Eingangs will ich dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr ausdrücklich meinen Dank aussprechen, und zwar nicht nur dafür, dass er die Verkehrssicherung sicherstellt, dass er Lichtraumprofile schneidet - das war bisher seine Hauptaufgabe -, sondern auch dafür, dass seine Mitarbeiter dafür sorgen, dass der Verkehr reibungslos läuft, gefahrlos und im Fall eines Staus nicht behindert wird, sondern im Gegenteil. Das Herstellen der Sicherheit habe ich erwähnt. Dabei denkt er daran, dass so etwas wie Straßenbegleitgrün vernünftig angelegt und gepflegt wird. Genau das ist der Kern der Debatte.

Herr Schnurrbusch, ich verstehe nicht genau, wie Sie auf das Thema Windmühlen kommen. Sie unterstellen, dass die Flügel der Windmühlen die Insekten schreddern. Ich denke zunächst daran, dass die Autos bei entsprechender Geschwindigkeit den gleichen Effekt erzielen und sich dann gar keine Insekten in der Nähe von schnell fahrenden Autos aufhalten dürften.

(Beate Raudies [SPD]: Dann müssten Sie auch für das Tempolimit sein!)

- Tempolimit oder keine Insekten an Schnellstraßen wären natürlich eine zu treffende Entscheidung; das kann es natürlich nicht sein. - Klar ist, dass wir als öffentlicher Träger dieser ganzen Einrichtungen, die wir genannt haben, einen Vorbildcharakter haben

(Heiner Rickers)

und verpflichtet sind, alles daranzusetzen, in allen Bereichen, in denen es uns möglich ist und vielleicht auch verhältnismäßig umsetzbar ist, für Artenvielfalt und Insektenvielfalt zu sorgen. Da sind wir uns einig. Wir haben in der Vergangenheit bereits einiges getan.

Denken Sie an die Initiative „Blühendes Schleswig-Holstein“; jedes Jahr werden 150.000 € in den Haushalt eingestellt. Sie sind sofort vergriffen, weil Flächen, die in öffentlicher Hand sind, mit Blühmischungen besät werden und somit für Arten- und Insektenvielfalt gesorgt wird. Das ist ein hervorragendes Programm. Es gibt allerdings auch Agrarumweltmaßnahmen, die darauf abzielen, dass sich auch dort Insekten ansiedeln. Im Jagdrecht gibt es eine Veränderung: Wer zukünftig Wildschaden ersetzt haben will, der muss eine Blühschneise schaffen, eine Jagdschneise mit diesen Blühmischungen besäen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es gibt auch einen ganz neuen Trend: In der Landwirtschaft wird Geld damit verdient, dass man Pachtflächen vergibt, Blühflächen, für ein blühendes Schleswig-Holstein. Halten Sie sich fest: Man erlangt bis zu 20 Cent Pacht pro Quadratmeter und Jahr, wenn man als Landwirt die Fläche zur Verfügung stellt und mit einer Blühmischung besät, sodass sich dort letztlich die Artenvielfalt entwickeln kann. Es tut sich unwahrscheinlich viel.

Nach wie vor ist die Frage der Verkehrssicherung mit Blick auf den vorliegenden Antrag aus unserer Sicht die wichtigste. Kleinstlebewesen halten sich natürlich dort auf, wo viel wächst. Also ist die Gefahr, dass sie zu einem Unfall beitragen, groß, wenn die Fläche nicht rechtzeitig gemäht wird. Sie müssen die Straßen einsehen können, ohne dass Sie jemanden gefährden. Und Sie müssen natürlich, wenn Sie den Aufwuchs sehr lang wachsen lassen, am Ende darüber nachdenken, wie Sie ihn mähen - das haben Sie angesprochen, Herr Schnurrbusch - und wie Sie ihn danach wegtransportieren. Ist es dann Abfall, oder muss er in eine Kompostanlage? Spätestens dann werden wir unterschiedlicher Meinung sein. Wir denken, es muss so bleiben, wie es im Moment ist.

Zusammenfassend will ich sagen: Wir sind uns einig: Die Wirtschaft brummt, der Verkehr brummt, und was uns fehlt, sind Insekten, die an den Straßen etwas mehr brummen. Wenn wir es schaffen, dies im Rahmen der 30.000 km Straßen, Verkehrswege und Radwege in Schleswig-Holstein ein wenig mit auf den Weg zu bringen, dann sind wir auf dem

richtigen Weg. Deswegen unser Alternativantrag. Ich hoffe, dass wir einiges erreichen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Artenvielfalt, insektenfreundliche Gärten und Landschaften, Biodiversität - das alles sind Begriffe, die zurzeit in aller Munde sind. Dabei darf die AfD natürlich nicht fehlen. Allerdings finde ich das erstaunlich, denn Vielfalt ist doch sonst eigentlich nicht so Ihr Ding.

(Beifall und Heiterkeit SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zurufe AfD)

- Nun regen Sie sich doch nicht so auf! - Der Antrag fordert Punkte, die schon umgesetzt werden, sich gerade in einer Projektphase befinden oder geplant sind, soweit sie denn aus Verkehrssicherheitsgründen überhaupt möglich sind. Dieser Aspekt findet in Ihrem Antrag überhaupt keine Berücksichtigung.

Lassen Sie mich kurz einige Maßnahmen zur Artenvielfalt nennen, denn die Behauptungen, die Sie aufgestellt haben, sollen nicht so stehen bleiben. Stellen Sie sich vor: Das Thema Biotopverbund kannten wir auch schon vor Ihnen!

„Schleswig-Holstein blüht auf“ - mein Kollege hat es eben angesprochen -: Land und DVL stellen unter anderem kostenlos Saatgut für Landwirte, Kommunen und Unternehmen zur Verfügung, um neue Blühflächen zu schaffen. Regio-Saatgut, also in Schleswig-Holstein gewonnene Wildsaat aus Gras- und Krautarten, wird zusammengestellt und sorgt für blühende Flächen.

Der Heimatbund hilft zusammen mit verschiedenen Projektpartnern mit seinem Projekt „BlütenReich Schleswig-Holstein“ blütensuchenden Insekten und sorgt mit seiner Beratung und Netzbildung für ein gutes Wissen im Bereich der biologischen Vielfalt.

Der Bauernverband - beispielgebend in Ostholstein - hat ein gut angenommenes Blühstreifenprogramm auf den Weg gebracht. Damit sollen maximal 12 m

(Sandra Redmann)

breite Streifen an Wegen, Straßen und Knicks angelegt werden. Die Blühflächen werden als ökologische Vorrangfläche anerkannt.

Natürlich gehört dazu auch das Programm „Blüten- Meer 2020“ der Stiftung Naturschutz. Arnika, Heidenelken, Flockenblume und viele Arten mehr sollen wieder ein Zuhause finden. Mit vielen Partnerinnen und Partnern schafft das Stiftungsteam „Blüten- Meer 2020“ ein Netzwerk für blütenbunte Wildwiesen. In vielen Kommunen haben wir begeisterte Mitmacher gefunden, zum Beispiel in Sollerup, Trappenkamp oder Bad Schwartau, um nur einige wenige zu nennen. Die Nachfrage ist so groß, dass die Stiftung das Projekt ausweiten will, besser gesagt: ausweiten muss.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Ja, leider gibt es gerade nichts mehr, liebe Jette.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ich weiß!)

Natürlich hat auch der LBV bereits Maßnahmen durchgeführt, die ebenfalls nicht angesprochen wurden.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Doch, doch! Pilotprojekte!)

Da geht es zum Beispiel an der A 7 um die Anlage und Pflege artenreicher Wiesen- und Rasenflächen an Straßen und Wegen.

Vor wenigen Wochen wurden in Koblenz auf einem Kongress zur Landschaftspflege Maßnahmen vorgestellt, wie man unter anderem die angesprochenen Böschungen, also eigentlich die eher schwierigen Flächen, mit mehr Saat für insektenanziehende Pflanzen bestücken kann. Dies wird aufgegriffen werden. Ich gehe davon aus - Herr Umweltminister, es reicht, wenn Sie jetzt nicken -, dass das mit dem Wirtschaftsminister so vereinbart worden ist. - Na ja, gut, dann werden wir noch dafür sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bundesweit haben wir circa 3 % Straßenbegleitflächen. Natürlich muss und wird auch an zukünftigen Projekten und Ideen gearbeitet, wie zum Beispiel am Entwicklungsvorhaben Klappertopf, wo es um die aktive Entwicklung von biologischer Vielfalt im Straßenbegleitgrün geht. Das ist nämlich gar nicht so einfach, wie man annehmen könnte. Der Klappertopf ist in der Lage, die Gräserdominanz zu brechen und wäre daher gerade in dem Bereich gut geeignet. Untersuchungsergebnisse werden zurzeit genauer unter die Lupe genommen. Stiftung Naturschutz, CAU und Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr

sind hier Kooperationspartner. Das wird eine echt spannende Geschichte.

Sie merken: Vieles ist bereits auf dem Weg, allerdings muss dies vernünftig abgestimmt sein - wie im Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW beschrieben. Verkehrssicherheit und biologische Vielfalt sollen sich nicht ausschließen, daran arbeiten wir. Den Antrag der AfD lehnen wir ab. Um Zustimmung zu unserem Antrag muss ich nicht bitten, denn er stammt ja von uns allen. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nobis, gestern wollten Sie mit 300 km/h durchs Land fahren und haben über das Aroma von Diesel schwadroniert, heute legen Sie uns diesen Antrag vor. Gestern Ökosau, heute die Welt retten - das ist maximal unglaublich, und das lassen wir Ihnen in diesem Haus auch nicht durchgehen. Das ist Klimaschutztechnische Trittbrettfahrerei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, 1992 wurde auf dem UN-Umweltgipfel nicht nur die Serie der Klimakonferenzen begonnen, sondern auch die etwas weniger bekannte Konvention über die biologische Vielfalt - kurz CBD - unterzeichnet. Sie ist am 29. Dezember 1993 völkerrechtlich in Kraft getreten und wurde auch von Deutschland ratifiziert.

Ziel war es, bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt signifikant zu verlangsamen. Daraufhin wurden ein strategischer Plan mit 20 konkret messbaren Indikatoren hinterlegt und Ziele aufgestellt. Wie der Bericht des Weltbiodiversitätsrats zeigte, ist von den geschätzt 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit inzwischen rund 1 Million vom Aussterben bedroht.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich den Bundesetat 2018 anschauen, sehen Sie, das 1,9 Millionen € für das Thema Artenvielfalt in den Haushalt eingestellt worden und 38,5 Millionen € in den Rüstungsetat geflossen sind. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert, den Rüstungsetat zu verdoppeln.

(Dr. Andreas Tietze)

Das heißt, Sie setzen im Deutschen Bundestag völlig andere Prioritäten. Ihnen ist der Artenschutz schnurzpiegal, und Sie halten sich auch nicht an internationale Abkommen. Das ist die Wahrheit, das muss man hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag auch einmal so sagen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, mittlerweile ist klar, dass neben dem Klimaschutz das Thema Artenschutz populär ist. Wir müssen handeln, Taten sind gefragt. Wenn Sie suggerieren, Schleswig-Holstein mache nichts, die Landesregierung schlafe da - oder was auch immer Sie da vermuten -, kann ich sagen: Das ist mitnichten der Fall. Seit Jahren steht das Thema in diesem Haus fraktionsübergreifend auf der Tagesordnung. Deshalb bedanke ich mich auch sehr dafür, dass wir diesen Antrag gemeinsam hinkommen haben. Er zeigt, was Schleswig-Holstein in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat.

„Schleswig-Holstein blüht auf“, das ist ein Programm, das unser Land bunter macht. Die Bemühungen sind deutlich zu erkennen, noch weitere Flächen zu akquirieren.

700 km² unseres Landes sind Verkehrsflächen, hauptsächlich Straßen. Nebenbei möchte ich bemerken, das ist doppelt so viel Fläche für Straßen wie für die Windkraft. Das Hauptproblem besteht also tatsächlich durch die Straße. 10 % der Verkehrsflächen sind im Rahmen des Straßenbegleitgrüns als Grün- oder Offenland vorgesehen. Das Thema Flächenfraß bedrückt uns in der Tat alle. Wenn wir einigermaßen signifikant etwas daran ändern wollen, müssen wir überall dort, wo es möglich ist, Grünflächen schaffen. Das gilt nicht nur für Straßenbegleitgrün, sondern das gilt auch für unsere Hinterhöfe beim Wohnungsbau. Das ist etwas, was wir als Jamaika-Koalition uns auf den Arbeitsplan gesetzt haben.

Das Potenzial, das sich aus der Nutzung des Straßenbegleitgrüns und für die Biodiversität ergibt, wichtig und muss gehoben werden.

Richtig ist, dass dabei die Verkehrssicherheit nicht unberücksichtigt bleiben darf. Ich spreche hier heute auch als Verkehrsexperte. Das versteht sich aber von selbst, ich glaube, darüber müssen wir nicht großartig diskutieren.

Ich möchte die Landesregierung an dieser Stelle ausdrücklich loben. Sie handelt nicht nur im eigenen Verantwortungsbereich, sondern stellt ihre Kompetenz auch den Kommunen zur Verfügung.

Der Handlungsleitfaden für Straßenmeistereien in den Kreisen, Städten und Gemeinden wird gut nachgefragt. Auch das Förderprogramm „Begleitgrün“ ist in diesem Land gelaufen wie geschnittenes Brot - wie man so schön sagt. Das heißt, die Mittel aus dem Programm waren schnell vergriffen. Das zeigt, dass es wirkt und dass es sich lohnt, das weiter zu verstetigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassen: Ihr AfD-Antrag ist völlig überflüssig. Wir machen schon viel in Schleswig-Holstein, und wir werden weiterhin viel machen. Artenvielfalt und Klimaschutz gehören zusammen. Die Zukunft der Menschheit hängt von beidem ab. Biodiversität ist ein zentrales Thema. Für das Thema Umweltschutz und auch andere Themen sind Sie dagegen verzichtbar. Lassen Sie doch die Showeffekte und die Trittbrettfahrerei, das zahlt sich nicht aus. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Sprache hat für alles ein Wort, auch für Dinge, von denen man nie dachte, dass man für sie ein eigenes Wort benötigt. Das, was beispielsweise neben der Straße wächst, nimmt man nicht immer bewusst wahr, es sei denn, man pflückt es. Viele würden das vielleicht gering-schätzig einfach nur Gras oder Gestrüpp nennen, aber die deutsche Verwaltungssprache hat auch dafür ein spezielles Wort, das Straßenbegleitgrün.

Was sich hier im Straßenbegleitgrün jenseits unserer alltäglichen Wahrnehmung versteckt, ist mehr als nur ein wenig Grün. Es besteht die Möglichkeit, in ihm für allerlei Insekten einen Rückzugsraum zu schaffen.

Die deutsche Sprache hat für alles ein Wort, und wir in Schleswig-Holstein haben meistens auch auf alles eine Antwort. Die Landesregierung führt das Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“ für das sogenannte Straßenbegleitgrün durch. Gemeinden werden blütenreiche Saatgutmischungen zur Verfügung gestellt, und diese Saat kann eingesetzt werden, um allerlei Flächen, wo es sich eben aus Sicht der Gemeinden anbietet, mit mehr als nur einfachem Rasen auszustatten. Bunte, abwechslungsrei-

(Dennys Bornhöft)

che Blühstreifen durchziehen so unsere schleswig-holsteinischen Gemeinden. Die sind nicht nur nett anzuschauen, sondern sie bieten auch Insekten und Vögeln ein vielfältiges Nahrungsangebot, und das ist wichtig.

Aber diese Blühstreifen müssen natürlich auch gepflegt werden, das heißt im Zweifelsfall auch, dass sie regelmäßig gemäht werden müssen. Auch die Verantwortung, die damit einhergeht, erfüllen die Gemeinden im Rahmen des Programms „Schleswig-Holstein blüht auf“.

Allerdings kann dieses Programm nicht an allen Wegesrändern angewandt werden. An Kreisstraßen, Landstraßen und Bundesstraßen lässt sich ein hochwachsender Blühstreifen nicht immer mit der Verkehrssicherheit vereinbaren; denn die Fahrbahn muss frei sein. Das heißt, Gräser oder Gestrüpp dürfen nicht auf der Fahrbahn liegen oder darüberragen. Die Sicht muss immer ungehindert möglich sein.

Es ist daher besser, man gestaltet den Randstreifen von vornherein so pflegeleicht, wie es möglich ist. Ob es aber bei einem Randstreifen bleiben muss, der so trist ist wie das Verwaltungsdeutsch zum Thema Straßenbegleitgrün, das ist sicherlich noch die Frage, daran können wir arbeiten. Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr nutzt gezielt die Möglichkeiten zur Entwicklung von Lebensräumen auf unbebauten Verkehrsflächen. Dabei beachtet der LBV die Notwendigkeit, Pflegemaßnahmen durchzuführen. Das Beispiel der A 7 wurde schon erwähnt, da wurde es auf zahlreichen Grünflächen ausprobiert. So gibt es jetzt zum Beispiel an vielen Autobahnauffahrten, an Böschungen oder an Raststätten an der A 7 auf größeren Flächen nicht nur kurzes Gras, sondern auch Margeriten oder den Klappertopf, eine Art, die derzeit leider auf der Roten Liste steht. Gut, dass sie hier mit eingesetzt wird.

(Zuruf SPD)

- Der Klappertopf, genau.

Der LBV und die Landesregierung tun bereits das Richtige, um herauszufinden, wie man am besten Blühfläche und Pflegemanagement zum Zwecke der Verkehrssicherheit und Biodiversität miteinander vereinbaren kann. Auf welchem Untergrund wächst was am besten? Wo muss wie gemäht werden? Das sind keine Fragen, auf die es selbstverständliche Antworten gibt, und es gibt immer auch Folgeprobleme zu lösen. Das hat Herr Rickers beispielsweise zum Thema Kompost und Abfuhr schon erwähnt.

Die Pflege von Biotopen ist mehr als nur das Hinwerfen von ein paar Samen. Guerilla Gardening, das klappt ganz gut auf innerstädtischem Grün, aber natürlich nicht an jeder Verkehrsstrecke.

Herr Schnurrbusch, Sie haben gesagt, das sei jetzt vielleicht einmal ein Antrag, dem man zustimmen könne, jetzt wo Sie sich mal für ein buntes und vielfältiges Schleswig-Holstein einsetzen - zumindest im Redetext. Ihr Antrag ist zunächst einmal nett anzusehen - wie eine Mimosen-Pflanze beispielsweise. Aber wenn man sich näher damit befasst, dann klappt Ihr Antrag leider die Blätter zusammen.

Nach Ihrem Redebeitrag gestern zum Tempolimit auf der A 7 glaube ich auch eher an einen Schreibfehler. Sie stehen nicht auf mehr Blühstreifen, Sie stehen auf mehr Beschleunigungsstreifen. Wer es als Ausweis der deutschen Identität empfindet, mit über 300 km/h über die Autobahn zu ballern, dem nehme ich die Liebe zu Fluginsekten neben Straßen nicht ab.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Damit haben Sie es innerhalb von 24 Stunden wieder einmal sehr schön geschafft, einen eigenen, vermutlich gut gemeinten Antrag selbst ins Lächerliche zu ziehen. Das ist mittlerweile fast schon ein Talent, sich immer selbst auszubremsen - ganz ohne bestehendes Tempolimit.

Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen und unseren Alternativantrag beschließen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als wir Ende der 70er-Jahre die großen Debatten in Dänemark über Windmühlen führten, da war ein Argument der Windmühlengegner immer wieder das mit den Vögeln, wie viele Vögel von den Windmühlen geschreddert würden, aber Insekten hat man damals nicht erwähnt. Das hing wahrscheinlich damit zusammen, dass man die Biodiversitätsdebatte damals noch nicht geführt hat.

Der vorliegende Antrag der AfD ist natürlich in Zusammenhang mit dieser Biodiversitätsdebatte zu se-

(Flemming Meyer)

hen. Die negative Entwicklung und der massive Einbruch bestimmter Arten sind nämlich nicht wozu diskutieren. Der dramatische Artenrückgang gerade bei Insekten und Fluginsekten ist auf den Verlust bestimmter Lebensräume und Nahrungsgrundlagen zurückzuführen. Vielerorts entzieht unsere monotone und intensive Kulturlandschaft bestimmten Arten jede Überlebenschance. Gerade die spezialisierten Arten, die nur in ganz bestimmten Lebensräumen existieren können, sind hiervon stark betroffen.

Dieser entscheidende Prozess wurde lange Zeit kaum wahrgenommen. Aber mit der Diskussion um den Erhalt der Artenvielfalt und der Bedeutung der Biodiversität ist auch die Erkenntnis gewachsen, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben. Wie gesagt, diesen Aspekt greift die AfD nun in ihrem Antrag auf und will Straßenbegleitgrün aufwerten und Blühstreifen am Fahrbahnrand anlegen. - So weit, so gut.

Was auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, hat es aber im Detail in sich. Die allgemeine Aufwertung der Randstreifen durch Blühstreifen entlang der Straßen, der Radwege, der Rastplätze und der Böschungskanten klingt im ersten Moment durchaus einleuchtend, um damit die Situation für bestimmte Arten der Flora und Fauna entlang der Straßen und Wege zu verbessern.

Die AfD lässt jedoch durch ihren sehr allgemein gehaltenen Antrag mehrere wichtige Aspekte außer Acht. Was hier so allgemeinverbindlich gefordert wird, ist in der Praxis so nicht umsetzbar. Es gibt Bereiche, beispielsweise an steilen Böschungen oder in Erosionsbereichen, wo aus Sicherheitsgründen eine dichte Grasnarbe notwendig ist, die für den entsprechenden Halt sorgt. Auch an manchen Banketten ist eine feste Grasnarbe wichtig, damit keine Abbruchkante entlang der Straßen- oder der Wegränder entsteht.

(Sandra Redmann [SPD]: Ja, aber da kann man was machen!)

Darüber hinaus sind aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht alle Flächen entlang der Straßen und Wege für Blühstreifen geeignet, zum Beispiel aufgrund möglicher Sichtbehinderungen.

Die genannten Aspekte finden im Antrag keine Beachtung, das heißt, der gesamte Bereich, der mit Verkehrssicherheit zu tun hat, wird im Antrag überhaupt nicht berücksichtigt.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Denny Bornhöft [FDP])

Das halte ich für fahrlässig. Zudem ist die versteckte Kritik, dass das Land in Sachen Blühstreifen entlang der Straßen und Wege nichts mache, definitiv falsch.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Habe ich nicht gesagt! Stimmt ja nicht!)

So ist beispielsweise einer Pressemitteilung des damaligen MELUR von 2016 zu entnehmen, dass das Umweltministerium und das Verkehrsministerium ein gemeinsames Projekt zur Anlage und Pflege von straßenbegleitenden Blühstreifen gestartet haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Großartig!)

Auf zehn ausgewählten Standorten an der A 7 zwischen Rendsburg und Flensburg sollen demnach Blühstreifen entstehen - zur Förderung der Artenvielfalt. Ziel dieser Maßnahme ist, Erfahrungen für die fachgerechte Anlage und Pflege von artenreichen Grünflächen zu sammeln, damit das dann als Gebrauchsanweisung für Kreise, Städte und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden kann.

Darüber hinaus ist sich der LBV seiner Verantwortung durchaus bewusst und in Kenntnis der naturwissenschaftlichen Bedeutung der Flächen, die in seinem Verantwortungsbereich liegen. Das heißt, je nach Gegebenheit wird bei Neu- oder Umbaumaßnahmen heute bereits darauf geachtet, dass kein Mutterboden mehr verwendet wird, sondern ein standfestes Substrat. Darüber hinaus wird bei Ansaaten darauf geachtet, dass ein standortangepasstes Regionssaatgut mit gebietsheimischen Kräutern und Gräsern verwendet wird.

Zudem läuft derzeit das Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben Klappertopf mit dem LBV und verschiedenen Partnern aus Forschung und Naturschutz. Meine Kollegin Sandra Redmann hat das schon erwähnt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Das heißt, es wird durchaus etwas getan, um herauszufinden, wie man Aspekten des Artenschutzes unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit gerecht werden kann. Dabei hat der Aspekt Verkehrssicherheit sicherlich die höchste Priorität. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Denny Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch für die AfD-Fraktion.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz auf die Diskussion eingehen, über die ich mich sehr gefreut habe, ehrlich gesagt, weil sie zeigt, dass das Thema nicht ganz verkehrt ist. Ich möchte klarstellen, dass ich zu keiner Zeit die Landesregierung kritisiert habe, dass sie zu wenig unternehme. Wir stehen genauso hinter dem Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“ wie alle anderen. Das macht unser Land tatsächlich ansehnlicher.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich sehe das auch aus wirtschaftlicher Sicht, denn unsere Gäste aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland kommen natürlich auch gern hierher, wenn sie eine intakte Landschaft vorfinden. Die Kritik habe ich nicht geübt, liebe Frau Redmann, und ich habe auch ganz klar gesagt, dass der LBV schon einiges unternommen hat. Ich glaube, ich habe dreimal in meiner Rede Pilotprojekte erwähnt. Ich habe nur gesagt, man könnte da ansetzen und noch mehr machen.

Lieber Herr Bornhöft, gestern beim generellen Tempolimit habe ich aus den Reihen der FDP ein deutliches Kontra vernommen. Insofern stehen wir da nicht ganz allein. Ob Sie mit 300, 120 oder 80 km/h durch die Gegend fahren - Insekten werden in jedem Fall an den Scheiben kleben bleiben. Wenn Sie sagen, Autofahren und Insektenschutz widersprechen sich, müssen Sie auf das Autofahren verzichten und auf die Bahn umsteigen, die auch ein paar Insekten mitnimmt.

(Unruhe)

Herr Dr. Tietze, Ihnen gebührt die Ehre, als Letzter angesprochen zu werden. Es gibt keinen Alleinvertretungsanspruch der Grünen bei solchen Themen. Das glauben Sie vielleicht, aber das hat sich mit den Jahren abgeschliffen. Auch die AfD versteht sich - auch wenn Sie es nicht glauben - als Bewahrer einer intakten Natur. Sie gehört auch für uns zur Heimat und zur Identität.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

- Das spielt überhaupt keine Rolle. Ich bin ziemlich weit gereist, Herr Hölck. Darüber können wir gern einmal reden. Ich bin froh, wenn ich auf der ganzen Welt eine intakte Natur vorfinde. Wir haben gerade

über Müllexporte gesprochen. Ich bin sehr oft in Südostasien gewesen und weiß, was mit dem Müll dort passiert. Das liegt aber nicht an uns, sondern an den Kollegen vor Ort.

(Anhaltende Unruhe)

Sie haben keinen Alleinvertretungsanspruch. Die Idee unseres Antrags haben wir uns nicht aus den Fingern gesogen, die kommt aus der Praxis. Auch wir sprechen mit Landwirten und Bauunternehmern. Die haben uns auf diese Idee gebracht. Die Debatte zeigt, dass es sinnvoll wäre, darüber im Ausschuss zu beraten. Ich finde es schade, dass Sie den Antrag pauschal ablehnen. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat in Vertretung für den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie dieses Haus hat auch die Landesregierung eine klare Haltung: Gerade in Zeiten, in denen wir durch den Weltbiodiversitätsrat deutlich vorgehalten bekommen, wie dringlich der Erhalt und wie dramatisch der Rückgang der Artenvielfalt ist, müssen wir Maßnahmen ergreifen, um die Biodiversität zu stärken, und insbesondere im Bereich der Insekten alles tun, Blühflächen und Blühstreifen anlegen und erhalten, damit es zu einem Umsteuern kommen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Unruhe)

Deshalb ist es gut, dass wir auf der Umweltministerkonferenz in der vergangenen Woche den Beschluss gefasst haben, im Lichte des Berichts zahlreiche Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ein Beispiel, das in der vergangenen Woche verabschiedet wurde - darauf hat Herr Rickers hingewiesen -, ist das gemeinsame Engagement, aus Stein- und Schottergärten insektenfreundliches Grün zu machen. Da ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, ist richtig. Wir haben im Land gezeigt, wie wichtig uns das Thema ist. Wir fördern in drei verschiedenen Programmlinien Blühflächen, gerade in

(Minister Jan Philipp Albrecht)

der Landwirtschaft, aber auch im öffentlichen Raum.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

Das Programm „Schleswig-Holstein blüht auf“ ist regelmäßig überbucht. Das zeigt, dass das Interesse groß ist. Wir sollten an dieser Stelle nicht aufhören, sondern weitermachen, und wir arbeiten an weiteren Maßnahmen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, AfD und SSW)

Das gilt auch für den Bereich des Straßenverkehrs. Da sind wir uns einig. Auch die Kolleginnen und Kollegen im LBV.SH haben erkannt - Sie haben es gesagt, Frau Redmann -, dass Sie etwas tun müssen. Deswegen ist es richtig, dass wir mit den Pilotmaßnahmen an der A 7 angefangen haben. Genauso richtig ist es, dass die Erkenntnisse der Pilotmaßnahmen in Leitlinien gegeben werden, die für alle Straßenbaulastträger im Land gelten werden, damit dort, wo es geht - das sind nicht alle Flächen, es gibt auch Einschränkungen -, Blühstreifen angelegt werden und man die Pflege so gestaltet, dass die Artenvielfalt gefördert werden kann.

Es gibt natürlich auch Einschränkungen - sie wurden genannt, Flemming Meyer ist ausführlich darauf eingegangen -, wenn es um die Verkehrssicherheit geht oder bestimmte Anforderungen der Erosionssicherheit oder Entwässerung berührt sind, die eine wichtige Rolle spielt. Diese Fragen darf der LBV.SH nicht außer Acht lassen, sie müssen ebenso prioritär sein. Man kann den Kolleginnen und Kollegen nur den Rücken stärken, wenn sie versuchen, dort, wo es geht, mit Instrumenten wie dem Balkenmäher, anderen Mähvorgängen oder dem Einsatz von Klappertopf, einer beliebten Pflanzenart, die Vielfalt zu erhalten. Denn es bringt nichts, einfach nur Blühsaat auszubringen, wenn diese Blühsorten im nächsten Jahr durch andere Pflanzen verdrängt werden, die auf starken, nährstoffreichen Böden wachsen.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, einen kleinen Moment bitte. - Es wäre nett, wenn Sie dem Minister noch ein paar Minuten Aufmerksamkeit widmen würden. - Danke schön.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sie sehen, dass wir einiges tun. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass klar ist, welche Flächen geeignet sind, und dass der LBV.SH den Rücken gestärkt bekommt. Die heutige Debatte ist dafür gut geeignet.

Die Landesregierung muss gemeinsam dafür sorgen, dass die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Denn auch das ist klar: Es bedeutet zusätzlichen Aufwand, der vom LBV.SH geleistet werden muss. Wenn uns das wichtig ist, müssen wir diesen Bereich in Zukunft stärker mit entsprechenden Mitteln ausstatten.

Nichtsdestotrotz ist es richtig, an der Stelle genau das zu tun, was hier angeregt wird. Der LBV.SH, das Wirtschaftsministerium und mein Haus stehen Ihnen in der weiteren Auseinandersetzung gern zur Verfügung. Gemeinsam sorgen wir für mehr Blühdiversität und damit mehr Arten- und Insektenvielfalt im Land. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1439 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1479 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Dem Umweltausschuss federführend! - Zurufe: In der Sache abstimmen! - Unruhe)

- Ich lasse zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung abstimmen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1439 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1479 federführend dem Umweltausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung gegen die Stimmen der AfD-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1439, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1479, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 36 und 38 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam meistern - Landesentwicklungsstrategie 2030 voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1457

Neue strategische Schwerpunkte in der Landesentwicklung setzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1478

b) Beteiligung des Landesplanungsrats bei Grundsatzfragen der Raumordnung gewährleisten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1459

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Weißbuch der Landesentwicklungsstrategie lesen wir - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Der Wert einer Landesentwicklungsstrategie bemisst sich an dem politischen Willen zur Umsetzung. Dieser wird umso höher sein, je höher der Konsens im Hinblick auf die genannten Ziele ist. Aus Gründen der Planungssicherheit für die Kommunen erwartet der Städteverband Schleswig-Holstein daher, dass die Ziele der Landesentwicklungsstrategie eine hohe politische Verbindlichkeit entfalten.“

So der Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt, Hans-Joachim Grote.

Noch im Dezember 2017 antwortete der Ministerpräsident auf eine Kleine Anfrage - ich zitiere -:

„Die Landesentwicklungsstrategie ... soll als Dachstrategie die Kohärenz innerhalb der Landespolitik - auch über Regierungswechsel hinaus - weiter stärken, noch zu entwickelnde Handlungsansätze benennen und einen Orientierungsrahmen für gesellschaftliche Akteure schaffen.“

Der Ministerpräsident teilte mit, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens veröffentlicht werden sollten und die Landesentwicklungsstrategie im „2. Quartal 2018 ... von der Landesregierung verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt werden“ solle - seitdem: Schweigen im Walde.

Wir haben als zuverlässige Opposition mit einer weiteren Kleinen Anfrage im Januar dieses Jahres nachgefragt. Die Antwort des Ministerpräsidenten war, dass es Probleme bei der Auftragsvergabe gegeben habe, dass die Finalisierung der Landesentwicklungsstrategie nunmehr „ein rein regierungsbzw. verwaltungsinterner Vorgang“ sei, eine Veröffentlichung der Dokumentation nicht mehr geplant sei, aber eine Finalisierung der Landesentwicklungsstrategie im Geiste der Antwort auf die erste Kleine Anfrage natürlich stattfinden solle.

Diese Absicht des Ministerpräsidenten kassieren die Koalitionsfraktionen, indem sie nämlich heute im Landtag beschließen wollen, dass der Ministerpräsident die Aufgabe der Finalisierung der Landesentwicklungsstrategie mit der erwarteten Verbindlichkeit für die großen Herausforderungen dieses Landes nicht mehr vollziehen soll. Das ist eine Bankrotterklärung, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Die koalitionstragenden Fraktionen entziehen dem Ministerpräsidenten die Pflicht und die Möglichkeiten zur strategischen Rahmgebung. Warum? Weil sich Jamaika in den großen Zukunftsfragen dieses Landes offensichtlich nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen kann.

(Widerspruch CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Beifall SPD und SSW)

Wir haben hier wieder einen Beweis dafür, dass die Regierung und die Koalitionäre keinen Respekt vor Bürgerbeteiligung haben: Bürgerdialoge, Regional Konferenzen, Infoveranstaltungen vor Ort - zurzeit alles auf niedrigstem Niveau.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Das ist respektlos all denjenigen gegenüber, die sich in Beteiligungs- und Anhörungsverfahren die Mühe und Arbeit machen, sich in komplexe Themen einzuarbeiten und Stellungnahmen zu formulieren. Es ist zudem in höchstem Maße intransparent.

(Beifall SPD und SSW)

Wir danken allen, die an diesem zukunftsweisenden Prozess mitgearbeitet haben, und fordern im Respekt vor dieser Arbeit die Veröffentlichung aller abgegebenen Stellungnahmen. Was soll denn darin stehen, dass Sie es nicht veröffentlichen wollen? Warum sollen wir nicht wissen, was alle anderen zu diesem Prozess gesagt haben? Das macht die ganze Sache jetzt umso spannender.

An dieser Stelle möchte ich zu unserem zweiten Antrag kommen; denn der im Landesplanungsgesetz festgeschriebene Landesplanungsrat wird nicht wie im Gesetz vorgesehen durch zwei Sitzungen im Jahr beteiligt. Seit zwei Jahren regiert Jamaika, und es hat bisher eine einzige Sitzung - letztes Jahr im Juni - gegeben. Die Landesregierung teilte auf eine Kleine Anfrage mit, dass sich die Einberufung am Bedarf orientiere.

Aktuell sind der Landesentwicklungsplan, die Windenergieplanung und die Landschaftsrahmenpläne in Aufstellung, es gibt die Vereinbarungen zur Landesplanung mit Hamburg, zu neuen Grenzen für Wohnbebauung - aber diese Regierung sieht keinen Bedarf, den Landesplanungsrat zu beteiligen.

Dabei hat der Landtag im Januar 2014 beschlossen, dass der Landesplanungsrat eben nicht nur bei Bedarf, sondern zweimal jährlich für den Austausch zusammentreten soll. Das haben wir zusammen beschlossen. Nicht nur die ehemaligen Koalitionsfraktionen haben das begrüßt, sondern insbesondere der damalige Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki.

(Unruhe)

Zur Sicherheit haben wir den Wissenschaftlichen Dienst befragt. Der kommt ganz klar zu dem Ergebnis:

„Eine Auslegung dieser Vorschrift im Sinne einer Einberufung nur nach Bedarf kommt nicht in Betracht.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regelung zum Landesparteirat war ein kluger Ansatz. Lasst uns bitte zusammen dafür sorgen, dass die hier beschlossenen Gesetze angewandt werden. - Ich dan-

ke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Anhaltender Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Christian Claussen das Wort.

Claus Christian Claussen [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesentwicklung und die Planung dazu hat dieses Haus zu Recht immer wieder beschäftigt. So gab es beispielsweise 2010 eine Debatte über den Landesentwicklungsplan 2010 bis 2025, bei der der Kollege Kalinka den Antrag mit dem schönen Titel „Weniger Vorgaben, mehr Freiheit vor Ort“ eingebracht hat. Das ist eine Strategie, die ich für gut und richtig halte.

(Beifall CDU)

Nach dem Regierungswechsel 2012 begann dann die SPD-geführte Landesregierung 2013 mit einem Prozess, um eine Landesentwicklungsstrategie 2030 zu erarbeiten. Anfang 2016 war ein Grünbuch entwickelt, das mit über 1.000 Experten in über 50 Gesprächsrunden erörtert wurde. Daraus wurden elf strategische Leitlinien entwickelt, die weiter diskutiert werden sollten. Zur Landtagswahl 2017 war die Arbeit an der Strategie noch nicht abgeschlossen. „Albigs Lieblingskind“, wie eine Zeitung das betitelte, war also nach vier Jahren Planung noch nicht geboren worden.

Nach der Wahl hat die Jamaika-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag beschrieben, welche politischen Weichenstellungen sie vornehmen will. Es wurden konkrete Projekte verabredet, die seitdem entwickelt und umgesetzt wurden. Auch wenn die Verhandlungen dazu manchmal mühsam und anstrengend sind, eint die Koalitionspartner der feste Wille, politische Entscheidungen zu treffen und praktisch umzusetzen, um dadurch für die Menschen im Land erkennbare Veränderungen und Weiterentwicklungen zu erreichen.

(Beifall CDU und FDP)

Dazu brauchen wir keine Endfassung dessen, was sich die Vorgängerregierung einmal unter Regieren hätte vorstellen können. Das soll den Einsatz, den die Beteiligten gezeigt haben, gar nicht abwerten; das stellen wir mit dem Dank für die geleistete Arbeit in unserem Antrag ausdrücklich klar.

(Claus Christian Claussen)

(Sandra Redmann [SPD]: Vielen Dank! -
Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ihr Großmut lässt
sich nicht übertreffen!)

Aus unserer Sicht ist eine Orientierung an dem Landesentwicklungsplan 2010 bis 2025, also an der Strategie „Weniger Vorgaben, mehr Freiheit vor Ort“, richtig.

Wenn Sie sich das, was nach vier Jahren als Ergebnis auf dem Tisch liegt, genauer ansehen, wird hinreichend deutlich, was ich meine. Die elf genannten Strategieleitlinien sind derart allgemein, dass ihre Relevanz für praktische politische Entscheidungsprozesse nahe Null liegen dürfte. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: „Modernier Staat und Gesellschaft - Soziale und gesellschaftliche Verantwortung im Wandel gewährleisten“. Das ist unter anderem ein Ergebnis, das nach vier Jahren herausgekommen ist - einer von elf Punkten.

Wenn man sich das anguckt, stellt man fest, dass tatsächlich noch viel Arbeit hineinzustecken wäre, um daraus irgendwelche praktische Relevanz entwickeln zu können. Deshalb muss dieser Prozess aus meiner Sicht nicht fortgesetzt oder abgeschlossen werden. Der riesige Aufwand hat sich aus unserer Perspektive nicht gelohnt. Da wir wissen, was wir politisch wollen, benötigen wir solch allgemeine Zielfindungsdiskussionen nicht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter!

Claus Christian Claussen [CDU]:

Da kann es nicht überraschen, dass eine neue Regierung - eine neue Regierungsmehrheit - neue Wege geht und bisherige Pfade der Vorgänger verlässt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Eickhoff-Weber?

Claus Christian Claussen [CDU]:

Aber gerne.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Herr Abgeordneter, wie erklären Sie es sich, dass der Ministerpräsident in der Antwort auf die Kleinen Anfragen ausdrücklich darauf hinweist:

„Die Erarbeitung einer Landesentwicklungsstrategie für die Zukunft Schleswig-Holsteins

war von Beginn an ... ein gemeinsames Projekt der Landesregierung mit den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern“.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Landesentwicklungsstrategie „über Regierungswechsel hinaus“ gelten soll. Er teilt uns mit, dass die Landesentwicklungsstrategie finalisiert werden soll. Das teilt er uns im Januar dieses Jahres erneut mit. Warum ist es jetzt auf einmal anders?

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Warum sagt uns der Ministerpräsident im Januar etwas, und Sie sagen jetzt: „Das brauchen wir alles nicht mehr“?

(Birte Pauls [SPD]: Typisch!)

- Zu fragen ist: Wie war die Planung? In Ihrer Strategie ist ausdrücklich beschrieben worden, dass das über Legislaturperioden hinausgehen kann. Wenn man sich praktisch mit diesen Dingen beschäftigt und überlegt, wie es weitergehen kann, kann man auch zu anderen Ergebnissen kommen. Das haben wir gemacht. Wir haben festgestellt, dass wir diese Weiterentwicklung jetzt nicht brauchen.

(Birte Pauls [SPD]: Erzählen Sie doch nicht die Unwahrheit!)

- Nein, das habe ich ja gerade erklärt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abgeordneten Eickhoff-Weber?

Claus Christian Claussen [CDU]:

Ja, bitte.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Noch einmal: Der Ministerpräsident, der zuständig ist - die Staatskanzlei ist für die Landesentwicklungsstrategie zuständig -, antwortet auf zwei Kleinen Anfragen, dass die Strategie finalisiert werden soll. Jetzt kommen die Fraktionen zu dem Ergebnis, dass das nicht mehr notwendig sein soll. Wie erklären Sie diese unterschiedlichen Auffassungen zu dem Thema?

- Ich habe eben versucht, das zu erklären. Ich versuche es noch einmal, damit vielleicht auch Sie das verstehen. Schaut man sich das genau an und überlegt, welche Fortsetzung stattfinden soll, kann man zu dem Schluss kommen, eine Fortsetzung ist nicht notwendig und nicht zielführend. Es ist ein großes Konglomerat an Allgemeinplätzen, das für die

(Claus Christian Claussen)

praktische Politik keine Relevanz hat. Zu einem solchen Ergebnis kann man auch kommen, wenn man vorher eine andere Auffassung geteilt hat

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Aussagen des Ministerpräsidenten haben keine Relevanz!)

und wenn vorher eine Strategie entwickelt werden sollte, die anders angelegt war.

(Wortmeldung Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

- Wie viele Nachfragen wollen Sie stellen? Wollen Sie wieder das Gleiche nachfragen? Dann lasse ich das nicht zu.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Wir haben eigentlich die Regel, dass nur zwei Fragen - -

(Zuruf Kirsten Eickhoff-Weber [SPD])

- Dreiminutenbeitrag!

Claus Christian Claussen [CDU]:

Also: Unsere oberste Priorität sind praktische Ergebnisse. Das gilt auch für die Arbeit des Landesplanungsrates. Er soll kein allgemeines, im luftleeren Raum agierendes Diskussionsforum sein, sondern soll immer dann tagen, wenn die Grundlagen für eine Diskussion erarbeitet sind. Anderenfalls droht alles im Unverbindlichen zu bleiben. Das ist für alle Beteiligten frustrierend, der Sache nicht dienlich und letztlich eine Verschwendung von Ressourcen. Wir trauen es unserem Innenminister zu, den Landesplanungsrat zum richtigen Zeitpunkt zu beteiligen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie werden nicht überrascht sein, von mir als CDU-Abgeordneten folgendes Fazit zu hören - das ist tatsächlich eine zukunftsweisende Strategie für unser Land -: „Nicht rumschnacken - anpacken“. -Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Art und Weise, in der die Landesentwicklungsstrategie 2030 erarbeitet wurde, war bemerkenswert und vorbildlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Vorgang beruhte komplett auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Im Juni 2013 war der Auftakt. Im Rahmen von Regionalkonferenzen, Bürgerveranstaltungen und unter Online-Beteiligung wurden gemeinsam mit den Menschen im Land bis zum Mai 2016 Inhalte erarbeitet. Sie wurden mit Akteuren aus den Kommunen, der Wissenschaft und der Gesellschaft reflektiert und intensiv debattiert. Genau in diesem Prozess sehe ich den besonderen Wert dieses Projekts, nämlich dass sich die Politik gemeinsam mit Fachleuten, vor allem aber mit den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern selbst über die zentralen Zukunftsthemen dieses Themas zusammengesetzt hat. Das ist hier geschehen. In dieser konstruktiven Debatte liegt bis heute der eigentliche Gewinn der Landesstrategie.

Wir kennen den Gewinn solcher Strategien aus vielen regionalen und kommunalen Entwicklungs- und Strukturanalysen, viele erfolgreiche Konzepte, die vorgelegt wurden, mit denen wir draußen immer wieder in den Gemeinden und Kreisen diskutieren. Von daher ist es richtig gut gewesen, dass sich das Land auf den Weg gemacht hat, so einen Prozess durchzuziehen.

Es ist aber auch klar, dass ein solches Papier laufend von realen Entwicklungen überholt wird. Ich nenne nur ein Beispiel. 2015/2016 gab es den UN-Beschluss über die Sustainable Development Goals - SDG. Der fließt teilweise ein. Letztlich müssen die Ziele überarbeitet und konkretisiert werden, und zwar auch anhand der zwischenzeitlich aktualisierten Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes aus dem Jahr 2018. Eine neue Endfassung würde die Prüfung durch sämtliche Ressorts erfordern und einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Im Ergebnis hätten wir ein Zukunftspapier 2019 statt eines Zukunftspapiers 2017.

Ja, Jamaika ist tatsächlich nicht die Küstenkoalition. Das lese ich manchmal in der Zeitung, habe ich auch schon erlebt. Wir sind verschiedene Parteien. Das war auch in der Küstenkoalition nicht anders. Gewiss, wir sind über einige Punkte uneinig, haben unterschiedliche Sichtweisen auf politische Dinge und Lösungen. Aber wir haben - das ist wichtig - im Koalitionsvertrag aus den Erkenntnissen der Landesentwicklungsstrategie, aus diesem Prozess heraus, eine vorgezogene Überarbeitung des Landesentwicklungsplans vereinbart. Wir sind also zeitnah in eine verbindliche Einarbeitung von Kenntnissen aus der Landesentwicklungsstrategie

(Bernd Voß)

in eine rechtsverbindliche Raumordnungsplanung für das Land eingestiegen. Viele Erkenntnisse finden sich trotz Regierungswechsel im vorhandenen Entwurf des überarbeiteten Landesentwicklungsplans wieder. Das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So basiert das Kapitel A des neuen Landesentwicklungsplans auf den Megatrends, den elf identifizierten strategischen Leitlinien.

Weitere Beispiele: Das Ziel einer Halbierung des Flächenverbrauchs auf 1,3 ha pro Tag 2030 und perspektivisch auf null hat konkret Einzug in den Plan gefunden.

Die Experimentierklausel im Landesentwicklungsplan, mit der wir die Möglichkeit geben, innovative Raumentwicklungsansätze im Zusammenhang mit Umwelt, Klima, Mobilität und Wohnen räumlich und zeitlich begrenzt und angemessen evaluiert zu erproben, ist unter anderem auf den in der Landesentwicklungsstrategie aufgestellten Grundsatz der nachhaltigen Raumentwicklung zurückzuführen. Das können Sie auf Seite 115 ff. der Landesentwicklungsstrategie nachlesen.

Die interkommunale Zusammenarbeit durchzieht den ganzen Landesentwicklungsplan wie ein roter Faden.

Ich spare mir die weiteren Beispiele aus den weiteren Feldern und nenne nur ein Beispiel aus der Regierungsarbeit. Im Digitalisierungskapitel der Landesentwicklungsstrategie wurden Leitlinien für den digitalen Wandel aufgestellt. Sie finden sich im veröffentlichten Digitalisierungsprogramm der Landesregierung 2018 exakt wieder. Wir machen also eine konkrete Umsetzung aus der Landesentwicklungsstrategie heraus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe SPD, die Landesentwicklungsstrategie hat schon viele Anregungen und Ideen für die Arbeit der Landesregierung gegeben. Sie wird es weiterhin machen. Die Landesentwicklungsstrategie befindet sich in diesem Sinne auf dem Weg, nämlich Grundlage für weitere Arbeit im Land zu sein. Wir machen vor, dass wir sie über Regierungswechsel, über Legislaturperioden hinaus verwenden. Ich verstehe daher nicht, warum Sie, weil Sie sagen, vor einem Jahr sei etwas anderes gesagt worden, eine Überarbeitung und eine neue Endfassung wollen. Sie riskieren dabei, dass die wertvolle Arbeit der Bürgerinnen und Bürger im Land in einem Parteiengezänk endet. Ich habe dargestellt, dass wir mit

der Umsetzung dessen, was erarbeitet wurde, schon erheblich weiter sind. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD: Oh!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Reinbek. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr verehrte liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„... wir wissen nicht, wie wir in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren leben werden.“

Mit dieser bahnbrechenden Erkenntnis beginnt das Vorwort des ehemaligen Ministerpräsidenten Torsten Albig zum Entwurf der Landesentwicklungsstrategie 2030.

„Das“

- so die zweite Erkenntnis des ehemaligen MP -

„bedeutet aber nicht, dass wir keinen Einfluss auf die Zukunft hätten.“

Um eben diesen Gestaltungsspielraum voll auszureizen, begann die Landesregierung 2013 mit einem durchaus ehrgeizigen Projekt, der Landesentwicklungsstrategie 2030.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Sie sollte die Dachstrategie für die zukünftige Entwicklung des Landes bieten. Sie sollte keine Jahrespläne mit Zielerreichung beschreiben, sondern Ministerien und Akteuren Orientierung bieten. Das zur Einordnung dessen, worüber wir reden.

Die Handhabung dieser Strategie hatte ein Problem. Unter der damaligen Staatskanzlei waren bis 2030 keine Regierungswechsel vorgesehen. Das war ein Problem. So kam es bekanntlich anders als geplant. Selbstverständlich ziehen veränderte politische Mehrheiten auch veränderte Schwerpunktsetzungen im Regierungshandeln nach sich. Das ist nicht nur das Wesen, sondern der Antrieb der Demokratie.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Selbstverständlich. Sehr gern.

Serpil Midyatli [SPD]: Darf ich Ihre Ausführungen so deuten, dass Sie prinzipiell dagegen sind, wenn Strategien, Finanzierungen und andere Konstrukte über eine Legislaturperiode hinausgehen? Darf ich das als Ihr Statement verstehen?

- Nein. Mein Statement in dieser Sache lautete eigentlich: Sie haben eine Strategie aufgelegt, die über Wahlperioden weitergedacht ist,

(Serpil Midyatli [SPD]: Und da sind Sie dagegen!)

und wundern sich jetzt über andere Schwerpunktsetzungen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau! Das ist mein Problem!)

- Mein Problem ist, dass Sie sich über Sachen wundern, die eigentlich selbstverständlich sind. Ein Regierungswechsel hat andere Schwerpunktsetzungen zur Folge. Nichts anderes habe ich kritisiert, Frau Kollegin.

(Beifall FDP und CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Das tun - -)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Moment bitte! - Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja.

Serpil Midyatli [SPD]: Das tun wir nicht. Ich glaube, durch die Rede der Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber ist sehr deutlich geworden, dass es uns darum geht, dass das, was damals erarbeitet worden ist, veröffentlicht wird, wie uns der Herr Ministerpräsident das auch zugesagt hat, nicht mehr und nicht weniger.

- Wenn Sie in den aktuellen Landesentwicklungsplan schauen - der ist ja gerade in der Anhörung -, dann werden Sie sehen, dass viele Punkte aus der

Strategie darin eingeflossen sind. Das finde ich durchaus gut und richtig,

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Komma! -, und umso verwunderlicher ist Ihr Antrag.

(Lachen und Beifall FDP und CDU)

Die Arbeit an der Landesentwicklungsstrategie war ein Mammutprozess. Es wurden nicht nur viele Ressourcen der Landesverwaltung beansprucht, sondern dieser Prozess hat auch 1,3 Millionen € gekostet; auch das möchte ich an dieser Stelle erwähnt wissen.

Ansatz war eine breite Bürgerbeteiligung. Das ist ein durchaus positiver Aspekt dieses Prestigeprojektes, eines Projektes, das letztlich - auch das gehört zur Wahrheit - in vielen Fragen vage bleiben musste und schon deswegen die in unzähligen Veranstaltungen geweckten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Kritiker, zu denen auch wir Freie Demokraten durchaus zählten, bemängelten, in diesem dicken Machwerk viel Prosa und wenig Konkretes ausfindig machen zu können.

So stellt sich nun die Frage, meine Damen und Herren: Was bleibt? Es bleiben der Fleiß, der Einsatz der Bediensteten der Landesverwaltung, der vielen Bürgerinnen und Bürger und der Verbände, die sich eingebracht haben, um ihre Anregungen und Stellungnahmen einzubringen. Die Anregungen und Erkenntnisse aus dieser Arbeit sind nicht nur in die von mir eben schon erwähnte Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes eingeflossen, sondern haben natürlich auch Einfluss auf unsere tagtägliche Arbeit und auf die Regierungsarbeit genommen.

Aber, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns mehr als Problembeschreibungen. Jamaika ist ein Regierungsbündnis, das die Probleme nicht nur wälzt, sondern anpackt und dafür sorgt, dass diese Probleme beseitigt werden. Das ist der Unterschied.

(Beifall FDP und CDU)

Nun komme ich zum Hauptargument, Frau Eickhoff-Weber. Wir können es uns schlicht nicht leisten, weitere Kapazitäten in die Überarbeitung der LES zu stecken, sondern wir haben andere große Herausforderungen vor der Brust.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

(**Oliver Kumbartzky**)

Die Regionalpläne gibt es ja nun einmal, Herr Hölck. Sie müssen sich auch mal entscheiden, was Sie wollen. Jetzt sagen Sie auf einmal, jetzt müsse der Schwerpunkt in die LES 2030 gelegt werden, und morgen stehen Sie wieder hier und sagen, es gehe Ihnen nicht schnell genug mit den Regionalplänen. Was wollen Sie denn überhaupt?

(Beifall FDP und CDU)

Wir gehen die Regionalpläne jetzt an, wir gehen den Landesentwicklungsplan an und wir berücksichtigen dabei natürlich auch die vielen Stellungnahmen, die dazu eingegangen sind; das ist eine Selbstverständlichkeit, weil wir das eben gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten. Deshalb ist uns deren Beteiligung sehr wichtig.

Frau Eickhoff-Weber, zu Ihrem zweiten Punkt, der ordnungsgemäßen Beteiligung des Landesplanungsrats: Die Landesregierung lädt den Landesplanungsrat ein, wenn es soweit ist, wenn die Beschlüsse anstehen, so wie sich das gehört. Ich wundere mich also wirklich sehr über Ihren Antrag, der eigentlich nur die Gesetzeslage wiedergibt. Das läuft doch alles schon, meine Damen und Herren. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen und unserem Antrag natürlich zustimmen.

Wir setzen auf Dialog dort, wo es konkret wird. Wir hören zu und sind es den Bürgerinnen und Bürgern auch schuldig, all unsere Kraft und Ressourcen in eine sorgsame Landes- und Regionalplanung zu stecken und nicht in überambitionierte und teure Hochglanzprojekte aus längst vergangenen Zeiten. - Danke schön.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Für das Frühjahr 2018 sollte die neue Landesentwicklungsstrategie verabschiedet werden, wie aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion zu entnehmen ist. Jetzt, ein Jahr später, gibt es immer noch kein Lebenszeichen davon. Woran liegt das? Sind das etwa ideologische Gründe? Ist die Jamaika-Koalition nicht willens, die von der Küstenkoalition entworfene Entwicklungsstrategie weiterzuführen? Oder sind Sie einfach nicht in der Lage, dies zu tun, weil es auf so vielen Politikfeldern ei-

nen deutlichen Dissens zwischen den Koalitionären gibt?

Jeden Monat wird deutlicher, dass die Schnittmengen schrumpfen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, die heute leider nicht anwesend ist, hat ja erst letzte Woche den Fortbestand des Jamaika-Experimentes an den weiteren Ausbau der Windkraft geknüpft. Es knirscht im Gebälk; jeden Tag wird das deutlicher.

Für uns, die AfD, ist die alte Landesentwicklungsstrategie sicher nicht das Maß aller Dinge. Für uns zählt, was konkret von dem umgesetzt wird, was Jamaika im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Wir messen diese und künftige Regierungen an ihren Taten und nicht an Versprechungen, an die sich 2030 eh niemand mehr erinnern mag.

Wir erleben fast täglich, dass hehre Zielmarken, die von den schon länger Regierenden im Bund und im Land vollmundig angekündigt werden, Jahr für Jahr gerissen werden. Ob Verkehrs-, Energie- oder Agrarwende, überall stehen große Pläne wenig Messbarem gegenüber. Selbst die heilige Kuh des sogenannten Klimaschutzes versinkt im Morast des Parteiengänzks.

Fazit: Wir werden es nicht bedauern, wenn der Landesentwicklungsplan von Rot-Grün mit der heutigen Debatte von Jamaika beerdigt wird.

Ganz ähnlich sieht es mit dem Landesplanungsrat aus. Dieses Gremium hat gemäß Landesplanungsgesetz die Aufgabe, die Landesplanungsbehörde in grundsätzlichen Fragen der Raumordnung zu beraten. Doch Papier ist bekanntlich geduldig. Wie sieht die Realität aus?

Am 25. Juni 2018 trat der Landesplanungsrat zu seiner konstituierenden Sitzung in dieser Legislaturperiode zusammen. Ich hatte die Ehre, an dieser Sitzung teilzunehmen, und war beeindruckt von der Fülle von Themen, die der Herr Innenminister dort vortrug. Nicht minder beeindruckt war ich von der schier unerschöpflichen Anzahl der dort vertretenen Verbände und Gremien. 43 Personen aus 36 Institutionen hatten sich dort versammelt, um, ja, um was genau zu tun: den Innenminister zu beraten, den Ministerpräsidenten? Weder in der freien Wirtschaft noch in der Medienbranche habe ich die Erfahrung gemacht, dass Arbeitsgruppen, die über die Größe einer Fußballmannschaft hinausgehen, besonders effektiv sind, um konkrete Zielsetzungen oder Ergebnisse zu erzielen. Daher hat es mich auch nicht verwundert, dass der Landesplanungsrat nach dieser ersten Sitzung vor knapp einem Jahr in den Winterschlaf gefallen ist.

(Volker Schnurrbusch)

Die Planungsbehörden kennen ihre Aufgaben; sie haben ihre Vorgaben, das Gesetz, sie haben die Mittel und hoffentlich auch das Personal, um gute Planung für das Land umzusetzen. Wir wissen alle, dass das Planungsrecht dringend reformiert werden muss. Aber das ist wiederum unsere Aufgabe und nicht die der betroffenen Behörden.

Was kann also der Landesplanungsrat dazu beitragen? Offenbar sehr wenig. Laut Gesetz soll der Rat mindestens zweimal jährlich zusammentreten. Aber zu einer weiteren Zusammenkunft ist es bis zum heutigen Tage nicht gekommen. Eine Sitzung einberufen können übrigens laut Gesetz der Herr Ministerpräsident oder ein Drittel der Mitglieder. Da beides bis heute nicht erfolgt ist, scheint das Interesse auf beiden Seiten des großen Konferenztisches nicht sehr groß zu sein.

Von daher lassen wir uns gerne von der Landesregierung über den Fortschritt der Landesplanung informieren, können aber auf ein aufgeblähtes Gremium wie den Landesplanungsrat gut und gerne verzichten. Was wir brauchen, sind schnelle und sichere Planungen und nicht immer neue Gremien, die nichts dazu beitragen können. Daher lehnen wir beide SPD-Anträge aus voller Überzeugung ab.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Menschen in Schleswig-Holstein spüren, wie sich ihr Land verändert. Die Wege zur Schule werden länger, Nachbarschaften lösen sich auf und die Mobilitätsprobleme wachsen. Das alles wird sehr genau registriert. Manchmal ergibt sich auch eine Lösung vor Ort, wie zum Beispiel der Bürgerbus bei uns in Ladelund. Ganz häufig aber muss der Staat steuernd eingreifen.

Damit sich in diesen Fällen nicht die Perspektive des Grünen Tisches in Kiel durchsetzt, sondern die Dinge partnerschaftlicher vorangebracht werden können, wurde die Landesentwicklungsstrategie ins Leben gerufen. Mit einem großen Kongress wurde der Aufschlag gemacht. Dem schlossen sich Regionalkonferenzen, Workshops und vor allem viele tausend Gespräche an.

Viele Frauen und Männer haben sich auch jenseits der Funktionärebene Gedanken gemacht, wie sich

Schleswig-Holstein entwickeln soll. Sie haben sich zu Wort gemeldet in dem Glauben, dass ihr Wort Gewicht hat.

Darüber hinaus begleiteten die einzelnen Ressorts der Landesregierung das Projekt und brachten viele eigene Ideen ein. Auf diese Weise sind im Laufe der Zeit über 120 Stellungnahmen zusammengekommen.

Ich selbst war im NCC in Husum auf einer Veranstaltung mit mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das war eine beeindruckende Kulisse. Der gemeinsame Wille, etwas zum Geschick unseres Landes beizutragen, war mit Händen zu greifen. Die Menschen haben in Husum einen Teil ihrer Freizeit investiert, um die Landesentwicklungsstrategie voranzubringen. Das taten sie in dem Vertrauen, dass ihr Beitrag auch gewürdigt wird.

Eine gute Bilanz: direkte und barrierefreie Bürgerbeteiligung, viele Menschen haben sich beteiligt, damit sich etwas bewegt. Das Herzblut, das in die Strategie gesteckt wurde, sollten wir achten.

(Beifall SSW)

Tatsächlich ist es um die Strategie sehr ruhig geworden. Stattdessen reden wir wieder über den technokratisch gefassten Landesentwicklungsplan, der - ich beziehe mich auf entsprechende Veröffentlichungen des Innenministeriums - wichtige Voraussetzungen für mehr Wirtschaftswachstum, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung der Daseinsvorsorge für Schleswig-Holstein regeln soll. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschieht beim angehängten Beteiligungsverfahren entweder über Veranstaltungen oder per Brief beziehungsweise Online-Eingabe. Ein Dialog ist das aber nicht gerade, was da vonstattengeht. Damit hat die derzeitige Landesregierung also kein Äquivalent zur Landesentwicklungsstrategie geschaffen. Es bleibt hier eine leere Stelle.

Diese Kritik betrifft allerdings ausdrücklich auch den Landesplanungsrat. Ich selbst gehöre diesem Gremium an und kann die Kritik, was den respektlosen Umgang angeht, wirklich nachvollziehen.

(Beifall SSW und SPD)

Richtig ist, meine Damen und Herren, dass er viel zu wenig tagt. Das zeigt eben auch, dass Jamaika nicht auf eine Beteiligung setzt - weder auf den Dialog mit den Bürgern noch auf den Dialog im Landesplanungsrat, meine Damen und Herren. Ich glaube, da müssen wir nachsteuern.

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Wenn der Kollege Schnurrbusch sagt, dass der Landesplanungsrat mit seinen vielen Gremien nicht so wichtig war: Sie können selbst etwas dazu beitragen. Sie brauchen nicht zu kommen, es ist kein Zwang, dorthin zu gehen. Sie können also auch wegbleiben. Das andere ist: Wir haben nun einmal so viele Ehrenamtler, so viele große, wichtige Organisationen, die es durchaus wert sind, ein- bis zweimal im Jahr eingeladen zu werden, wie es auch vorgesehen ist, und in den Dialog zu gehen. Das ist eigentlich der Kernpunkt. Das ist kein Beschlussgremium im engeren Sinne, sondern es ist ein Gremium, mit dem wir Leute beteiligen wollen. Ich persönlich bin immer noch ein überzeugter Fürsprecher für Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen; denn das ist, glaube ich, Ausdruck gelebter Demokratie.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zur Landesentwicklungsstrategie, meine Damen und Herren, beziehungsweise zu den entsprechenden Vorarbeiten: Ich denke, dass es an der Zeit ist, diese in die Hand zu nehmen und zum Abschluss zu bringen. Wir sind eigentlich nicht mehr weit davon entfernt, einen Abschluss hinzubekommen. Ich bin davon überzeugt, dass die guten Ideen und Vorschläge in eine Strategie einfließen könnten, die Bestand über mehrere Wahlperioden haben kann. Andernfalls, wenn diese Art stiller Beerdigung weitergeführt wird, nährt das natürlich die Politikverdrossenheit, die in diesem Haus ansonsten in vielen Sonntagsreden immer beklagt wird.

Die Menschen damals in Husum und in vielen anderen Orten haben sich Zeit genommen und möchten eine Würdigung ihres Einsatzes erfahren. Sie haben das im Übrigen unabhängig von Parteipolitik gemacht. Das war keine Strategie der Landesregierung im engeren Sinne, dass es hieß, die nächsten 50 Jahre regiert nur eine Parteienkonstellation, sondern es war eine Idee unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, Parteipolitik wegzulassen und zu schauen, wie wir unser Land weiterentwickeln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da haben sich viele Leute eine Rübe gemacht, und diese Leute werden jetzt vor den Kopf gestoßen. Deshalb noch einmal der Appell an Sie von der Jamaika-Koalition: Nehmen Sie sich ein Herz! Führen Sie dieses Projekt zu Ende, und dann haben wir parteiübergreifend eine richtig gute Grundlage, wie wir unser Land weiterentwickeln können. Ich glaube, das ist es durchaus wert. Das ist nicht nur ein

tolles Projekt gewesen, sondern das gibt es immer noch, und wir sollten es zu Ende führen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Das, was Lars Harms gerade ausgeführt hat, nämlich das Zuendebringen in Würdigung und als Grundlage, scheint auch der Wille der Staatskanzlei und des Ministerpräsidenten gewesen zu sein. Bernd Voß weist darauf hin, dass die Idee der Landesentwicklungsstrategie im Landesentwicklungsplan aufgehen soll. Der Landesentwicklungsplan ist Ende des letzten Jahres in die Auslegung gegangen. Im Januar dieses Jahres erklärte der Ministerpräsident, die Landesentwicklungsstrategie finalisieren zu wollen. Offensichtlich passen da einige Dinge nicht zusammen.

Bürger und Bürgerinnen haben Stellungnahmen abgegeben. Lars Harms hat es gerade ausführlich dargestellt. Es ist eine Frage von Respekt und von Achtung, dass diese Stellungnahmen jetzt veröffentlicht werden und wir alle Gelegenheit haben, zu schauen, wie sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, wie sich einzelne Personen in diesen Fragen geäußert haben.

Auch wenn Sie lächeln, Herr Kumbartzky,

(Zurufe Oliver Kumbartzky [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU])

mich interessiert es, was in den Stellungnahmen steht. Ich glaube, es würde uns allen gut tun, wenn wir nahe an dem sind, was Bürger und Bürgerinnen vor Ort bewegt.

Ob Sie, Herr Schnurrbusch, den Landesplanungsrat für wichtig halten oder nicht, ist völlig egal. Im schleswig-holsteinischen Landesplanungsgesetz steht,

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ich weiß das, ich habe es zitiert!)

dieser Landesplanungsrat soll zweimal jährlich eingeladen werden. Keiner verlangt hier eine kleinkarierte Auslegung. Aber die Formulierung des Ministers „nach Bedarf“ ist nicht richtig - das sagt der Wissenschaftliche Dienst ganz ausdrücklich: Es ist ein Muss.

(Kirsten Eickhoff-Weber)

(Zurufe CDU und AfD)

Die Auslegung des Ministers kommt nicht in Betracht. Dagegen spricht nicht nur der eindeutige Normwortlaut, sondern zudem die Entstehungsgeschichte der Vorschrift. Im ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung war nämlich formuliert: Der Landesplanungsrat soll bei Bedarf zusammentreten. Wir haben in den Ausschussberatungen, in allen Beratungen eine Änderung auf den Weg gebracht - mit den Stimmen der Grünen, der SPD, der PIRATEN, des SSW, bei Enthaltung von FDP und CDU. So haben wir es auf den Weg gebracht.

Herr Kubicki führte aus:

„...so möchte ich ausdrücklich lobend erwähnen, dass ... eine deutliche Konkretisierung der Bestimmungen für den Landesplanungsrat vorgenommen wurde.“

Dieser Landesplanungsrat ist eine Chance, die Chance, dass all diejenigen, die ihre Stellungnahmen abgegeben haben, zweimal im Jahr die Gelegenheit haben, sich zu sehen und Argumente auszutauschen, im Gespräch zu bleiben, und das würde diesem Land verdammt gut tun.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Liebe Frau Eickhoff-Weber, da Sie jetzt keine Zwischenfrage zugelassen haben, habe ich mich gemeldet,

(Zurufe CDU)

weil ich auch Mitglied im Landesplanungsrat war. Nach der Geschäftsordnung und nach dem Landesplanungsgesetz, § 21 Absatz 8 kann ein Drittel der Mitglieder des Landesplanungsrates eine Sitzungseinberufung veranlassen. Das heißt, in der Geschäftsordnung ist es so, es sind 39 Mitglieder, davon 6 Vertreter aus dem Parlament, 3 aus der Jamaika-Regierung. Also 3 von 39 Mitgliedern im Landesplanungsrat sind tatsächlich in Regierungsverantwortung. Der Rest sind Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, Gewerkschaften, BUND, also breiter gesellschaftlicher Gruppierungen.

In der Tat ist es so, dass eine Geschäftsordnung und ein Gesetz der Opposition eine Handlungsmöglich-

keit geben. Wenn Sie meinen, dass die Regierung eine Sitzung des Landesplanungsrates blockiert oder nicht genug einberuft, dann steht es Ihnen frei, bei den darin vertretenen Organisationen zu werben zu sagen: „Dann beantragen wir 13 Mitglieder eine Sitzung des Landesplanungsrates“. Die demokratische Konstitution dafür gibt es. Jetzt hier zu beklagen, dass es sie nicht gibt, ist falsch. Da sollte man das Oppositionshandwerk verstehen und dafür sorgen, dass eine Sitzung stattfindet. Das ist meine Auffassung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: Das war die richtige Antwort!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Eickhoff-Weber, Sie haben Respekt und Achtung angesprochen. Ich glaube, meine Damen und Herren, da sind wir uns alle einig: Das ist ein Wert in unserer Gesellschaft, ohne den ein Miteinander definitiv nicht funktioniert. Ich glaube auch, dass Beteiligung der Menschen in unserem Land eine der wichtigsten existenziellen Aufgaben ist, um Dinge zu besprechen und unser Land weiter voranzubringen.

Es ist sicherlich damals richtig gewesen, eine Strategie für die Entwicklung unseres Landes auf den Weg zu bringen, Menschen zu bitten, sich mit dem Land auseinanderzusetzen. Nur eines - und das, lieber Herr Harms, ist etwas in den Hintergrund gerückt: Die Uhr dreht sich weiter, die Zeit rückt weiter voran. Wir stehen nun vor der Frage: Wollen wir uns mit einer Strategie beschäftigen, oder wollen wir in die konkrete Umsetzung gehen? Der Ansatz, den wir als Regierung inzwischen nach zwei Jahren auf den Weg gebracht haben, ist, dass wir in eine ganz konkrete Umsetzung der Planung gehen.

Ich glaube, es ist auch für die Menschen besser zu sagen: Eure vor drei, vier oder fünf Jahren vorgenommenen Überlegungen sind in gewisser Weise auf einen Zeitpunkt ausgerichtet gewesen, jetzt hat sich unsere Gesellschaft gewandelt. Ich bin damals mit dabei gewesen, und Sie haben mich auch zitiert. Ich glaube, es ist besser, wir setzen nun gemeinsam alle Kraft daran, in die Umsetzung zu gehen und

(Minister Hans-Joachim Grote)

nicht in die Erarbeitung eines Papiers, das die Vergangenheit beleuchtet.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ganz konkret stehen im Moment sechs Dinge hochaktuell auf der Agenda, und bei denen beteiligen wir die Menschen, ich glaube, in einer Form, wie wir es uns nicht nur vorstellen, sondern wie es auch notwendig ist:

Erstens. Die Teilfortschreibung des Windkapitels im Landesentwicklungsplan 2010. Zweitens. Die Teilaufstellung der drei Regionalpläne zum Thema Windenergie. Drittens. Die Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010. Viertens. Die Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III. Fünftens. Das Raumordnungsverfahren zur Errichtung der Erdgastransportleitung von Brunsbüttel nach Hetlingen beziehungsweise Stade. Sechstens. Die Änderung des Landesplanungsgesetzes einschließlich der neuen raumordnerischen Experimentierklausel.

Meine Damen und Herren, dies konkret und unter Beteiligung der Menschen und unter den tagesaktuellen Anforderungen zu diskutieren und aufzunehmen, halten ich und diese Regierung für den besseren Weg. Es sagt kein Mensch, dass die Landesentwicklungsstrategie falsch oder fehlerhaft war, aber sie ist eben vor Jahren entstanden. Lassen Sie uns doch heute gemeinsam die Planung, die sich auch aus Teilen dieser Strategie ergeben hat, auf den Weg bringen. Weil all diese Planvorhaben Zukunftsentwicklungen unseres Landes sind, sollen auch möglichst viele Akteure mit daran beteiligt werden.

Zur Frage, wie groß ein Landesplanungsrat insgesamt sein soll: Er besteht insgesamt aus 45 Mitgliedern aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft, Fachverbänden bis hin zu den Minderheitenvertretungen. So bildet dieses Gremium einen definierten Querschnitt unserer Gesellschaft, und ich versichere Ihnen: Wir als Landesregierung legen sehr viel Wert auf den Rat eben dieses Landesplanungsrates. Das war in der letzten Legislaturperiode nicht anders. Damals hat die Landesplanungsbehörde den Landesplanungsrat in drei Sitzungen anlassbezogen über die wesentlichen Planungsvorhaben unterrichtet. Letztes Jahr haben wir uns zu einer Sitzung getroffen, um ebenfalls anlassbezogen über die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, der Regionalpläne und der Windpläne zu sprechen.

Selbstverständlich informieren wir die Mitglieder des Landesplanungsrates auch außerhalb der Sitz-

ungen über aktuelle Verfahrensschritte und Vorhaben wie zum Beispiel die Einleitung von Beteiligungsverfahren, Informationsveranstaltungen und Regionalkonferenzen. Zu allen Themen wird auch immer der Personenkreis des Landesplanungsrates mit eingeladen; nicht institutionalisiert als Landesplanungsrat, aber die Menschen, die da die Interessen von Gruppen dieses Landes vertreten, sind mit dabei.

Es hat sich bisher bewährt, den Landesplanungsrat dann zu beteiligen, wenn Planungsvorhaben auch eine - ich sage einmal in Anführungsstrichen - gewisse Reife erlangt haben, wenn also die Sitzungen anlassbezogen sinnvoll sind. Das ist jedenfalls aus unserer Sicht sehr notwendig und auch der richtige Weg. Natürlich wird die im Landesplanungsgesetz vorgesehene frühzeitige Beteiligung des Landesplanungsrates vor dem Beschluss der Landesregierung dabei jeweils berücksichtigt.

Dieses Jahr beispielweise - wir haben es eben gehört - werden wir im Herbst zu einer weiteren Sitzung einladen, um über die von mir eingangs genannten sechs großen Planverfahren zu informieren und gemeinsam zu beraten. Außerdem ist in dem Zusammenhang die Geschäftsordnung zu überarbeiten. Dabei wird sich sicherlich auch die Gelegenheit finden, um über den Sitzungsturnus zu diskutieren.

Vielleicht werden die Mitglieder meiner in der letzten Sitzung geäußerten Hoffnung nachkommen, auch eigene und gegebenenfalls neue inhaltliche wie auch aufgabenbezogene Schwerpunktthemen zu setzen. Ich bin gespannt und freue mich insofern auf die Diskussionen.

Nun noch einmal zurück zu der damaligen Landesentwicklungsstrategie: Themen sind diskutiert worden, und es sind wirklich gute Anregungen eingegangen. Ich kenne selbst die elf Entwicklungsaussagen und habe sie auch schon oft zitiert. Aber, meine Damen und Herren, diese neue Landesentwicklungsplanung beschäftigt sich mit unseren zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen, und darauf aufbauend werden dann die Regionalpläne und die lokalen Entscheidungen getroffen werden.

Daneben noch eine eigenständige Strategie zu entwickeln, dazu fehlt mir der Zugang, meine Damen und Herren. Entweder ich plane konkret, oder ich stelle strategische Überlegungen an, aber beides parallel ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln. Ich glaube, wir sollten den Landesentwicklungsplan als das Zukunftsinstrument verstehen und dieses auf den Weg bringen. Daran haben wir die

(Minister Hans-Joachim Grote)

Menschen in diesem Land intensiv beteiligt, und wir werden sie intensiv beteiligen. Ich glaube, alle, die sich in die Strategie eingebracht haben, machen sich nicht diese Gedanken, wie wir sie uns heute machen, sondern sie wollen sehen, dass es weitergeht. Ich glaube, das ist das Wichtige in diesem Land. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die vorgesehene Redezeit um gut 2 Minuten erweitert. - Ich sehe nicht, dass eine Fraktion von dem erweiterten Redezeitangebot Gebrauch macht.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1457, und Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1478: Es ist beantragt worden, über diese Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1457, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1478. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1459: Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:18 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die anwesenden Kollegen haben ihre Plätze eingenommen. Dann können wir jetzt starten.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Mitglieder der Seniorenunion Eckernförde sowie Mitglieder der Frauengruppe der Kirchengemeinde St. Heinrich. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Mündlicher Bericht zum Bildungsbonus an den PerspektivSchulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1452

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Wie möchte die AfD stimmen?

(Jörg Nobis [AfD]: Wir möchten das auch!)

- Sie möchten das auch? Gut. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile somit das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frau Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, Ihnen über unser Perspektiv-Schul-Programm zu berichten. Für die Landesregierung ist es ein zentrales Projekt, Schulen, die aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung ihrer Schülerschaft und ihres sozialen Umfelds besondere Herausforderungen zu schultern haben und damit Besonderes leisten - das will ich an dieser Stelle betonen -, besonders zu unterstützen.

Das ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein, und ich bin fest davon überzeugt, dass er Wirkung entfalten wird und genau dort ankommt, wo er gebraucht wird.

(Ministerin Karin Prien)

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und AfD)

Wir sind das erste Flächenland, das diese Herausforderung anpackt und ein solches Programm landesweit startet. Ich bin sicher, andere werden in den nächsten Jahren folgen. Warum werden sie das tun? Weil es eine zentrale Herausforderung der Bildungspolitik in Deutschland ist, Schulen an solchen Standorten mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Mehr als 50 Millionen € stellen wir bis zum Jahr 2024 für das PerspektivSchul-Programm zur Verfügung. Insgesamt werden 60 Schulen im ganzen Land davon profitieren.

Die ersten 20 PerspektivSchulen haben wir in der vergangenen Woche zu einer Auftaktveranstaltung nach Kiel eingeladen, die auf eine breite und überaus positive Resonanz gestoßen ist.

Das Programm trifft den Nerv, weil die Herausforderungen an einigen Schulen eben schneller gewachsen sind als an anderen, aber alle Schulen gute Arbeit leisten wollen. Wir wollen da unterstützen, wo es nötig und gewünscht ist.

Die erste Herausforderung bei unserem PerspektivSchul-Programm ist es, zu definieren, welche Schulen den größten Bedarf haben; subjektiv gibt es da natürlich unterschiedliche Wahrnehmungen.

Bisher haben wir keinen landesweiten Index zur sozialräumlichen Einordnung von Schulen zur Verfügung. Deshalb haben wir das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik beauftragt, einen PerspektivSchul-Index zu erarbeiten.

Kriterien für den PerspektivSchul-Index bei den Grundschulen waren unter anderem der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache, der Anteil von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die VERA-Ergebnisse in Mathematik und Deutsch sowie der Anteil der Schüler, die eine Klasse wiederholen. Bei den Gemeinschaftsschulen werden auch die Ergebnisse der zentralen Abschlüsse und die Quoten der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss berücksichtigt.

Andere Daten, die wir gern schulscharf berücksichtigt hätten, konnten wir beziehungsweise das IPN aus Gründen des Datenschutzes leider nicht verwenden.

Auf Basis unseres PerspektivSchul-Indexes wurden die ersten teilnehmenden Schulen ermittelt: neun in

Kiel, zwei in Lübeck, zwei in Neumünster, zwei in Flensburg, zwei in Rendsburg und jeweils eine in Pinneberg, in Husum und in Geesthacht.

Eine realistische Möglichkeit übrigens, die ausgewählten Schulen nicht transparent zu machen, gab es bei Licht betrachtet nicht. Aber natürlich gab es im Vorfeld bei manchen Bedenken, dass die Schulen durch die Hervorhebung als PerspektivSchule stigmatisiert würden, als Problemschulen gebrandmarkt würden.

Genau das, meine Damen und Herren, ist erfreulicherweise nicht passiert; das zeigte auch unsere Veranstaltung am letzten Mittwoch. Die Schulen freuen sich über die Chance und nehmen die Auswahl als Auszeichnung an. Das finde ich gut und richtig.

Ich bin davon überzeugt, dass man nur dann, wenn man Probleme klar benennt, erfolgreich an einer Lösung arbeiten kann. Das tun wir mit diesem Programm.

Ich nehme wahr, dass die erste Resonanz der PerspektivSchulen selbst durchweg positiv ausgefallen ist. Die Schulen wollen die großen Chancen für ihre Schulentwicklung nutzen, die ihnen mit dieser zusätzlichen Unterstützung geboten wird.

Was haben wir hier genau vor? - Die ersten 20 Schulen erhalten bis 2024 insgesamt 25,5 Millionen €, das ist der längste Zeitraum. Zum Schuljahr 2020/21 werden weitere 20 Schulen dazukommen, die 10 Millionen € erhalten werden. Schließlich kommen zum Schuljahr 2021/22 weitere 20 Schulen hinzu, die dann 6 Millionen € bekommen.

Jede PerspektivSchule erhält einen Sockelbetrag von 25.000 € und außerdem ein schülerbezogenes Budget. Zudem stehen Mittel für die Vernetzung im Stadtteil, ein Startpaket und ein Back-Office im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie natürlich die Unterstützungsstruktur des IQSH zur Verfügung.

Diese Mittel können die PerspektivSchulen auf unterschiedliche Weise für die für sie genau richtige Art und Weise verwenden, generell für neue Projekte, für Kooperationen und Personal sowie für bereits laufende Aktivitäten der Schulen. Die Schulen sollen eine möglichst breite Wahlmöglichkeit haben, um ihren spezifischen Bedürfnissen und Anforderungen gerecht werden zu können.

Jenseits der zusätzlichen finanziellen Förderung erhalten die PerspektivSchulen jedoch weitere wichtige Unterstützung. Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein bietet Unter-

(Ministerin Karin Prien)

stützung im Rahmen von Programmen wie „Niemanden zurücklassen“, dem Schul-Feedback sowie den didaktischen Training oder Coachings. Von der Schulaufsicht werden die PerspektivSchulen beispielsweise durch besondere Beratungsangebote, durch Hilfe zur Vernetzung und durch Fortbildungsangebote unterstützt.

Da uns in diesem Zusammenhang auch die Arbeit in den städtischen Quartieren besonders wichtig ist, stehen auch für diese wertvolle Vernetzungsarbeit Ressourcen zur Verfügung. Hier werden auch die nicht am Programm teilnehmenden Schulen eines Stadtteils einbezogen.

Eine gewichtige Rolle wird schließlich die kulturelle Bildung spielen. So können die Grundschulen teilnehmen am Projekt „Musikalische Grundschule für Schleswig-Holstein“, initiiert von der Bertelsmann Stiftung.

Wir arbeiten mit der Wübben Stiftung zusammen, die ihr impakt-Programm aufgelegt hat, das Schulleitungen von Brennpunktschulen in Nordrhein-Westfalen erfolgreich unterstützt. Auch diese Expertise werden wir in unser Programm einbeziehen und für Schleswig-Holstein so anpassen, dass es zu uns passt.

Eine wissenschaftliche Evaluation wird uns wichtige Erkenntnisse bringen, wo wir auf dem richtigen Weg sind und wo wir nachsteuern müssen.

Parallel werden wir uns am Bundesprogramm für Schulen mit besonderen Herausforderungen beteiligen. Die Eckpunkte dieses Programms befinden sich noch in der Abstimmung.

Lassen Sie mich mit der Bemerkung schließen, dass diese zentralen Herausforderungen unseres Bildungssystems an unseren PerspektivSchulen gemeistert werden müssen. Wir stellen uns dem. Dem stellen wir uns aus der gemeinsamen Überzeugung, dass jedes Kind, jeder Jugendliche einen Anspruch auf eine seiner Begabung und Neigung entsprechende Förderung hat. Wir wollen dafür sorgen, dass diese die Förderung auch erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die vorgesehene Redezeit um 1 Minute erweitert. Diese Minute steht jetzt allen anderen Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias Loose.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr über den Bericht unserer Bildungsministerin, den wir gerade gehört haben.

Die Unterstützung von Schulen in Stadtteilen und Quartieren mit besonderen Herausforderungen geht nun endlich los. Viele Parteien aus diesem Haus hatten das Thema bereits im Landtagswahlkampf aufgegriffen. Jamaika hat dies im Koalitionsvertrag festgehalten, und von unserem Landtag ist die Initiative für den Bildungsbonus ausgegangen. Im letzten Haushalt haben wir dafür gegenüber der ursprünglichen Planung sogar zusätzliches Geld bereitgestellt. Gerade deshalb möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bildungsministerium - Herr Stäcker ist ja heute hier, nehmen Sie das gern mit - herzlich danken. Denn es ist ein besonderer Druck entstanden, dass Sie diesen Bildungsbonus sozusagen so aufgelegt haben. - Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD])

Nun wird es konkret. Wir können uns freuen, dass der Bildungsbonus endlich eingeführt wird. In der vergangenen Woche gab es eine Auftaktveranstaltung für die ersten 20 PerspektivSchulen, die von dem Programm profitieren werden. Eine angespannte Vorfreude lag in der Luft. Das konnten alle, die aus diesem Haus an der Veranstaltung teilgenommen haben, spüren. Die Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulräte, die dort waren, waren hochinteressiert und motiviert. Von Anfang an war klar: Geld allein wird den Schulen nicht helfen, es geht um viel mehr.

Gast auf der Veranstaltung war auch die Schulleiterin der Rütli-Gemeinschaftsschule aus Berlin. Manche erinnern sich vielleicht daran: Diese Schule wurde 2006 durch einen Brandbrief bundesweit als Problemschule bekannt. Die Schule ist mittlerweile zu einem Erfolgsmodell für Schulentwicklung geworden. Klar wurde, dass wichtige Erfolgsfaktoren für erfolgreiche Schulen in solchen Lagen die Schulleitung, die Lehrkräfte selber natürlich und auch - die Ministerin hat es vorhin schon etwas ausgeführt - die Vernetzung im Umfeld der Schule sind. Natürlich geht es auch immer wieder um die

(Tobias Loose)

Ausstattung. Aber - wie gesagt -: Es geht nicht nur um Geld.

Diese Erfahrung, die auch andere Schulen gemacht haben und die mittlerweile auch wissenschaftlicher Konsens ist, nehmen wir uns bei der Umsetzung des Bildungsbonus sehr zu Herzen. Ein wichtiger Partner dabei ist die Wübbe Stiftung, die Schulleitungen aller PerspektivSchulen auf dem Weg der kommenden fünf Jahren begleiten wird und auch selber einen bemerkenswerten Beitrag - auch das sei an diesem Ort einmal gesagt -, nämlich 1 Million € in die Hand nimmt, um die Schulleitungen darin zu schulen, eine bessere Schulentwicklung zu machen. Dafür gilt dieser Stiftung unser Dank.

Daneben wird das IQSH umfangreiche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte an den PerspektivSchulen anbieten und die Schulen bei der Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen unterstützen. Auch Vernetzungsarbeit in den Quartieren und Stadtteilen wird ein wichtiges Element des Programms sein. Das heißt, es profitieren am Ende nicht nur die PerspektivSchulen selber, sondern auch das Umfeld. Das ist ein sehr, sehr wichtiger Ansatz, darum geht es, am Ende echte Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche an diesen Schulen zu erreichen. Dafür muss es im Netzwerk mit vielen Partnern wie Kindergärten, Jugendämtern, Schulträgern, Jugendeinrichtungen und Nachbarschulen - leider gelegentlich auch der Polizei - gelingen, dass die PerspektivSchulen am Ende erfolgreich sein werden. Das ist ein gutes Modell.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Aber natürlich geht es auch um Geld. Dabei entscheiden wir uns bewusst gegen die Gießkanne und verteilen das Geld so, dass es dort ankommt, wo es am dringendsten gebraucht wird. Die ersten 20 Schulen werden allein 25,5 Millionen € aus dem Programm zur Verfügung gestellt bekommen. Im Durchschnitt ist es also die große Summe von 1,3 Millionen € pro Schule. Die Schulen bekommen große Freiheitsgrade, mit Konzepten selber darüber zu entscheiden, wofür dieses Geld verwendet wird. Zusätzliche Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Schulpsychologen oder Projekte mit weiteren Bildungspartnern - ein paar sind schon aufgelistet worden - sind dadurch möglich.

Am Anfang gab es Kritik an dem Plan, die Auswahl der Schulen über einen Sozialindex vorzunehmen. Man hat gesagt, die Ergebnisse wären erwartbar, und das sei eine unnötige Arbeit, die den Beginn des Bildungsbonus ergebnislos nach hinten verschieben würde. Am Anfang war ich selbst auch et-

was skeptisch. Aber ich glaube, mittlerweile wissen wir, dass dieser Weg genau richtig war. Wir haben - wissenschaftlich fundiert - die Schulen mit der größten Belastung identifiziert und sie untereinander gerankt. Dabei ist die eine oder andere Überraschung herausgekommen: Ich glaube nicht, dass jeder von Ihnen erwartet hätte, dass auch Schulen in Rendsburg, Husum oder Geesthacht von Beginn an von diesem Programm profitieren würden.

Gerade in Kiel haben wir einen ganz besonders traurigen Befund. Das möchte ich gerade als Kieler Abgeordneter an dieser Stelle sagen. Mit diesem Befund muss sich auch die Kieler Kommunalpolitik beschäftigen: 9 von 20 Schulen sind in der Landeshauptstadt Kiel PerspektivSchulen. Alle Schulen liegen in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof. Kein Schulname hat mich überrascht. Als ich allerdings die Liste der PerspektivSchulen das erste Mal gesehen habe, war ich überrascht, wie viele davon in Kiel liegen.

Ich habe diese Woche an der Kieler Kinderarmutskonferenz teilgenommen, die regelmäßig in Kiel stattfindet. Ich finde es wichtig festzuhalten, dass Kiel zu den elf Städten und Regionen in Deutschland mit der höchsten Kinderarmut gehört. In den Brennpunkten - ich habe sie gerade genannt - sind 60 % der Kinder auf Hartz IV und Sozialgeld angewiesen. Man kann sagen, Kiel ist in diesem Kontext zumindest in Schleswig-Holstein Hauptstadt der Kinderarmut. Die soziale Segregation ist so hoch wie in kaum einer anderen Stadt in der Bundesrepublik. Richtig ist, dass die Stadt in der Vergangenheit viel getan hat, um gegenzusteuern. Aber wir haben hier - das finde ich auch bei der landesweiten Beobachtung einen sehr, sehr wichtigen Punkt - eine besondere Problemlage. Der Bildungsbonus wird dabei helfen, gerade diese besonderen Problemlagen zu unterstützen, vielleicht auch neue Unterstützungsformen zu finden, neu zu denken und neue Konzepte auf den Weg zu bringen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist mir an dieser Stelle ein wichtiges Anliegen, das für Kiel festzustellen.

In Kiel, aber auch in allen anderen Städten, die von diesen Programmen profitieren werden, wünsche ich mir einen Zusammenschluss von Schulen, Schulträgern, Kommunen und anderen Akteuren, dass wir gemeinsam an diesem Programm arbeiten und daraus wirklich etwas Großartiges machen. Die Chancen zu ergreifen, um die Lebensperspektiven von Kindern zu verbessern, das ist unser Ziel. Das

(Tobias Loose)

können wir in Problemquartieren im ganzen Land signifikant tun. Ich glaube, es war lange überfällig, so ein Programm auf den Weg zu bringen. Es ist gut, dass wir das jetzt haben, und so sollten wir das positiv begleiten. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Das hätte fast ein Auftakt in den Kieler Oberbürgermeisterwahlkampf sein können.

(Tobias Loose [CDU]: Das können Sie dem ja mal erklären, dass das richtig ist!)

- Herr Loose, dass das Ergebnis einer solchen Studie ist, dass sich in großen Städten Probleme sammeln, sie dort vermehrt auftreten, ist für die meisten hier gar keine so große Überraschung.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist überall so!)

- In der Tat ist es in allen großen Städten so, dass sich in bestimmten Stadtteilen die Probleme ballen. Wenn man darüber einmal nachdenken möchte, wäre dafür beispielsweise eine Landesentwicklungsstrategie ein gar nicht so schlechter Ort gewesen.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Loose?

Martin Habersaat [SPD]:

Ja, bitte.

Tobias Loose [CDU]: Ich habe versucht, es deutlich zu machen. Ich glaube, wir teilen alle den Befund, dass sich soziale Probleme in Städten ballen. Ich finde es aber schon bemerkenswert, da wir im Land zwei große Städte mit ähnlich vielen Einwohnern und ähnlichen Strukturen, was Wirtschafts- und Sozialdaten angeht, haben, nämlich Lübeck und Kiel, dass die eine Stadt wenig von diesen PerspektivSchulen hat, zwei, und die andere neun. Das muss man dann auch einmal

so deutlich sagen: Kiel hat da eine ganz besondere Lage. Das hat auch Gründe, selbstverständlich. Ich sage auch nicht, dass allein die Kommunalpolitik dafür verantwortlich ist, aber wir scheinen in Mettenhof und Gaarden eine Problemlage zu haben, die bundesweit einmalig ist. Das muss man auch nicht damit kleinreden, dass das im städtischen Raum normal sei, denn das ist etwas Besonderes, was wir hier in Kiel haben.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege, was die Problemlage angeht, um die man sich kümmern müsste, teilen wir Ihre Auffassung; aber die Auffassung, dass das bundesweit einmalig sei, teilen wir nicht.

Ich will aber einmal versöhnlich anfangen: Der Bildungsbonus kommt in Kürze, und das ist gut. Das kann man als Opposition auch einmal loben. Deshalb habe ich Ihnen viermal Lob mitgebracht. In der Folge müssen Sie dann aber auch viermal Tadel - ich nenne das einmal so, für die Jamaika-Pädagogik ist das ganz passend - ertragen.

(Tobias Loose [CDU]: Sie sind ja Lehrer!)

Der wichtigste positive Punkt ist: Es gibt eine einheitliche Meinung hier im Haus, dass es dringend erforderlich ist, den Schulen in besonderen Problemlagen zu helfen. Jetzt geht es damit endlich los. - Herzlichen Glückwunsch, das ist gut so!

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der zweite Punkt, der mich sehr gefreut hat, ist, dass es in der Handreichung des Ministeriums unter anderem auch darum geht, eine engere Verknüpfung von Vormittagsunterricht und GanztagsSchulangeboten zu schaffen. Das bezieht sich zunächst nur auf die PerspektivSchulen und muss sich langfristig auf alle Schulen erstrecken, aber ich glaube, hier haben wir den Einstieg in einen Bereich gemacht, der uns in den kommenden Monaten und Jahren noch intensiv beschäftigen wird.

Der dritte Punkt, der mich sehr gefreut hat, ist, dass das Bildungsministerium in den Handreichungen schreibt, es gebe drei Ziele von Schulentwicklung in Schleswig-Holstein, und diese Ziele - das bezieht sich auf wissenschaftliche Aussagen - seien Leistung, Chancengleichheit und Wohlbefinden. Dass auch Wohlbefinden und Chancengleichheit zu den Zielen von Schule gehören, war nicht immer Kon-

(Martin Habersaat)

sens in diesem Hause. Insofern freue ich mich über diesen Schritt nach vorn.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir davon ausgehen, dass das drei wichtige Ziele sind, dann müssen wir verstärkt auf die Themen Schrägversetzung und Sitzenbleiben schauen. Die haben nämlich Auswirkungen auf Leistungsvermögen und Wohlbefinden.

Das Vierte ist, dass wir schließlich und endlich einen Ton in der Debatte und in den Veranstaltungen haben, der deutlich macht: Ja, da gibt es Schulen mit besonderen Herausforderungen, und diesen Schulen helfen wir. - Zwischendurch war von Failed Schools und dergleichen die Rede. Das hat mir nicht gefallen. Zwischendurch war davon die Rede, dass Schulen untereinander in einen Wettbewerb treten, ob sie Hilfe bekommen. Das ist alles weg. Jetzt finde ich den Ton absolut in Ordnung, und in dem Sinne sollten wir weiterarbeiten.

Eher neutral stehe ich zu dem immer wieder vorgebrachten Selbstlob der Jamaika-Koalition, Schleswig-Holstein sei nun das erste Flächenland, das so etwas auf den Weg bringe. Die Ministerin hat selbst Nordrhein-Westfalen erwähnt, da gibt es 60 sogenannte Talentschulen. Nach meiner Wahrnehmung ist es zumindest ein weiteres Flächenland, was sich damit befasst. Ich verstehe auch nicht, warum es in Flächenländern grundsätzlich schwieriger sein soll als in Stadtstaaten, mit dem Thema zu starten. Nach unserem eingehenden Austausch hier müsste man eher vermuten, dass Stadtstaaten in der Hinsicht größere Probleme haben als Flächenländer. Aber wenn Ihnen das so wichtig ist: erstes westdeutsches Flächenland mit „S“. Jetzt kann sich das Saarland mal warm anziehen, meine Damen und Herren!

(Stephan Holowaty [FDP]: Sachsen auch! - Dennys Bornhöft [FDP]: Flächenland in Westdeutschland!)

- Westdeutschland, Herr Kollege, wir schauen bei Gelegenheit noch einmal nach.

(Lars Harms [SSW]: Bildung unter Jamaika! - Heiterkeit)

Jetzt gibt es aber auch Punkte - und das ist gar nicht ausschließlich Schuld der Landesregierung -, die an dem vorliegenden Programm zu kritisieren sind. Das Erste ist, dass wir gemeinsam mit der Idee und dem Ziel gestartet waren, einen sozialräumlichen Index zu schaffen, um zu schauen, wo Schulen, die tatsächlich Hilfe brauchen, in sozial-räumlich

schwierigen Gebieten liegen. Das ging nicht, weil die Daten, die wir dazu gebraucht hätten, nicht zu bekommen waren. Das war für mich überraschend, weil ich der Auffassung war, dass es im Innenministerium teilweise Förderprogramme gibt, die sich auf bestimmte Stadtteile beziehen, die sich wiederum genau auf diese Daten fokussieren. Aber ich glaube, dafür kann man in den nächsten Monaten und Jahren eine Lösung finden.

Der zweite Punkt, der aus meiner Sicht verbesserungswürdig ist, ist die Tatsache, dass es jetzt nicht eine Liste mit PerspektivSchulen gibt, sondern drei Listen. Es gibt eine Liste für Grundschulen, eine Liste für Gemeinschaftsschulen, eine Liste für Gymnasien. Es gibt dann die Entscheidung, vermutlich sehr zu Recht: Gymnasien tauchen da nicht auf. Es sind neun Grundschulen und elf Gemeinschaftsschulen. Eine gemeinsame Liste wäre aus meiner Sicht besser gewesen.

Der dritte Punkt ist, dass es jetzt eine befristete Hilfe ist und dass wir im Bildungswesen wieder befristete Stellen schaffen. Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Gerade die Schulassistentinnen und Schulassistenten, die in den Kommunen befristet beschäftigt sind, sind befristet beschäftigt wegen Ihrer Aussage, das möglicherweise nicht dauerhaft finanzieren zu wollen. Im Digitalpakt deutet sich auch wieder die befristete Beschäftigung von Menschen an.

Jetzt mit diesem Bildungsbonusprogramm auch wieder befristete Beschäftigung neu im Bildungsbereich anzufangen, ist gerade vor dem Hintergrund, dass Wohlbefinden und Leistungsgerechtigkeit wichtige Rollen spielen, aus meiner Sicht nicht zielführend.

Der vierte Kritikpunkt ist: Wenn wir einmal vergleichen, was teilweise in Hamburg an zweistelligen Stellenzahlen pro Schule bewegt wird, stellen wir fest, in Schleswig-Holstein ist das zwar ein Anfang, aber eher ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wichtig für mich: Der Anfang ist gemacht, der Sozialindex braucht Sozialraumdaten und Schluss mit Befristungen im Bildungsbereich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Martin Habersaat, die Lehrkräfte, die jetzt über den Bildungsbonus eingestellt werden, dürften unbefristet eingestellt werden. Wir wissen ja, dass wir einen großen Mangel an Lehrkräften haben. Ich gehe nicht davon aus, dass der Bildungsbonus ausläuft, weil wir in den nächsten Haushalten alles tun werden - egal, welche Regierungskonstellation da ist -, damit das weitergeführt wird. Jedenfalls sind die Lehrkräfte gesichert. Sie sind unbefristet eingestellt.

Auch wir freuen uns, dass es jetzt endlich mit dem Bildungsbonus losgeht. Vielen Dank, Frau Ministerin, für den Bericht, und vielen Dank an Sie und Ihr Haus - an Herrn Stäcker - für die Erstellung des Konzepts.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir sind uns bewusst, dass wir das Ministerium und den Gutachter durch das Vorziehen um ein Jahr ganz schön gefordert haben, aber es hat sich gelohnt. Der Bildungsbonus ist für uns Grüne und für Jamaika ein sehr wichtiges Projekt, denn wir sind davon überzeugt, dass jedes Kind die gleichen Chancen haben muss, seinen individuellen Bildungsweg zu gehen und etwas aus seinem Leben zu machen.

Das ist heute leider nicht überall der Fall. Manche Kinder haben einen schwierigen familiären Background oder kommen aus bildungsfernen Schichten. Dass diese Kinder und Jugendlichen nicht überall gut aufgefangen werden können, zeigt sich unter anderem in der Schulabbrecherquote, die in Schleswig-Holstein immer noch vergleichsweise hoch ist.

An manchen Schulen bündeln sich diese Herausforderungen, dort reichen die zur Verfügung stehenden zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen nicht aus, um individuell zu fördern. Diese Schulen hatten es in der Vergangenheit nicht gerade einfach und haben es nun mehr als verdient, Unterstützung durch den Bildungsbonus zu erhalten. Der vom Bildungsministerium entwickelte Sozialindex zeigt, welche Schulen besonders dringend Unterstützung benötigen.

Wir haben uns - es wurde gesagt - gegen das Gießkannenprinzip ausgesprochen und fördern die ersten 20 Schulen besonders stark, 40 weitere werden folgen. Bei der Auftaktveranstaltung in der vergangenen Woche mit den PerspektivSchulen, wie die Bildungsbonussschulen zukünftig heißen, war eine

enorme Aufbruchsstimmung zu spüren. Die Schulen freuen sich über die zusätzliche Unterstützung und empfinden es als Wertschätzung für ihre Arbeit und als Anerkennung ihrer herausfordernden Situation. Es war auch richtig, dass wir die Mittel deutlich um 3 Millionen € pro Jahr aufgestockt haben. Größere Schulen können in diesem Jahr mit mehr als 100.000 € zusätzlich rechnen. So bekommen die Schulen einen wirklich spürbaren zusätzlichen Betrag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Schulen überlegen jetzt im Detail, wofür sie die Mittel einsetzen: für mehr Lehrerstellen, damit die Lehrkräfte weniger Unterricht geben müssen und dafür mehr Zeit für beispielsweise Vor- und Nachbereitung oder Absprachen im Team bekommen, für mehr Schulsozialarbeit oder vielleicht eine zusätzliche Verwaltungskraft, die die Schulleitung und Lehrkräfte unterstützt, vielleicht aber auch für handwerkliche oder kreative Angebote. Jede Schule ist anders und wird ihr eigenes Konzept entwickeln. Dieser Freiraum kommt bei den Schulen besonders gut an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Ein Schulleiter sagte mir auf der Veranstaltung: Jetzt bekommen wir als Schulleitung eine neue, eine ungewohnte Rolle, wir dürfen selbst Geld ausgeben und müssen überlegen, wofür und wie wir das machen. - Es war auch ein bisschen Respekt vor der neuen Rolle zu spüren.

Deshalb ist es zum einen gut, dass die Schulen bei der Erarbeitung der Konzepte von Ministerium und von IQSH begleitet werden. Ein Blick von außen oder auch eine Moderation lassen vielleicht klarer werden, welche Ziele auf welchen Wegen erreicht werden können und sollen, um den Unterricht weiterzuentwickeln.

Zum anderen ist es gut, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter gecoacht werden. Die Vorträge - unter anderem von der Schulleiterin der Rütli-Schule bei der Auftaktveranstaltung - haben gezeigt, wie wichtig eine starke Schulleitung ist, die Ideen hat und gleichzeitig das Kollegium mitnehmen kann; denn ohne ausreichend Motivation und Engagement im Kollegium wird die beste Idee nicht fruchten.

Auf der Veranstaltung hat die Einführung der Wübben Stiftung, die die Begleitung der Schulleiterinnen und Schulleiter übernehmen wird, neugierig auf das gemacht, was kommt.

(Ines Strehlau)

Der Bildungsbonus in Schleswig-Holstein ist ein schönes Beispiel dafür, wie man positiven Beispielen folgen kann. Die tollen Entwicklungen in Berlin oder Hamburg zeigen, wie zusätzliche Unterstützung wirkt und bei Lehrkräften, Schülerinnen, Schülern und auch Eltern zu einer deutlich höheren Zufriedenheit führt. Aus Schulen am Rand ihrer Kräfte sind gelingende Schulen geworden. Manchmal werden diese sogenannten Bildungsbonus-schulen sogar zu sehr beliebten Schulen. Das haben wir auch beim Besuch des Bildungsausschusses an der Stadtteilschule in Hamburg-Wilhelmsburg im letzten Jahr gesehen.

Beim Bildungsbonus geht es ganz klar um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Kinder und Jugendliche bekommen Unterstützung und Förderung, um erfolgreich in der Schule zu sein und gut im Beruf anzukommen. Das ist in erster Linie für die Schülerinnen und Schüler wichtig, aber auch volkswirtschaftlich ist eine gute Bildungslaufbahn ein Gewinn. Ich finde in diesem Kontext auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt enorm wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Wir dürfen niemanden zurücklassen, niemanden abhängen, denn für jeden und jede gibt es einen Platz in dieser Gesellschaft. Diesem Ziel kommen wir mit dem Bildungsbonus an den PerspektivSchulen ein Stück näher. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch für die FDP-Fraktion spreche ich meinen Dank aus an die Ministerin, das Haus und die Wübben Stiftung, die uns in diesem Projekt unterstützt. Ich möchte noch einen weiteren besonderen Dank aussprechen, und zwar an den Verein „Schulen am Wind“ sowie an die Lehrkräfte, die Schulleitungen, die damals Druck gemacht und gesagt haben, dass Holland in Not sei, dass endlich etwas getan werden müsse. Ich zolle ihnen meinen Respekt, dass sie den Mut hatten, die Probleme so deutlich zu benennen. Ich bin sicher, dass sie einen wesentlichen Anteil daran haben, dass wir mit dem Bildungsbonus und den PerspektivSchulen reagiert haben und es etwas schneller als geplant losgeht.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das PerspektivSchul-Programm ist ein entscheidendes Instrument für die Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein, denn erstmals wird umfassend das Augenmerk auf diejenigen Schulen gerichtet, die mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen haben und daher zu Recht unsere volle Aufmerksamkeit verdienen. Vieles dazu ist heute schon ausgeführt worden.

Für uns Freie Demokraten kann ich sagen, dass uns eine Lösung, nur mehr Planstellen oder nur mehr Geld für alle zur Verfügung zu stellen, zu wenig gewesen wäre. Uns war wichtig, denjenigen Schulen individuelle Maßnahmen zu ermöglichen, die sie für die individuellen Bedarfe ihrer jeweiligen Schülerschaft benötigen. Hier setzt der Bildungsbonus an.

Bis 2024 werden wir dafür 50 Millionen € bereitstellen, um die größten Hürden bei 60 Brennpunktschulen zu beseitigen. Ungleiches ungleich behandeln und damit Bildungsgerechtigkeit schaffen, bedeutet auch, Lebensperspektiven zu schaffen. Das wurde uns bei der Auftaktveranstaltung von betroffenen Schulleitern aus verschiedensten Bundesländern vorbehaltlos bestätigt.

Auch bei der Ermittlung der Schulen haben wir uns Gedanken gemacht und sind neue Wege gegangen. Wir halten die bewusste Konzentration auf wenige Schulen für sinnvoll und gerechtfertigt, um eine größtmögliche Wirkung zu entfalten.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein vom IPN und der CAU eigens entwickelter sozialräumlicher Index für Schleswig-Holstein war nicht nur in der Lage, die betroffenen Schulen verlässlich zu identifizieren, sondern sie auch nach einer Rangfolge der Dringlichkeit zu ordnen. Übrigens hat ein, wenn auch inoffizieller, Abgleich der Rechnungsergebnisse mit Umfragen der Schulleiter ergeben, dass eine große Übereinstimmung zwischen dem Indexergebnis und dem gefühlten Bedarf der Schulleiter bestand, welche Schulen von dem PerspektivSchul-Programm profitieren sollten.

Wir können mit der Auswahl zufrieden sein, vor allen Dingen darüber, dass Grundschulen und weiterführende Schulen gleichermaßen bedacht werden. Alle profitieren davon, wenn wir vom ersten Schultag an Kinder fördern. Sie kommen in der weiterführenden Schule mit deutlich besseren Ergebnissen an.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anita Klahn)

Mit der Vorgehensweise einer maßgeschneiderten Unterstützung stellen wir außerdem sicher, dass die Gelder nicht nach politischen Aspekten oder wahllos nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Auch das wurde hier heute mehrfach gesagt. Das wäre nicht nur wirkungslos, weil wir uns mit den Mitteln verzetteln würden, sondern wäre auch ungerecht und kontraproduktiv, da es bestehende Ungleichheiten unter den Schulen weiter verstärken würde.

Ich finde es gut, dass die Schulen einen Sockelbetrag von 25.000 € sowie ein zusätzlich von der Schülerzahl abhängiges Budget erhalten. Die Mittel können zusätzlich für Vernetzungsarbeit im Stadtteil verwendet werden. Weil wir wissen, dass Schulen am besten entscheiden können, wo das Geld am dringendsten gebraucht wird, sind die Gelder zwar an ein Konzept gebunden, dieses sollen die Schulen aber nach eigenem Ermessen gestalten. Die Kritik, die seitens der GEW daran geäußert wurde, kann ich nicht teilen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wer auf der Auftaktveranstaltung war und die verschiedenen Berichte gehört hat, hat gehört, wie unterschiedlich die Gelder verwendet werden können. Die Schulleiterin der Rütli-Schule hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Elternarbeit, Stadtteilarbeit, aber auch Jugendämter, Polizei, Sozialarbeiter et cetera einzubeziehen. Das ist jetzt auch für unsere Schulen möglich. Das erhöht die Effizienz der Gelder und reduziert nebenbei den Verwaltungsaufwand.

In einem ersten Schritt sind die ersten 20 förderungswürdigsten Schulen verkündet worden. In den nächsten beiden Jahren werden weitere 40 Schulen folgen. Es gilt, die Schulen bei der Umsetzung zu unterstützen, für einen reibungslosen, unbürokratischen Anlauf des PerspektivSchul-Programms zu sorgen, um den Schulen schnellstmöglich die dringend benötigten Gelder zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, dass alle Bedenken der GEW durch den Wind verfliegen. Ich wünsche insbesondere den PerspektivSchulen, den Schulleitungen, den Lehrkräften, vor allen Dingen aber den Schülerinnen und Schülern großen Erfolg und alles Gute auf ihrem Weg. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Endlich ist es so weit. Es soll dort mehr Unterstützung ankommen, wo sie stärker gebraucht wird. Die Erkenntnis, dass nichts ungerechter ist, als Ungleiches gleich zu behandeln, hat zum Bildungsbonusprogramm geführt. Es ist ein richtiger, wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall AfD)

Dank an dieser Stelle - es klang gerade in der letzten Rede an - an die Initiatoren, die das eigentlich möglich gemacht haben, an die Schulleiter der „Schulen am Wind“. Ohne ihr Drängen, ohne ihren Aufschrei - Sie wissen, der kam in der Zwischenphase zwischen „Küste“ und „Jamaika“ - und ohne ihr Werben im Bildungsausschuss wäre der Bildungsbonus in dieser Form nicht zustande gekommen. Die Schulleiter der „Schulen am Wind“, der Brennpunktschulen, haben die Probleme deutlich angesprochen. Die Bezeichnung „Brennpunktschule“ war zu diesem Zeitpunkt richtig, weil er für alle verständlich war und die Dringlichkeit verdeutlicht hat. Erst dadurch lenkt man die Aufmerksamkeit auch in der Öffentlichkeit auf dieses Thema. Das war zu diesem Zeitpunkt gut. Das war überfällig.

Die Probleme sind erkannt. Auch die Erfolgsbedingungen einer guten Schule sind bekannt. Lösungswege werden aufgezeigt. Zum Beschreiten dieser Lösungswege braucht es Geld. Ohne die Bereitstellung von Ressourcen, Unterstützungsleistungen des Landes, wäre alles nur Schall und Rauch. Die Herausforderungen an Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen sind eben ungleich größer als anderswo. Sie haben in den letzten Jahren zugenommen. Was die Zukunft bringt, werden wir abwarten müssen.

Bemerkenswert ist - es klang an -: Neun von 20 Schulen, die vom Förderprogramm profitieren, liegen in der Landeshauptstadt Kiel. Obwohl die Stadt Kiel im Rahmen ihrer Haushaltsmöglichkeiten Schulen an prekären Standorten wie Gaarden oder Mettenhof mit Programmen wie „Gaarden hoch zehn“, „Gaarden macht (gute) Schule!“ unterstützt hat, sind die Fördermittel eben nicht ausreichend gewesen, um Chancengleichheit herzustellen.

Trotz Bildungsbonus bleibt es weiterhin wichtig, dass kreisfreie Städte, Kreise und Kommunen weiterhin Schulsozialarbeit, Schulassistenten, Elternarbeit und Projekte in den sozial benachteiligten

(Dr. Frank Brodehl)

Stadtteilen fördern, damit das Bildungsbonusprogramm seine volle Wirkung entfalten kann.

Dass die Schulen beim Bildungsbonus über den Einsatz der Mittel - natürlich in Abstimmung mit der Schulaufsicht - selbstständig entscheiden können, ist vernünftig. Schulleitungen und Kollegien vor Ort kennen die Bedarfe ihrer Schulen genau und sind in der Lage, zielorientiert und passgenau die Mittel einzusetzen, um ihre Schule zu einem besseren Lernort zu machen. Ich bin sicher, dass das auch gelingen wird.

Wir haben das Beispiel von der Berliner Rütli-Schule gehört. Sie erinnern sich, das ist die Schule, deren Lehrer schon 2006 einen Brandbrief geschrieben haben. Ich selber hatte zu diesem Zeitpunkt ein Angebot von dieser Schule, dort Lehrer zu werden. Dieses Angebot hatte ich dann aber doch nicht angenommen, sondern bin woanders hingegangen. Aber dieser Turnaround, den diese Schule geschafft hat, ist wirklich bemerkenswert. Natürlich war das nicht allein auf das Geld und die zusätzlichen Ressourcen zurückzuführen, die der Schule zur Verfügung gestellt wurden, aber ohne die Unterstützung des Landes wäre das nicht gegangen.

Die harten Fakten der Schule, wie sich das verändern kann, wurden am Mittwoch letzter Woche vortragen. 10 % der Schüler verlassen die Rütli-Schule ohne Abschluss. In Gesamtberlin liegt diese Quote mit 12 % allerdings höher. Ein weiteres Beispiel: 63 % der Schüler verlassen die Rütli-Schule mit der Mittleren Reife; in Gesamtberlin liegt diese Quote darunter.

Die Rütli-Schule hat also gezeigt, dass mit einem schlüssigen Konzept, mit einer guten Vernetzung der Schule im Stadtteil, einer verlässlichen Bildungsarbeit, klaren Strukturen und bei einer guten Elternarbeit viel erreicht werden kann. Dies kommt dann Schülern, Eltern und eben auch dem ganzen Stadtteil zugute.

Gut also, dass es das Programm gibt. Aber es gibt weitere Gründe, Schule zu einem guten Lernort zu machen. Dazu gehören vermehrt Sonderschulpädagogen an den Brennpunktschulen, an den Perspektivschulen, damit schulische Integration besonders von den Schülern gelingen kann, die einen emotionalen und sozialen Förderbedarf haben. Dazu gehört es, speziell an Perspektivschulen auf die Gesundheit der Lehrerkollegen zu achten und gegebenenfalls auch deren Pflichtstundenzahl zu reduzieren. Das ist jetzt natürlich dadurch indirekt möglich

geworden, dass die Schulen mehr Lehrer einstellen können.

Dazu gehört weiter, dass Hilfe, Unterstützung und Förderung rechtzeitig, also - Sie ahnen es - im Vorschulalter beginnen muss. Gerade im Hinblick auf die Sprachprobleme ist das wichtig; denn Sprache - das wissen wir - ist die Voraussetzung für alles, was danach kommt. Sehr oft korrelieren frühe Sprachprobleme eben auch mit Lern- oder mit Entwicklungsrückständen. Umso mehr brauchen wir in Zukunft eine Förderung in den Vorschulen.

Wichtig ist es - das sollte jedoch nicht der entscheidende Punkt sein -, dass sich das auch volkswirtschaftlich rechnet. Auch wenn das Geld natürlich nicht die entscheidende Rolle spielen sollte - dieser Aspekt gehört dazu -, muss unser Ziel sein, zukünftig nicht mehr Perspektivschulen zu haben oder zu initiieren, sondern weniger. Also: Prävention ist angesagt.

Deswegen sagen wir Ja zum Bildungsbonus. Die Vorteile einer wirksamen Prävention bleiben für uns aber ganz oben auf der Tagesordnung. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei der Frau Ministerin und ihrem Team für den mündlichen Bericht, aber auch für das bedanken, was sie alle schlussendlich auf den Weg gebracht haben. Ich kann mich nämlich nur wiederholen: Die Idee, Schulen mit besonderen Herausforderungen zusätzlich zu unterstützen, hält der SSW für absolut richtig. In meinen Augen ist diese Unterstützung sogar überfällig. Denn die Aufgaben, vor denen Schulen stehen, sind nicht immer und überall gleich. Manche haben tatsächlich Besonderes zu leisten, und das eben nicht erst seit gestern, sondern schon über viele Jahre. Aus Sicht des SSW ist es daher höchste Zeit, dass sich diese unterschiedlichen Anforderungen an unsere Schulen auch in ihrer Förderung widerspiegeln.

Wenn ich mich recht erinnere, dann haben sich fast alle Parteien schon vor zwei bis drei Jahren positiv zu dieser Idee geäußert. Dass wir hier mehrheitlich für einen solchen Bildungsbonus sind, ist also klar.

(Jette Waldinger-Thiering)

Es geht längst darum, die Idee mit Leben zu füllen und diese Maßnahme auch wirklich umzusetzen. Der SSW verbindet hiermit die konkrete Hoffnung, dass viele Kinder im Land bessere Bildungschancen bekommen. Voraussetzung ist und bleibt aber, dass man es richtig macht. Das heißt, dass die bereitgestellten zusätzlichen Mittel auch wirklich dort ankommen müssen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Deshalb ist die Aufgabe, die Kriterien für diese Unterstützung festzulegen und zu gewichten, absolut entscheidend. Mit dem PerspektivSchul-Index hat das Ministerium beziehungsweise das beauftragte Leibniz-Institut nun endlich die nötigen und nachvollziehbaren Kriterien erarbeitet. Die damit mögliche Transparenz der Entscheidung halte ich für besonders wichtig. Denn diese Transparenz ist längst nicht nur im Sinne der 20 beziehungsweise 60 ausgewählten Standorte wichtig, sondern sie ist es vor allem auch im Sinne aller anderen Schulen im Land, die leer ausgehen. Das ist einfach ein Gebot der Fairness.

Der SSW hat sich unter anderem im Landtagswahlkampf für die Einführung eines Bildungsbonus ausgesprochen. Wir werden hier also sicher nicht nach dem Haar in der Suppe suchen, nur weil wir jetzt auf der Oppositionsbank sitzen. Ganz im Gegenteil: Ich freue mich offen und ehrlich darüber, dass wir hier einen Schritt weitergekommen sind.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ersten 20 PerspektivSchulen erhalten Mittel für Personal, aber auch für Projekte und Kooperationen. Damit wird es also nicht mehr ganz so lange dauern, bis die entsprechenden Lehrkräfte endlich eine Entlastung spüren. Das ist wirklich wichtig. Und deshalb will ich dies und die Tatsache, dass die Jamaika-Koalition in den kommenden Jahren rund 50 Millionen € für diese Maßnahme in die Hand nimmt, ausdrücklich anerkennen.

Uns ist bewusst, dass diese Unterstützung von Schulen mit besonderen Bedarfen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Das ist ein Prozess. Es ist zum Beispiel auch sinnvoll, den landesweiten Index um Abschlussergebnisse zu erweitern. Auch die Ergebnisse von Elternbefragungen sollten einfließen.

Trotzdem ist und bleibt es wichtig, dass keine Zeit verschwendet wird. Und es ist und bleibt enorm wichtig, dass diese Maßnahme nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen der Lehrkräfte führt. Sie müssen bei der Administration und bei der Erstel-

lung der entsprechenden Konzepte unterstützt werden. Hier hoffe ich nach wie vor auf eine gute Zusammenarbeit mit den Schulträgern und der Schulaufsicht, aber auch auf eine möglichst unbürokratische Handhabung vonseiten des Bildungsministeriums.

Wenn das gelingt, kann der Bildungsbonus ein echter Erfolg werden. Gerade in der Öffnung der betroffenen Schulen und in ihrer Kooperation mit Standortgemeinden und Vereinen sehe ich eine große Chance für die Kinder, vor allem natürlich für die Schülerinnen und Schüler. Das wollen wir genauso voranbringen wie die Stärkung der kulturellen Bildung und die musikalische Grundbildung aller Kinder. Deshalb werden wir diese Maßnahme natürlich auch weiterhin konstruktiv begleiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratung und stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/1452 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1434

b) Resolution des Landtages Schleswig-Holstein zur Europawahl 2019

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1441

Für ein Europa der Vaterländer

Alternativantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1488

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und übergebe das Wort wieder an die Abgeordneten des SSW, an die Kollegin Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Ganz herzlichen Dank, Frau Landtagspräsidentin. - Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ihr müsst mir zweimal zuhören und das in Folge.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW und FDP)

Das Erasmus+-Programm ist eine große Erfolgsgeschichte. In diesem Punkt sind wir uns, denke ich, alle einig. Daher gilt es, auch das Nachfolgeprogramm ab 2021 weiter voranzutreiben und das Portfolio noch gezielter auszubauen.

Wir stehen kurz vor zukunftsweisenden Wahlen, und insbesondere die jungen Europäer fragen mich zu Recht, was Europa ihnen konkret bieten kann. Das Erasmus+-Programm ist diesbezüglich ein zentrales Instrument. Erasmus+ bedeutet Europa zum Anfassen, zum Erleben, zum Zusammenwachsen und damit eine enorm wertvolle Investition in unserer aller Zukunft.

Dem SSW liegen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EU, der kulturelle Austausch und der Anspruch auf umfassende Bildung traditionell stark am Herzen. Mit unserem Antrag wollen wir diese Punkte so kurz vor der Europawahl noch einmal hervorheben und Ideen einbringen, wie Europa für junge Erwachsene noch nahbarer und attraktiver gemacht werden kann, insbesondere für Auszubildende und im Schulalltag.

Bei Erasmus+ denken die meisten wohl zunächst an das Austauschprogramm für Studierende. Das ist großartig, und ich möchte den Ruhm an dieser Stelle auch nicht schmälern. Dennoch müssen wir erkennen, dass die anderen Programme im Vergleich deutlich weniger präsent sind und teilweise nicht von denselben Gestaltungsmöglichkeiten profitieren. Ich habe dies bereits in der Begründung des Antrags dargelegt. Hier müssen wir ansetzen; denn berufliche und akademische Bildung sollte in unseren Augen gleichwertig behandelt und gefördert werden.

Tatsache ist, dass Auszubildende deutlich seltener die Option eines Auslandsaufenthalts wählen als Studierende. Tatsache ist auch, dass sich viele Lehrkräfte die Programmbetreuung ohne eine entsprechende Fortbildung seltener zutrauen, wodurch die Förderprogramme im Schulbereich weniger bekannt sind, als sie sein sollten. Das können wir uns in Zeiten der Europaskepsis und des Fachkräftemangels nicht erlauben.

In unserem gern zitierten Nachbarland Dänemark sind Austauschprogramme an Schulen und im Rahmen von Erasmus+ bereits seit geraumer Zeit gang und gäbe, hierzulande hingegen noch weitgehend unbekannt. Ähnlich verhält es sich mit Anerkennungsmöglichkeiten von doppelten Abschlüssen in Ausbildungsberufen. Eine Anpassung der Ausbildungsverordnung halten wir daher für unumgäng-

lich, wenn wir qualifizierte Absolventen anwerben und langfristig behalten wollen.

Unumgänglich ist im Übrigen auch eine Vereinfachung der Verfahrensprozesse. Das ist keine neue Idee, sondern wurde bereits von vielen Seiten gefordert. Ein gewisses Maß an Bürokratie ist notwendig, das ist klar; dennoch dürfen die Programminteressierten nicht mit all den teilweise sehr komplexen Formularen und Papieren zugeschüttet und dann auch noch alleingelassen werden. Das wirkt abschreckend und nicht attraktiv. Es muss insgesamt so einfach wie möglich sein, einen Aufenthalt im EU-Ausland zu organisieren. Ich bin davon überzeugt, dass die Mobilitätsquoten dann die Zielvorgaben erreichen, wenn nicht sogar übertrumpfen. So werden EU-Gelder sinnvoll investiert.

Zu guter Letzt darf ich diesen Tagesordnungspunkt nutzen und einen Appell an die Bürgerinnen und Bürger, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der ganzen Bundesrepublik und unserem Nachbarland Dänemark, richten: Geht bitte zur Wahl, macht Gebrauch von eurem Wahlrecht zur Europawahl!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch Ihre und eure Stimme kann Europa demokratisch ambitionierter weiterentwickelt werden. Ich möchte mich auch an die Menschen wenden, die die Möglichkeit haben, trotz ihrer Vollbetreuung zur Wahl gehen zu dürfen; denn ein Wahlrecht - das haben wir schon zu Küstenkoalitionszeiten eingebracht - haben auch sie. Deshalb vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Gehen Sie wählen! Machen Sie Europa demokratisch, solidarisch und sozial und nicht rechtslastig!

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher auf der Tribüne! Ich bin den Fraktionsmitgliedern der Fraktionen, die proeuropäisch eingestellt sind, sehr dankbar, dass wir heute eine gemeinsame Resolution verabschieden, um noch einmal die Chance zu nutzen, für ein vereintes Europa ein Zeichen zu setzen und an der Europawahl teilzunehmen.

(Hartmut Hamerich)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bin aber auch den Kollegen vom SSW sehr dankbar für den Antrag zu Erasmus+, zeigt er doch noch einmal deutlich, welche Vorteile dieses Europa für uns hat. Wir sind manchmal viel zu stolz, um auf diese großen Vorteile und Erfolge hinzuweisen, die Europa uns bietet.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 26. Mai 2019 finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dieser Termin ist besonders wichtig, weil er nicht einheitlich ist. In anderen Ländern in Europa wird auch an anderen Tagen innerhalb eines Zeitraums gewählt.

Wer glaubt, dass uns das nicht so sehr oder nur am Rande betrifft, der irrt. Wer glaubt, dass unser Frieden, unsere Freiheit und unser Wohlstand in Europa von Gott gegeben und selbstverständlich sind, auch der irrt.

(Beifall SSW und Werner Kalinka [CDU])

Dass das so ist, haben wir klugen Politikern in Europa zu verdanken, die aus dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs Konsequenzen gezogen haben. Die EU ist aus einem Kleinststaatenbund und Verträgen entstanden. Sie ist eine Erfolgsgeschichte, wie sie in dieser Form nicht noch einmal zu finden ist.

Aber wiegen wir uns nicht in Sicherheit. Schon hier im Parlament sitzen gewählte Abgeordnete einer Partei, die nur zur Wahl antritt, um das EU-Parlament zu zerstören oder abzuschaffen und die dieses Friedensprojekt Europa auflösen will, die glaubt, Nationalstaaten könnten heute noch Probleme unserer Zeit lösen. Das zeigt auch der Antrag der AfD: Zurück zu einem „Europa der Vaterländer“ - das mag damals richtig gewesen sein, heute ist das obsolet. Das ist alles erledigt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt wartet nicht auf uns. Ein kleines schwaches Europa der Nationalstaaten wird bei einem Putin, bei einem Erdogan, bei einem Trump, bei einem wirtschaftshungrigen mächtigen China und bei einem Indien mit einer Milliarde Menschen hoffnungslos untergehen. Nur ein vereintes Europa mit einem großen Markt kann Handelsverträge schließen, die auch im Umwelt- und Sozialbereich Maßstäbe setzen können. Umwelt- und Klimaprobleme, Terror, Verteidi-

gung, Flüchtlingskatastrophe, Minderheitenschutz und soziale Herausforderungen können nur gemeinsam gelöst werden.

Unser kleines Schleswig-Holstein ist schon in den letzten Jahren ein großer Gewinner der Europäischen Union gewesen. Ich bin dem „sh:z“-Verlag außerordentlich dankbar, dass er gestern als Aufmacher seiner Zeitung deutlich gemacht hat, was die EU-Förderungen allein für den Strukturwandel im ländlichen Raum bewirken. Er beschreibt, wie seit 2015 in über 600 Projekten und für 160 Millionen € Investitionen überwiegend in den strukturschwachen Räumen ausgelöst wurden. Vom Markttreff über Fahrradstationen bis hin zu Museen, Gesundheitstreffs, Sportentwicklung und barrierefreie Einrichtungen und ländliche Wege gab es Förderungen. Dazu kommen die großen EU-Programme für die Landwirtschaft - allen als ELER bekannt -, aus dem Sozialfonds ESF und den länderübergreifenden Förderungen - INTERREG - vor allem mit Dänemark und dem Ostseeraum. Annähernd eine knappe Milliarde Euro wird in dieser Förderperiode in Schleswig-Holstein ankommen. Mir ist auch bewusst, dass wir erst über Zahlen reden können, wenn der MFR, also der mittelfristige Finanzrahmen, ab 2021 beschlossen ist. Aber darauf wollen wir hinarbeiten, und der frühe Vogel fängt den Wurm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Wo bleibt die Jugend? Auch für junge Menschen bietet Europa viel. Reisefreiheit ohne große Grenzkontrollen, in vielen Ländern die gleiche Währung und neuerdings auch die gleichen und günstigen Roaming-Gebühren sind schon fast selbstverständlich für uns.

Ein ganz besonderer Erfolg der EU ist das Programm Erasmus+. Damit wären wir beim Antrag des SSW zu diesem Thema. Seit 1987 gibt es das ERASMUS-Programm zur Förderung von Studienauslandsaufenthalten in der EU; 2014 wurde das Programm unter dem Titel „Comenius“ für Schulen und für die Ausbildung als „Erasmus+“ weiterentwickelt.

Dieses Programm ist eines der erfolgreichsten und beliebtesten der EU. Über 4 Millionen junge Europäer haben es in den letzten sechs Jahren genossen und daran teilgenommen. Leider konnten nur 20 % aller Anträge bewilligt werden, weil das Programm überzeichnet ist. Alle Kräfte setzen sich mindestens für eine Verdoppelung, unsere EVP-Fraktion sogar für eine Verdreifachung der Mittel in der kommenden Förderperiode ein. Alle jungen Europäer, die

(Hartmut Hamerich)

im Ausland Ausbildung, Schule oder Studium erleben wollen, sollen möglichst davon profitieren.

Wir wollen unser Europa weiterentwickeln und stärken. Wir rufen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf: Gehen Sie zur Europawahl! Stärken Sie die demokratischen Kräfte, die unser Europa des Friedens erhalten und zukunftsfest machen wollen. Nur ein geeintes, starkes Europa wird in Zukunft im internationalen Spiel der Kräfte eine bedeutende und angemessene Rolle spielen.

Ich bitte den Bildungs- und den Europaausschuss, sich mit dem Antrag zu Erasmus+ zu befassen und beantrage die Überweisung. Für unsere gemeinsame Resolution bitte ich um Zustimmung in der Sache. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, begrüßen Sie mit mir bitte gemeinsam auf der Besuchertribüne Gewinnerinnen des Landesschülerwettbewerbs des Vereins „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ zum Thema nachhaltige Zukunft. Es sind anwesend Schülerinnen mit ihrer Lehrerin vom Eric-Kandel-Gymnasium, Ahrensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Kommission hat vor einem Jahr einen Entwurf für die Fortschreibung des ERASMUS-Programms für den Zeitraum von 2021 bis 2027 vorgelegt. Die Anzahl der jungen Menschen, die von diesem Programm profitieren sollen, soll auf 12 Millionen verdreifacht werden. Der finanzielle Gesamtrahmen soll 30 Milliarden € betragen. Richtig so, der internationale Austausch wird immer wichtiger, es muss der Philosophie „Nation first“ etwas entgegengesetzt werden. Wir Sozialdemokraten setzen auf das Miteinander.

(Beifall SPD)

Der SSW beantragt richtigerweise, das Programm zu präzisieren und dabei den Schulbereich stärker in den Mittelpunkt zu stellen, als es beim bisherigen ERASMUS-Programm der Fall war. Das ist die

richtige Richtung. Die Studierenden werden dann sozusagen von den Schülern begleitet.

Europäisierung unseres Bildungswesens heißt, dass Auslandsaufenthalte nicht nur für Studierende, sondern auch für Schülerinnen und Schüler zur Selbstverständlichkeit werden sollten. Ganz abgesehen davon, was das für ihre persönliche Bildungsbiografie und die sich daraus ergebenden besseren Chancen am Arbeitsmarkt bedeuten wird: Was könnte es für ein wirksameres Mittel gegen Europaverdrössenheit geben, als die Erfahrung gemacht zu haben, dass das europäische Ausland in der eigenen Biografie eine so wichtige Rolle gespielt hat? Wir unterstützen deshalb den Antrag des SSW sehr stark.

Wir gestalten Europa, das müssen wir den Menschen immer wieder deutlich machen, und da haben wir hier in Schleswig-Holstein eine Menge Möglichkeiten, uns konkret in die europäische Politik einzubringen, zum Beispiel über den Ausschuss der Regionen, in dem meine Kollegin Regina Poersch für Schleswig-Holstein vertreten sein darf, über unsere Vertretung in Brüssel selbst und über das Subsidiaritätsfrühwarnsystem.

Wir gestalten Europa aber zum Beispiel auch über die Ostseekooperation. Die Ostseeregion ist Modellregion für Kooperation, Innovation Wissenschafts- und Wissenstransfer und ohnehin für nachhaltige Entwicklung. Ich sitze mit dem Kollegen Hansen als Vertreter des Landtags im „eHealth for Regions Network“, in dem Partner aus fünf Staaten rund um die Ostsee daran arbeiten, die Verfügbarkeit und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen so zu verbessern, dass es für die Ostseeanrainer leichter möglich ist, einen Marktzugang für E-Health-Produkte zu erreichen und die Kompetenzen zu stärken.

(Vereinzelter Beifall FDP und SSW)

- Das ist die Europafraktion innerhalb der FDP.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] - Heiterkeit)

So kann die Ostseeregion zu einer Modellregion für Lösungen auf dem Feld gesundheitlicher Fürsorge in den ländlichen Regionen und für die Überwindung des ungleichen Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen sein und werden.

Es geht mit dem zweiten, dem gemeinsamen Antrag, auch um ein einiges, solidarisches und starkes Europa. Der Kernsatz lautet:

„Europa braucht auch Mut zur Veränderung, damit nicht Stillstand und Populismus die Er-

(Bernd Heinemann)

rungenschaften der europäischen Einigung schleifen.“

Für uns Sozialdemokraten liegen die Schwerpunkte darin, Steuerdumping zu beenden, Mindestlöhne und solidarische Grundsicherung sicherzustellen, Mitbestimmung zu stärken, die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und zu fördern sowie die Ziele zu erreichen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und ein soziales Europa zu stärken.

In immer mehr Köpfen macht sich aber das vorrangige Interesse für den eigenen Vorteil breit. Der AfD-Antrag ist dafür ein Beispiel. Vordrängeln, Wegschubsen und Egoismus stehen für manche Menschen im Vordergrund. „Meins zuerst“ heißt es nicht nur bei Elternabenden oder in Nachbarschaften, sondern vor allem in den sozialen Netzwerken. Alle elf Minuten verliebt sich ein Ego in sich selbst. Aus Egoismus wird dann oft Unfrieden, ja sogar Wut und zum Schluss Hass. In der Kommunalpolitik gönnt die eine Gemeinde der anderen nicht den Bahnanschluss, weil sie ihren Vorteil nicht sieht, nimmt aber gern den neuen Fähranleger auf Kosten von anderen. Das ist keine solidarische Kommunalpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auf der Bundesebene schauen Länder oft auf den eigenen Vorteil, indem sie eifersüchtig die Autobahnkilometer zählen oder die Fördermittel nach dem Motto „Mia sun mia“ betrachten. In Europa gibt es Länder wie Polen, Dänemark, Österreich, Ungarn, Rumänien oder eben Großbritannien,

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

die den Trend zur Entsolidarisierung zelebrieren. Vor allem auf der Weltbühne kommt der Egoismus als Nationalismus daher, aber Nationalismus bedeutet Krieg, am Anfang Handelskrieg.

„Nation first“ darf sich in Europa nicht weiter breit machen. Mit unserer demokratischen Resolution wollen wir das ganz deutlich hervorheben. Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, für Ihre Solidarität und dafür, dass Sie sich gegen Egoismus und gegen Nationalismus wenden. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Demokratie lebt von Beteiligung. Es ist Aufgabe von uns demokratischen Parteien, Menschen für unsere Demokratie zu begeistern. Dazu gehört auch die Beteiligung an Wahlen. In zehn Tagen finden die Europawahlen statt, und unser gemeinsames Ziel hier im Haus muss - bei allen Unterschieden in der Sache - sein, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Europawahl deutlich steigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Sie darf nicht wieder bei unter 50 % liegen. Die gute Nachricht ist, dass das Interesse an den Europawahlen gerade massiv steigt. Volle Veranstaltungen bei fast allen Parteien, Rekordplakatbestellungen in vielen Parteien und auch Umfragen bescheinigen, dass immer mehr Menschen sich für die Wahl am 26. Mai interessieren, und dafür gibt es viele gute Gründe.

Der Brexit hat uns allen gezeigt, wie schmerzlich es sein kann, wenn man nicht wählen geht und andere für sich entscheiden lässt. Rechtspopulistische Hetzer und Demagogen haben Fake News verbreitet. Nationalistinnen und Nationalisten sowie die extreme Rechte haben die Zukunft von vielen Menschen gerade der jungen Generation zerstört, und das Chaos regiert seitdem in Großbritannien, denn keine wichtige Zukunftsfrage kann mehr ausschließlich national entschieden werden. Mein Kollege Hamerich ist schon darauf eingegangen.

Gerade wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner im Land zwischen den Meeren, der Minderheiten und als Tor zu Nordeuropa wissen, dass Zusammenarbeit für alle besser ist als Abschottung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Das hat viel mit der Europäischen Union zu tun und auch mit der Art, wie die Europäische Union funktioniert. Aber natürlich dürfen wir nicht stehen bleiben. Wir Grüne treten auch dafür ein, die Europäische Union besser zu machen.

Wenn man möchte, dass Menschen zur Wahl gehen, dann ist es auch wichtig, deutlich zu machen, dass es Auswahl gibt. Damit will ich sagen, dass es zwischen den demokratischen Parteien sehr große Unterschiede gibt, die auch bei den Europawahlen zur Abstimmung stehen, zum Beispiel bei der Frage, ob

(Rasmus Andresen)

wir nur über die Klimakrise reden oder ob wir endlich handeln.

Wollen wir durch mehr Naturschutz und weniger Pestizide das Artensterben beenden? Wollen wir eine Europäische Union, die Armut aktiv bekämpft und allen Europäerinnen und Europäern zum Beispiel das Recht auf eine Krankenversicherung garantiert? Wollen wir uns um die knapp 40 % Jugendlichen in südeuropäischen Staaten kümmern, die zurzeit in der Arbeitslosigkeit festhängen? Wollen wir Google, Amazon und Co. die Kontrolle über unsere Daten entziehen und dafür sorgen, dass sie faire Steuern zahlen? Wollen wir konsequent für Menschenrechte eintreten und europäische Seenotrettung im Mittelmeer unterstützen, oder lassen wir alles so, wie es jetzt ist?

Es geht um viele große Fragen. Es gibt sehr unterschiedliche Angebote - mit über 40 Parteien bei den Wahlen in Deutschland sollte für jeden etwas dabei sein.

Es geht aber nicht nur um die großen, sondern auch um eine ganze Reihe kleinerer Fragen, die für unser Land eine große Bedeutung haben - die Kollegen sind darauf schon eingegangen -: Sei es Verbraucherschutz - die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern, was man symbolisch besonders beim Thema Abschaffung der Roaming-Gebühren feststellen kann -; sei es bei konkretem Naturschutz, wo es oft die EU war, die dafür gesorgt hat, dass Naturschutzgesetzgebung, Naturschutz vor Ort durchgesetzt und nicht andere Interessen über Naturschutz gestellt wurden; sei es der Umfang der Fördermittel. Hartmut Hamerich hat es erwähnt: In diesen Tagen kann man in der Landespresse lesen, wo mit EU-Fördermitteln ganz unterschiedliche Bereiche in Schleswig-Holstein gefördert werden, wie Mehrgenerationenhäuser, Breitbandausbau, das Museum Haithabu oder Projekte zur klimafreundlichen Mobilität.

In Schleswig-Holstein steckt mehr EU, als man im Alltag annimmt. Das ist nicht selbstverständlich; das hängt von politischen Mehrheiten ab - politischen Mehrheiten, die am 26. Mai 2019 zur Wahl stehen.

Zur Europäischen Union muss gehören, dass wir die EU für mehr Menschen erlebbar machen. Ich bin dem SSW für den Aufschlag mit dem ERASMUS-Antrag sehr dankbar, denn ERASMUS ist das Herzstück für eine schon jetzt erlebbare Europäische Union und Austausch in ganz vielen Bereichen.

Auch wir Grüne glauben, dass die ERASMUS-Programme ausgeweitet werden sollten. Wir wollen das, was für Studierende schon seit sehr vielen Jahren sehr gut funktioniert, auch für Auszubildende und Berufstätige noch viel stärker verankern. Damit ist - darauf ist schon eingegangen worden - schon begonnen worden. Der Antrag des SSW ist eine gute Grundlage, um über diese Fragen im Ausschuss - im Europaausschuss, vielleicht auch im Bildungsausschuss - konkret zu sprechen und zu überlegen, wie wir es schaffen können, in der Europäischen Union am Schluss einen Finanzrahmen zu bekommen, der uns das ermöglicht.

Zur Wahrheit gehört: Wer mehr Austausch will, muss bereit sein, die Europäische Union so auszustatten, dass Austausch finanziert werden kann. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mein Dank gilt zunächst allen pro-europäischen Fraktionen dieses Hauses für die gemeinsame Resolution. Wir senden für die Europawahl ein ganz starkes Signal in das Land.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Bei allen Unterschieden in Sachfragen sind wir uns beim Einsatz für ein gemeinsames Europa einig.

Meine Damen und Herren, viele Menschen in Europa - auch in unserem Land - nehmen Frieden, offene Grenzen, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit mittlerweile als so selbstverständlich wahr, dass sie ihnen kaum noch einen echten Wert zurechnen. Doch diese Werte sind in Gefahr: ob dänische Wildschweinzäune, österreichische Grenzkontrollen; in Polen, Ungarn und Rumänien erleben wir derzeit das Aushöhlen des Rechtsstaats, der Meinungsfreiheit und auch zunehmende Korruption.

Europa muss wieder eine Wertegemeinschaft werden, mit gemeinsamer Verfassung und solider Durchsetzungsfähigkeit.

(Beifall FDP)

(Stephan Holowaty)

Wir brauchen innovative Reformen, um Europa für die Menschen Stück für Stück besser zu machen.

Deutschland war Ende der 90er-Jahre der kranke Mann Europas. Die Arbeitsmarktreformen, Hartz IV, haben eines bewirkt: Unser Arbeitsmarkt sucht heute händeringend qualifizierte Arbeitnehmer. Andere Länder haben den Reformbedarf schlicht ignoriert. Solidarität darf aber in Europa keine Einbahnstraße sein. Wer Hilfe erwartet, muss dafür sorgen, dass er die Hilfe selbst nicht benötigt. Reformbedarf haben wir an vielen Stellen.

(Beifall FDP)

In der Flüchtlingsfrage müssen wir Ländern wie Italien und Griechenland helfen. Die gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Europa bleibt eine wichtige Aufgabe, die nicht an nur wenigen Staaten hängen bleiben darf. Gerade wir in Schleswig-Holstein haben dabei über alle Parteigrenzen hinweg sehr viel getan.

Im Mittelmeer sind allein im letzten Jahr über 2.000 Menschen umgekommen. Länder wie Italien sind genauso hilf- wie herzlos, kriminalisieren private Rettungsmissionen und blockieren beispielsweise diejenigen der Bundesmarine.

(Beifall FDP)

Die Schiffe der Bundesmarine haben im Mittelmeer allein in den letzten vier Jahren über 22.000 Menschen aus Seenot gerettet.

(Beifall FDP und Bernd Heinemann [SPD])

Wir brauchen daher kurzfristig eine europäische Grenzpolizei, Frontex, die unsere Außengrenzen sicherer macht, kontrolliert und regelt, aber auch die Seenotrettung wirkungsvoll koordiniert und durchführt.

(Beifall FDP)

Im Mittelmeer dürfen keine Menschen mehr sterben. Das muss unser europäischer Ansatz sein.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Klimaschutz ist unbestreitbar eine der großen Herausforderungen, die Europa nur gemeinsam bewältigen kann. Europa ist für rund 20 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Wir sehen also: Alleine können wir nicht viel ausrichten, aber wir können Vorbild sein.

Wenn es Europa gelingt, ohne Einschränkung der persönlichen Lebensweisen, ohne Bevormundung, ohne Einschränkung von Freiheitsrechten zu zeigen, wie Klimaschutz effektiv und erfolgreich um-

gesetzt werden soll und kann, wird dies eine Vorbildfunktion für andere Regionen der Welt, wie zum Beispiel die USA, haben können.

(Beifall FDP)

Wer aber nur die Kosten für Lebensmittel, Mobilität oder auch Wohnen mit CO₂-Steuern in die Höhe treibt, der wählt genau das Rezept, das die praktische Akzeptanz von Klimaschutz beschädigt.

(Beifall)

Der richtige Weg ist ein konsequenter Ausbau der CO₂-Bepreisung über den Zertifikatehandel, auch mit einer sozialen Kompensation bei anderen Steuern und Abgaben.

(Beifall FDP)

Wir brauchen aber auch - das ist mir sehr wichtig - intelligente Gesetze; denn nur so, über Technologieoffenheit, gibt es nachhaltigen, effektiven Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, Konflikte auf dieser Welt betreffen auch uns, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand. Es geht uns etwas an, dass Russland mit seiner aggressiven Politik in Polen, den baltischen und nordischen Staaten für Angst sorgt. Es geht uns etwas an, wenn China seine militärische und wirtschaftliche Hegemonialpolitik weiter vorantreibt. Es geht uns etwas an, wenn sich die USA unter Trump aus der transatlantischen Partnerschaft zurückziehen. Europa muss seine Sicherheit zunehmend in die eigenen Hände nehmen. Das braucht Anstrengungen bei der gemeinsamen Verteidigung. Wir brauchen keinen gemeinsamen Flugzeugträger, aber die Fähigkeiten zu verhindern, dass man uns unter Druck setzen kann.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir brauchen die politischen und militärischen Mittel, zum Beispiel einen europäischen Außenminister.

Ein letzter Punkt, der mir besonders wichtig ist: Europa muss wieder ein Europa der Chancen werden. Die Menschen müssen wissen, dass Europa ihnen die Türen aufmacht, sodass sie ihr Leben so leben können, wie sie es gern möchten. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 % in einigen Regionen Europas ist für uns in einem Kulturkreis wie Europa schlicht nicht akzeptabel.

(Beifall FDP)

Wir wollen Erasmus+ deshalb stärken und damit die berufliche Ausbildung in Europa massiv vorantreiben. Das Europa der Wirtschaft und des Wohl-

(Stephan Holowaty)

stands ist kein veraltetes Modell längst vergangener Zeiten, sondern aktuell wie eh und je. Nur wenn Europa jedem Chancen für sein Leben bietet, werden wir die großen Zukunftsaufgaben gemeinsam meistern können.

Ich bitte Sie daher: Gehen Sie als Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins zur Wahl! Wählen Sie ein geeintes Europa; stimmen Sie für ein geeintes Europa, ohne das die großen Zukunftsaufgaben nicht gelöst werden können! Lassen Sie sich nicht von Populisten von links oder rechts verführen! Europa hat noch viel vor sich. Wählen Sie nicht ein Europa der Mauern und Zäune, sondern wählen Sie am 26. Mai 2019 ein weltoffenes Europa der Chancen! - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Jörg Nobis, das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Wähler! Liebe Gäste! Heute will das Kartell der EU-verliebten Blockparteien anlässlich der bevorstehenden Europawahl eine Resolution beschließen, die vordergründig ganz nett klingt, aber es tatsächlich in sich hat.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Blockparteien? Was fällt Ihnen eigentlich ein! - Weitere Zurufe)

Es lohnt sich, in den Text etwas genauer hineinzuschauen. Sie sprechen von einem starken „Zeichen für die europäische Idee“ und meinen EU-Bürokratie, die Herrschaft der Technokraten in Brüssel und Straßburg. Sie fabulieren von „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ und leben in Wirklichkeit den Traum eines orwellschen Gesinnungsstaates mit Uploadfiltern, NetzDG, Internetzensur, und das alles demokratisch legitimiert durch Wahlen,

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

bei denen eine Stimme aus Malta oder Luxemburg bis zu zehnmal so viel zählt wie eine Stimme aus Deutschland,

(Lukas Kilian [CDU]: Sie sind so ein Kasper!)

wo Volksentscheide des Souveräns nur höchst widerwillig zur Kenntnis genommen werden, wie

einst bei der Abstimmung über die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden,

(Bernd Heinemann [SPD]: Demagogie!)

oder wo Sie die Entscheidung einfach nicht wahrhaben wollen, in schöner Regelmäßigkeit den Wähler beschimpfen und ihm absprechen, genau das gewollt zu haben, was auf dem Wahlzettel steht,

(Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Das machen doch Sie! Sie beschimpfen die Wähler!)

nämlich sich aus Ihrem Klub, aus der erdrückenden Umklammerung zu lösen. So geschieht es dieser Tage in Großbritannien bei den Briten.

(Zurufe)

Wenn das Ergebnis nicht passt, wird nötigenfalls noch einmal neu abgestimmt; so war es in Irland 2002 bei der Abstimmung über den Vertrag von Nizza.

Das ist Ihre Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Immerhin haben wir eine Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit!)

- Für mich ist das eine böse verzerrte Karikatur von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Daher wundert mich auch nicht, dass in Frankreich die Zustimmung zur EU schwindet und dass in Großbritannien die Brexit-Partei von Nigel Farage mittlerweile stärker ist als die Tories und die Labour-Partei zusammen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist aber eine Karikatur, von der Sie da sprechen!)

- Sie sprechen von guter Nachbarschaft und meinen Vormundschaft, Herr Dr. Stegner. Am besten gefällt sich die EU doch, wenn sie die Griechen praktisch unter Vormundschaft stellt, wenn sie den Briten erklärt, was Demokratie sei, oder wenn sie den Ungarn Vorhaltungen macht dafür, dass sie sich in der Flüchtlingskrise schlicht an die Verträge gehalten haben und die Außengrenze gesichert haben.

(Zuruf: Was soll der Blödsinn? - Unruhe)

Gute Nachbarschaft heißt bei Ihnen, über die Dänen zu wettern - wir haben es eben gehört -, weil sie ihr Land mit Wildschweinzäunen vor der Schweinepest und mit Grenzkontrollen vor illegalen Einwanderern, Kriminellen und Terroristen schützen wollen.

Dann fehlt im Plattitüdenkabinett natürlich noch der Begriff Solidarität. Solidarität ist in der EU an Gesinnung geknüpft. Wer in Ihrem „Refugees wel-

(Jörg Nobis)

come“-Chor nicht mitmacht, dem würden Sie am liebsten die Gelder streichen oder den würden Sie zumindest zukünftig weniger berücksichtigen. Das trifft unsere osteuropäischen Nachbarn als erstes, die nach vielen Jahren der russischen Fremdherrschaft ihre hart erkämpfte Freiheit nutzen wollen, die selbst bestimmen wollen, was mit und in ihren Ländern passiert.

(Zurufe)

Sie leben einen einfachen Grundsatz, der sich auch in unseren Wahlprogrammen findet. Wir bestimmen selbst, wer zu uns kommt, und - ich darf das hinzufügen - wir bestimmen auch selbst, wer bleiben darf.

Sie sprechen von einem demokratisch verfassten Europa der Bürger und meinen doch Ihren EU-Superstaat, den Sie zu einem supranationalen Bundesstaat ausbauen. Sie wollen alles vereinheitlichen und alle politischen Felder Schritt für Schritt gleichschalten. Wir achten die Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen

(Vereinzelt Lachen - Dennys Bornhöft [FDP]: Ja, genau! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit dem Wort sollten Sie vorsichtig sein! - Unruhe)

und lehnen es folgerichtig ab, die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung umzuwandeln. Wir haben es eben gehört, Sie wollen einen Außenminister für die EU; das lehnen wir ab.

Wir, die AfD, treten für ein starkes Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten ein. Dazu gehören selbstverständlich auch die Zusammenarbeit und die Förderung des internationalen Jugend- und Studentenaustauschs. Anders als Sie suggerieren, funktioniert das aber auch ohne eine immer weiter ausufernde Europäische Union. Schüleraustauschprogramme gab es schon lange, bevor es ein EU-Parlament gab, Studienaustauschprogramme ebenso. Und auch Austauschprogramme beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften und Ähnlichem sind keine Erfindung der EU.

Deshalb schließen wir uns in der Tat dem Aufruf Ihres Antrags an und fordern alle Bürger auf: Gehen Sie wählen! Wählen Sie Parteien, für die Demokratie nicht nur ein beliebig verwendbarer Begriff aus der politischen Mottenkiste ist, sondern die noch einstehen für das Prinzip „One man, one vote“, die einstehen für das Selbstbestimmungsrecht

der Völker, das Ihnen in Europa so gegen den Strich geht.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Gehen Sie wählen und lassen Sie sich nicht von den Diffamierungen und Hetzreden des selbsterklärten Verteidigers der Demokratie beirren! Auch EU-kritische Parteien sind demokratisch und stehen zur Wahl.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Noch eine kleine Anmerkung:

(Lukas Kilian [CDU]: Mehr auch nicht! - Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

- Ich habe noch 10 Sekunden Redezeit, Herr Holowaty. - Zur Errettung aus Seenot: Das darf und soll nicht die Eintrittskarte nach Europa sein. Wir müssen Menschenleben retten. Wir wollen sie - -

Präsident Klaus Schlie:

Diese 10 Sekunden sind jetzt beendet, Herr Abgeordneter.

Jörg Nobis [AfD]:

Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie Ihre Position so klar dargestellt haben. Ich glaube, das ist völlig in Ordnung.

Meine Damen und Herren, jetzt hat für die Landesregierung die Ministerin für Justiz das Wort. - Entschuldigung: Ich habe Sie nicht gesehen, Herr Dr. Dolgner. Sie haben für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann diese Worte nicht stehen lassen, ohne dass jemand aus dem Parlament noch etwas dazu sagt.

Es ist immer interessant, wenn Sie äußern, Sie wüssten, was der Wähler wolle, und dass Sie der einzige Gralshüter des Wählerwillens seien. Wenn mich die Umfragen nicht täuschen, dann sind mindestens 85 % derjenigen, die hier sitzen, Vertreter von Parteien, die pro-europäisch sind.

(Hartmut Hamerich [CDU]: 93 %!)

(Dr. Kai Dolgner)

- Es gibt ja noch Parteien, die hier nicht hier vertreten sind; ich will genau sein. - Daraus könnte man schließen, dass die deutsche Bevölkerung nach wie vor in der Mehrheit pro Europäische Union eingestellt ist.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wie war das mit „One man, one vote“? Sie vertreten lautstark eine Minderheit und sagen, weil Sie nicht die Mehrheit hätten, müsse es dunkle Kräfte geben, die Sie demokratisch verhinderten. Das ist nicht richtig. Zum Glück ist Deutschland nach wie vor mehrheitlich pro-europäisch, pro EU, was nicht bedeutet, dass einzelne Dinge nicht kritikwürdig sind; das ist aber überhaupt keine Frage. Sie bauen hier einen Popanz auf.

Zum Thema Osteuropa und russische Fremdherrschaft äußert sich ausgerechnet Ihre Partei, eine Partei, die die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nach außen verteidigt.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Lukas Kilian [CDU]: So ist es!)

Herr Schaffer kann ja mal mit nach Estland fahren und die dortigen estnischen Kollegen fragen, was sie von der Annexion halten, ob sie sich davon etwa mehr bedroht fühlen als von dem Verfahren gegen Polen; dabei geht es übrigens nicht um „Refugees welcome!“, sondern um die Ausschaltung der Justiz.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ja, dass die Justiz unabhängig ist, ist ein gemeinsamer europäischer Wert. Wer sich nicht daran hält, muss schlicht und ergreifend mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen.

Sie sagen, Staaten hätten sich gegen Flüchtlinge gewehrt. Nein, in Ungarn und in Österreich haben wir eindeutig Züge eines autokratischen Systems. Ich finde, ehrlich gesagt, dass Europa da eher zu spät als zu früh reagiert hat.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das Europäische Parlament wird gewählt. Auch in der Europäischen Kommission sitzen nicht delegitierte Menschen, die sich etwas Böses ausdenken, sondern darin sind die Regierungen vertreten. Auch diese sind demokratisch gewählt. Das nennt sich demokratische Legitimationskette.

Sie versuchen, ein Zerrbild zu verbreiten, das Bild von einem Europa der Vaterländer und so weiter. Das hatten wir schon. Das Europa der Vaterländer, das Prinzip „Jede Nation zuerst“ hat zum Ersten Weltkrieg geführt.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Was soll denn der Blödsinn? 60er-Jahre! Charles de Gaulle!)

Machen Sie sich einmal die Mühe, die Zeitungen des Winters 1913, Frühjahrs 1914, auch aus Großbritannien und Frankreich und so weiter, anzuschauen. Gucken Sie sich die Argumentationsstränge an. Das sind genau die gleichen Argumentationsstränge, die Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen wieder im Geiste Europas bemühen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Damals waren es andere Parteien. Allerdings führt diese Argumentation dazu - -

Präsident Klaus Schlie:

Es tut mir leid, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Okay, letzter Satz. - Die Betonung nationaler Egoismen kann man nicht friedlich lösen; Konflikte kann man nur mit Kompromissbereitschaft und Parlamentarismus friedlich lösen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Sandra Redmann [SPD]: Jawohl!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fleming Meyer hat uns ja vorgeschlagen, nach solchen Beiträgen erst einmal durchatmen und, ich glaube, bis 20 zu zählen.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Ich habe versucht, bis 50 zu zählen. Mir ist es nicht gelungen; so viel ich auch zähle, solche Beiträge kann ich nur schwer ertragen.

(Dr. Heiner Dunckel)

Herr Nobis, ich hoffe sehr - das ist mein einziger wichtiger Punkt -, dass Sie niemals entscheiden, wer in unserem Land bleibt und wer nicht. Ihre Rede ist für mich ein klares Dokument, warum wir Sie und Ihre Gesinnungsgenossen in Europa nicht wählen können und nicht wählen dürfen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Dr. Dolgner, das Konzept eines Europas der Vaterländer stammt nicht aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, sondern aus den 60er-Jahren vom damaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Das bitte ich doch zu beachten.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Er meinte aber was anderes, als Sie meinen! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Woher wissen Sie, was wir meinen! - Weitere Zurufe SPD)

- Das ist ein Konzept von ihm, das können Sie nachschlagen.

Ich möchte aber - wenn Sie mir das erlauben - wieder auf den Kern der Sache zurückkommen. Es gibt ja einen Wahlauf Ruf der anderen hier im Parlament vertretenen Parteien. Das ist ein wichtiges Thema. Was wir vielleicht gemeinsam besprechen sollten - das hätte ich mir auch im Vorfeld gewünscht -, ist, warum dieser Wahlauf Ruf nur für demokratische Parteien gelten soll,

(Vereinzelt Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

und was es bedeutet, wenn Sie die Demokratie vor sich hertragen, aber ein ganz großes Spektrum des demokratischen Spektrums ausschließen wollen.

Ein Wahlauf Ruf ist immer eine gute Sache. Denn wenn Parlamente auf einem möglichst breiten Votum gegründet sind, verleiht ihnen das eine bessere Anbindung an die Bürger. Die bisher sehr geringe Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament steht ja im krassen Gegensatz zu der Bedeutung, die die EU auch für unsere Gesetzgebung besitzt.

Von daher finde ich es sehr bedauerlich, dass Sie dieses Spektrum verkürzen. Indem die Etablierten

die sogenannten Populisten als Gefahr für die EU darstellen, reklamieren sie die demokratische Willensbildung für sich. Das ist einfach falsch.

Wir haben auch im Vorfeld dieses Wahlkampfes gemerkt, wie zum Beispiel die SPD zur innerparteilichen Demokratie steht, als sie den erklärten Willen ihrer schleswig-holsteinischen Mitglieder beiseite gewischt hat und den gewählten Spitzenkandidaten Kreft für die EU-Wahl auf einen hinteren Listenplatz verbannte,

(Zurufe SPD: Oh! Oh!)

nur, weil er ein Mann ist und nicht so jung wie die Favoritin des Bundesvorstandes. Da sieht man, was der Quotenzwang alles anrichten kann. Selbst der Lübecker SPD-Chef Thomas Rother, der auch hier bei uns im Landtag sitzt, sprach von einem „zutiefst undemokratischen Verhalten“.

Die neuen Parteien in Europa sind überwiegend konservativ, aber es gibt auch linke oder anarchistische Bewegungen. Manche stehen sogar der EU ganz offen gegenüber, weil sie gern die Zuwendungen haben wollen. Aber diese neuen Parteien und Bewegungen - egal, wie man zu denen steht; ich kann mich mit ihnen auch nicht identifizieren; wir werden da ganz gern in einen Topf geschmissen, aber das ist nicht richtig - sind doch gerade Ausdruck lebendiger Demokratie.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von daher können wir die vorliegende Resolution nicht mittragen.

Ein ganz kurzes Wort noch zum Kollegen Hame-rich. Sie sagten ja gerade, die Außenhandelsbeziehungen könnten nur auf EU-Ebene stattfinden. Wir erleben doch gerade, dass die Visegrád-Staaten quasi eine eigene Politik verfolgen. Wir erleben gerade, dass sich 17 europäische Länder mit China getroffen haben, um über die neue Seidenstraße zu sprechen. Die EU bröckelt doch gerade. Da müssen wir ansetzen. Sie bröckelt da ganz deutlich, weil bei den Gesprächen auch EU-Mitglieder mit dabei waren wie Italien oder Portugal - die nicht populistisch regiert sind -, Griechenland - das linkspopulistisch regiert ist - oder natürlich auch Ungarn. Wir müssen eine Reform - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Ach so, Entschuldigung. - Also: Eine Reform ist notwendig. Deswegen sind alle aufgerufen, zur Wahl zu gehen. Das ist sehr wichtig.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich nur schwer ertragen kann, sind Hetzreden - egal, wo sie gehalten werden. Am wenigsten kann ich sie hier im schleswig-holsteinischen Parlament ertragen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Bei meiner ersten internationalen Jugendbegegnung, meinem ersten Jugendaustausch 1967 in Vaasa in Finnland, bin ich als Deutscher noch angespuckt worden. Das habe ich nie vergessen. Wenn ich heute nach Finnland fahre oder mit anderen zusammen eine Jugendfahrt organisiere, dann ist das ein Familienfest, weil es das geeinte Europa gibt. Ich habe das letztes Jahr auch auf Kreta erlebt, als ein Grieche mich umarmte und sagte: „Ein Glück, dass wir jetzt Europa haben, sonst wären wir untergegangen“. Und Sie wollen, dass das Europa untergeht, indem Sie ihnen Ihre Solidarität entziehen. Die sollen in Ruhe gelassen werden. In Ruhe lassen bedeutet untergehen. Das ist unsolidarisch und führt in eine falsche Richtung.

Wenn wir als Nationalstaaten versuchen, mit den Muskeln zu spielen, werden wir daran scheitern. Denn es gibt weltweit andere Nationen, die andere Gewichte in die Waagschale werfen als wir in Europa. Das sind Länder wie China, das sind Trump und Co. und so weiter. Die haben mehr Muskeln. Deshalb habe ich keine Lust, mich als Deutscher zurück in ein Schneckenhaus zu verkrümmeln und mich von anderen auslachen oder gar anspucken zu lassen.

(Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Das will ich nicht mehr, und ich bin froh, dass es heute überall in Europa so ist, dass ich umarmt und anerkannt werde, dass ich sozusagen mit der Familie auf Tour sein kann.

Dieses geeinte Europa, das wir jetzt haben, wackelt vielleicht, weil es Nationalisten gibt, die so denken wie Sie, aber das hat nur eine sehr begrenzte Wir-

kung, denn ich bin sicher, dass wir Europa wieder auf das Gleis der Solidarität zurückführen können. Egoismus bringt uns mit dem Rücken an die Wand, das brauchen wir nicht. Insofern: Hetzreden in diesem Parlament brauchen wir auch nicht.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Schnurrbusch, Sie haben gerade eben gefragt, warum wir dazu auffordern, demokratische Parteien zu wählen. Das Erste, was ich jetzt feststellen kann, ist: Durch Ihre Rede haben Sie deutlich gemacht, dass Sie als AfD sich nicht dazu zählen. - Das ist zunächst einmal eine Klarstellung, für die ich vor der Wahl sehr dankbar bin.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Warum wollen wir, dass demokratische Parteien gewählt werden? - Ich kann Ihnen das sagen: Demokratische Parteien stehen für Ausgleich, stehen für Kompromiss, stehen für gleichberechtigte Koexistenz, für das Suchen nach Gemeinschaft, für Solidarität und vor allen Dingen für das Wichtigste, nämlich für Frieden. Deshalb ist es wichtig, demokratische Parteien zu wählen. Deshalb ist dieser Wahlauftrag hier aus dem Landtag auch genau die richtige Aufforderung.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wofür stehen denn Parteien wie NPD, III. Weg, AfD oder auch andere antidemokratische Parteien?

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Werfen Sie uns doch nicht in einen Topf! Das ist doch beleidigend! Das ist doch nicht wahr!)

Die stehen für Abgrenzung, sie stehen für Menschenfeindlichkeit, sie stehen dafür, dass sie immer wieder betonen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Menschen sind aber nicht unterschiedlich, Menschen haben die gleichen Rechte, alle Menschen haben die gleichen Rechte. Deshalb ist es wichtig, dass wir zur Wahl gehen und Demokraten wählen - und damit basta.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man überlegt sich in so einer Debatte, ob Sie es wert sind, dass man sich hier zu Wort meldet. Das sind Sie eigentlich nicht, daher müsste man Sie eigentlich komplett ignorieren.

(Jörg Nobis [AfD]: Dann setzen Sie sich doch wieder hin!)

- Nein. Der Punkt ist: Ich äußere mich deswegen, weil wir hier über einen Wahlauftrag reden. Demokratie zeichnet sich auch dadurch aus, dass Leute hier am Mikrophon Unfug reden dürfen, dass Sie hierher kommen dürfen und dass wir das ertragen. Hätten Sie die Mehrheit, dann würden wir vermutlich verhaftet und dürften hier nicht frei reden. Das ist der Unterschied zwischen unserem System und demjenigen, das Sie richtig finden. Das will ich ganz deutlich sagen.

(Zurufe SPD)

Herr Schnurrbusch, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Fraktion in diesem Haus braucht von Ihnen überhaupt keine Belehrung, was unsere innerparteiliche Demokratie angeht und wie wir unsere Wahlverfahren durchführen. Auch die sind nämlich demokratisch.

(Vereinzelter Beifall SPD - Volker Schnurrbusch [AfD]: Dann fragen Sie mal den Kollegen Rother! Fragen Sie mal Ihre eigenen Leute!)

Zur Demokratie gehört übrigens noch etwas anderes, nämlich eine freie Presse, die selber berichtet und beurteilt. Im letzten Jahr ist hier etwas passiert. In der zweiten September-Tagung hat Ihre Fraktion durch Ihre Landesvorsitzende, die inzwischen ausgetretene Abgeordnete, hier Reden gehalten, die von allen beklatscht worden sind, die behauptet haben, wir hätten keine freie Presse, sondern wir hätten eine gelenkte Systempresse, eine Lügenpresse. Auch das unterscheidet Sie von uns. Sie dürfen das sagen, und die freie Presse berichtet auch darüber. Aber das ist ein fundamentaler Unterschied zwischen uns.

Worüber wir hier im Haus unter den demokratischen Parteien streiten mögen - und wir tun dies leidenschaftlich -, auch das ist Teil der Demokratie. Mit Ihnen werden wir niemals etwas gemein haben. Unser Bestreben geht dahin, zu verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger, indem sie nicht in ausreichender Stärke zur Wahl gehen, Ihnen und Ihresgleichen in Europa einen Einfluss geben, den Sie nie haben dürfen. Solche Leute wie Sie dürfen niemals mehr etwas zu sagen haben - nicht in Deutschland und nicht in Europa.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP - Zurufe AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dr. Ralf Stegner hat etwas sehr Richtiges gesagt, und ich möchte das noch erweitern. Es reicht nicht aus, zwei Ohren und dazwischen ein Gehirn zu haben. Man muss nicht nur wahrnehmen, man muss auch verstehen können.

Diese demagogischen Aussagen, die hier immer wieder fallen, sei es zu Großbritannien, zum Brexit oder zu anderen weltwirtschaftlichen Themen, wundern mich alle nicht. Ich freue mich über die Aussagen, die Sie hier machen, zeigen Sie damit doch Ihr wahres Gesicht. Ich würde mich freuen, wenn alle das, was Sie hier heute verbreitet haben, auch wahrnehmen, denn dann fällt den meisten die Wahlentscheidung nicht so sehr schwer.

Von den 73 dem Parlament angehörenden Abgeordneten sind 68 pro-europäisch eingestellt, fünf nicht. Sie liegen bei 7 %. Ich hoffe, dass Sie nicht einmal diesen Wert bei der Europawahl erreichen. Dass Sie sich selbst als Nicht-Demokraten deklassieren, ist auch von Lars Harms gesagt worden. Obwohl nur demokratische Parteien zur Europawahl zugelassen sind, gehören Sie seltsamerweise dazu.

Aber Sie schaffen es immer wieder, das Hohe Haus hier in die richtige Richtung zu bringen: Nach einem Wortbeitrag des Fraktionsvorsitzenden, den Herr Schnurrbusch versucht hat, ein bisschen abzumildern, fühlen sich alle noch einmal dazu berufen, dazu Stellung zu beziehen. Das ist das Positive an Ihren Reden, dass wir alle gemeinsam noch einmal sagen: Wir sind pro-europäisch, wir brauchen diese Europäische Union. Sie beziehen sich auf Charles

(Hartmut Hamerich)

de Gaulle, eine „Union der Vaterländer“. Ich glaube, Sie beziehen sich auf Herrn Honecker: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, hat der gesagt. Das haben Sie umgedreht: Rückwärts immer, vorwärts nimmer.

Wir müssen nach vorn schauen, wir müssen als Europäische Union stark werden.

(Beifall Tobias Loose [CDU])

Nur so haben wir die Chance, im Spiel der Kräfte auf dieser Welt weiter eine entscheidende Rolle mitzuspielen. Anders wird uns das nicht gelingen. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Europawahl naht. Bei der Abstimmung kommende Woche wird es um die Kernfrage gehen, wie wir den europäischen Einigungsprozess künftig gestalten wollen und wer an die Schalthebel in Brüssel gelangen wird: Europafreunde oder solche, die Europa schaden wollen.

Diese Europawahl wird eine Richtungswahl sein, daher sage ich gleich, wo wir politisch stehen: Wir dürfen uns die Europäische Union in der öffentlichen Diskussion nicht von europafeindlichen Kräften schlechtreden lassen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Erfolge der EU kleingeredet werden. Wir müssen deutlich machen, dass die EU ziemlich gut funktioniert und beachtliche Erfolge vorweist.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Merkt nur keiner!)

Ja, die EU ist ein schwerer Tanker, nicht einfach zu steuern, aber er hält auch Kurs,

(Volker Schnurrbusch [AfD]: In schwerer See!)

auch wenn die See stürmisch ist. Wer nur Tretboot fahren kann, darf in der EU nicht auf die Kommandobrücke.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Klar ist: Die Zukunft Europas ist auch für unser Land von entscheidender Bedeutung. Schleswig-Holstein profitiert von einer starken und geeinten EU. Daher bin ich sehr froh über die seit Jahrzehnten pro-europäische Grundhaltung, die uns hier im Landtag fast alle verbindet. Das macht auch der gemeinsame Wahlauftritt deutlich, den wir über fast alle Parteigrenzen hinweg verabschieden werden.

Der Aufruf ist ein starkes Zeichen parlamentarischer Solidarität für die Europäische Union, denn es ist unsere Europäische Union. Es ist nicht die Union derer, die sie verächtlich machen und ein falsches Bild von ihr malen. Es ist die Union der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität.

Aber gute Politik in und mit der Europäischen Union zu machen, ist kein Wünsch-dir-was-Spiel. Die Herausforderungen sind immens. In vielen Mitgliedstaaten haben wir es mit einem nie erlebten Erstarken nationalistischer und europaskeptischer Kräfte zu tun. Setzt sich dieser Trend bei der Europawahl fort, dürfte die Entscheidungsfindung in Brüssel künftig noch schwieriger werden. Neben die traditionellen Differenzen der nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten, etwa in der Wirtschafts- und Währungspolitik, ist eine neue Spaltung zwischen Ost und West getreten. Sie zeigt sich speziell beim Thema Migration.

Darüber hinaus sehen wir, dass die in den Europäischen Verträgen verankerten gemeinsamen Werte in einigen Mitgliedstaaten erheblich unter Druck geraten sind oder gar missachtet werden. Dies gilt insbesondere für die Rechtsstaatlichkeit, ein Umstand, der mich als Justizministerin sehr besorgt. Am Beispiel von Polen und Ungarn zeigt sich, dass die bestehenden Instrumente nicht ausreichend sind und regelmäßig zu spät zum Einsatz kommen. Da haben Sie, Herr Nobis, glaube ich, irgendwie etwas falsch verstanden: Es wird darüber nachgedacht, den Staaten, die die Rechtsstaatlichkeit verletzen, europäische Fördermittel vorzuenthalten.

Natürlich gehört auch der Brexit zu den Herausforderungen. Positiv ist, dass sich der Brexit nicht als Spaltpilz der EU-27 erwiesen hat.

(Jörg Nobis [AfD]: Abwarten!)

Die britische Hängepartie beim Brexit-Austrittsdatum hat sich aber wie Mehltau über die EU gelegt. Er hat die Diskussion über Europa abgeschnürt, auch über die äußeren Herausforderungen Europas,

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

über die wir reden müssen: Klimawandel, Digitalisierung, anhaltender Migrationsdruck oder Fragen der Sicherheit und Verteidigung, um einige zu nennen.

Herausfordernd sind auch die veränderten geopolitischen Kräfte, ich meine insbesondere den wachsenden Einfluss Chinas in Europa. Wie aber können wir den äußeren Herausforderungen begegnen, und wie können wir die EU nach innen reformieren, um sie demokratischer, sozialer und bürgernäher zu gestalten?

Der Zeitpunkt für die dringende Reform ist günstig. Die aktuellen Umfragen zeigen eine wieder wachsende Zustimmung zur Europäischen Union. Das gilt auch für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, obwohl wir deren Regierungen derzeit eher als Integrationsblockierer wahrnehmen.

Neue politische Prioritäten konnten wir noch nicht in der nötigen Deutlichkeit vernehmen, auch nicht auf dem EU-Gipfel in Sibiu. Deshalb wird die neue EU-Kommission diese schnellstmöglich festlegen müssen.

Ich bin sicher, die Diskussion über Europa wird nach der Wahl noch einen Gang zulegen, bei den Älteren, aber insbesondere bei den Jungen. Das müssen wir fördern. Die Austauschprogramme Erasmus+ und ihre Vorläufer tragen dazu bei. Deshalb müssen wir diese ausbauen.

Bei der Beantragung von Fördergeldern müssen Anträge, Abrechnungen und Berichte vereinfacht werden. Teilweise ist das bei uns in Schleswig-Holstein ja bereits gelungen. Das hat zu einer Verdoppelung der Anzahl der Anträge für Schulpartnerschaften und Lehrerfortbildungen geführt. Denn Begegnungen sind die beste Werbung für Europa und für die europäische Idee von Frieden, Freiheit und Toleranz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Hier wird die Basis für das Europa von morgen gelegt. Davor steht jetzt die Europawahl. Das müssen wir besser überbringen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich erklären, was in der EU alles sicherlich nicht perfekt läuft. Aber es läuft vieles besser mit der EU als ohne sie. Wer allein in einem Beiboot sitzt, kann nur kentern. In stürmischer See braucht der Tanker eine starke europäische Mannschaft. Wir sollten den Populisten weder die Lufthoheit über die Stammtische

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

noch die Offensive im politischen Diskurs überlassen -

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

nicht hier im Landtag, nicht im Bundestag und auch nicht im Europäischen Parlament. Politik darf sich daher nicht allein mit Kommissionspapieren und Gipfelergebnissen begnügen. Die sind wichtig, aber sie beantworten nicht die Fragen, die sich viele stellen: Welches Europa brauchen wir? Welches Europa wollen wir? Und wie schaffen wir dieses Europa? Darüber sollten wir sprechen - auch nach der Wahl. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1434. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich frage einmal: an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Europaausschuss?

(Zuruf SSW: Ja!)

- Ich bitte also um Ihr Handzeichen, wenn Sie zustimmen wollen, dass der Antrag, Drucksache 19/1434, dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss überwiesen werden soll. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Alternativantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1488, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/1441, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1107

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/1398

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Wir wollen, dass Gemeinschaftsschulen wieder die Möglichkeit bekommen, Schüler ab der 8. Klasse entsprechend deren Leistungsvermögen in getrennten Kursen und Klassen zu unterrichten, und zwar je nachdem, ob diese den Hauptschulabschluss oder den Realschulabschluss anstreben. Es soll also wieder die Möglichkeit abschlussbezogener Klassen geben. Das ist nur logisch, denn wenn wir Haupt- und Realschulabschlüsse vergeben, sollte es auch die entsprechenden Klassen oder Kurse zumindest in den Hauptfächern geben.

Lange Zeit haben sich dafür auch die FDP und die CDU starkgemacht: Im Koalitionsvertrag heißt es dazu, dass den Gemeinschaftsschulen die Wahlmöglichkeit gegeben werden solle, „eigenständig über die Form der Differenzierung“ entscheiden zu dürfen. Umgesetzt wurde das bis jetzt aber nicht.

Das Verbot abschlussbezogener Klassen - von Rot-Grün 2012 extra ins Schulgesetz eingeführt - war ein Bestandteil ihrer Einheitsschulideologie.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Grund, an diesem Verbot festzuhalten. Nachdem CDU und

FDP bereits im Ausschuss gegen unser Vorhaben gestimmt haben, bin ich heute gespannt auf die Erklärung für diese 180-Grad-Wende.

Die Umsetzung unseres Antrags bedeutet keine neue Strukturdebatte, denn keine Schule wird gezwungen, irgendetwas zu machen, was vor Ort nicht ausdrücklich gewünscht wird. Schulen sollen vielmehr die Möglichkeit erhalten, abschlussbezogene Klassen oder Kurse einrichten zu können. Nochmals: Es geht uns lediglich um die Aufhebung eines Verbots, wodurch übrigens nicht einmal Kosten entstünden.

Selbst, wenn dies so wäre - es geht um grundsätzliche Fragen: Wie begegnen wir der Unterschiedlichkeit von Schülern? Wie sorgen wir dafür, dass jeder Einzelne ein Maximum aus sich herausholen kann? Wie erreichen wir, dass der Zusammenhang zwischen Bildungsverlauf und sozialer Herkunft aufgelöst wird? - In Schleswig-Holstein werden diese Fragen bis heute in der Tat widersprüchlich beantwortet.

An Gymnasien und Förderzentren wird in relativ leistungshomogenen Klassen unterrichtet - mit den entsprechenden Resultaten: Lerneffektivität und Bildungsgerechtigkeit sind hier entsprechend hoch.

An Gemeinschaftsschulen, die nach wie vor von den meisten Schülern besucht werden, hält man hingegen am längeren gemeinsamen Lernen fest - auch einem Überbleibsel aus der SPD-Zeit. Hier setzt man zumindest in der Theorie auf Binnendifferenzierung, also darauf, dass die Lehrkraft allen Schülern der Klasse gleichermaßen gerecht wird, vom Förderschüler über den Hauptschüler und den Realschüler bis hin zu dem Kind, das eine Gymnasialempfehlung hat. Können Sie sich so etwas vorstellen?

(Beate Raudies [SPD]: Ja! Sehr gut!)

Können Sie sich so etwas im Schwimmen vorstellen, vom Nichtschwimmer über den Schwimmer mit Seepferdchen bis zum Leistungsschwimmer? Oder in Mathematik? Natürlich können Sie sich das vorstellen, aber nur dann, wenn Sie die Folgen und Ergebnisse ausblenden.

Auf genau diese wurde in der schriftlichen Anhörung des Ausschusses von maßgeblichen Bildungswissenschaftlern hingewiesen: Eine - bezogen auf die kognitiven Fähigkeiten - eher homogene Organisation der Klassen führt zu insgesamt höheren Leistungen. Das ist empirisch belegt, übrigens auch von Professor Olaf Köller aus dem IPN in der

(Dr. Frank Brodehl)

Nachbarschaft, auf dessen Meinung Sie ja sonst zu Recht viel Wert legen.

Die Gegenthese, dass in leistungsgemischteren Klassen die Schwächeren von den Stärkeren profitierten, ohne dabei selbst in ihrem Lernfortschritt gehindert zu werden, ist übrigens empirisch nicht belegt. Das Gleiche gilt für die These, nach der längeres gemeinsames Lernen für das Sozialverhalten der Schüler besonders förderlich sein soll: Stärkere helfen den Schwächeren, man profitiert gegenseitig voneinander. Natürlich kann das so sein. Die Möglichkeit hierzu besteht ohne Zweifel, aber die Forschungsergebnisse hierzu sind desillusionierend und ernüchternd: Wird eine Lerngruppe zu heterogen, sinkt der Wert des sozialen Miteinanders sogar.

Antonius Hansel von der Universität Rostock fasst beide Aspekte wie folgt zusammen:

„Hinter der These vom Erfolg eines ... gemeinsamen Lernens verbergen sich Wunschenken und ... Absichtserklärungen ohne Reflexion der Folgen ...“

Alle Schüler, nicht nur Gymnasiasten oder Förder-schüler, haben einen Anspruch auf individualisierte Bildungsgänge. Das sollte endlich wieder für die Mehrheit aller Schüler - der Schüler, die die Gemeinschaftsschule besuchen - möglich sein. Lassen Sie uns die Gemeinschaftsschule dadurch stärken, dass wir wieder mehr Formen der Differenzierung ermöglichen.

Ich bitte Sie also, der Empfehlung des Ausschusses nicht zu folgen, und appelliere insbesondere an FDP und auch an CDU: Opfern Sie Ihre Überzeugungen nicht für den Jamaika-Ungeist! Helfen Sie lieber mit, das überkommene Gleichheitsbildungspolitikideal einer Schule für alle zu beenden - zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle des Bildungslandes Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags die Damen und Herren der SPD Bargtheide. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias Loose.

Tobias Loose [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis hier in diesem Haus, dass meine Fraktion große Sympathie dafür hat, an Schulen mehr Differenzierung zuzulassen. Das gilt auch für abschlussbezogene Klassen. Wie Sie aber auch alle wissen, haben wir im Bildungsausschuss im Rahmen dieses Gesetzentwurfs eine umfangreiche schriftliche Anhörung durchgeführt und sind als Koalition zu dem Schluss gekommen, aufgrund dieser Anhörungsergebnisse keine Änderungen am Schulgesetz vornehmen zu wollen.

Ich will kurz die Gelegenheit nutzen, drei Gedanken aus meiner fachlichen Sicht anzumerken und ein bisschen zu dem einen oder anderen, was Herr Brodehl ausgeführt hat, aufzuklären.

Erstens. Das Grundkonzept der Gemeinschaftsschule sieht ausdrücklich vor, dass in binnendifferenzierter Form unterrichtet werden soll. Das ist im Schulgesetz so festgehalten. Unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler - so heißt es dort - „wird durch Unterricht in binnendifferenzierter Form entsprochen“. So weit, so gut. Das ist auch das Konzept einer Gemeinschaftsschule. Wir finden aber auch ergänzende Regelungen - ich zitiere -:

„Abweichend hiervon können ab der Jahrgangsstufe sieben in einzelnen Fächern nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler differenzierte Lerngruppen gebildet werden.“

Ich halte es für wichtig, an dieser Stelle festzuhalten, das bereits heute Differenzierung - im Gegensatz zu den Ausführungen, die gerade gemacht worden sind - im Grundsatz möglich ist.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Zweitens führt Differenzierung nicht immer zu besseren Ergebnissen - im Gegensatz zu dem, was wir eben gehört haben. Sollte man Veränderungen an diesem Punkt anstreben, muss man sich genau überlegen, wie man diese umsetzt. Das gilt insbesondere für die weniger leistungsfähigen Lerngruppen. Wir haben an der Entwicklung der Hauptschule gerade in der Endzeit der Schulart beobachten müssen, dass sich trotz guter pädagogischer Arbeit an den Schulen Restschulen entwickelt haben. Das kann man so einfach konstatieren. Das hat Auswirkungen auf die Einstellung und die Motivation von Schülerinnen und Schülern und damit auch auf Lernerfolge. Das ist nicht unbedingt erfolgreicher. Wenn man

(Tobias Loose)

also auf starke Differenzierung setzen möchte, muss man sich auch kluge Konzepte dafür überlegen, um Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Da sage ich sehr deutlich: Es reicht nicht, einfach nur das Schulgesetz zu ändern. Das muss ein bisschen tiefer durchdacht sein. Das bringen die Vorschläge der AfD mit Sicherheit nicht mit.

Drittens. Ich mache seit fast 20 Jahren Bildungspolitik. Ich habe in der Schülervertretung angefangen. Ich erinnere mich noch sehr gut an Zeiten - ich vermute, Herr Habersaat auch -, in denen Bildungsdebatten in erster Linie ideologisch geführt wurden. Dann haben die einen für das dreigliedrige Schulsystem gekämpft und die anderen für die Schule für alle. Das muss man so festhalten. Das hat sich etwas beruhigt,

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Muss ja!)

weil wir mehr an Sachfragen orientiert sind. - Nein, das finde ich nicht. Wir haben mit unserem Schulsystem einen sehr guten Kompromiss aus einer Gemeinschaftsschule und Gymnasien gefunden. Wir sind hier und da dabei, das weiterzuentwickeln. Wir haben in diesem Land ein Schulsystem, das in diesem Haus, aber auch im Land insgesamt eine sehr große Akzeptanz hat.

Mittlerweile wissen wir auch - das ist entscheidend -, dass das Schulsystem gar nicht so entscheidend für den Lernerfolg von Schülern ist. Wichtiger sind die Ausstattung und die Ausbildung der Lehrkräfte im Klassenraum. Bildung findet im Wesentlichen im Klassenraum statt. Das sollte der Fokus sein.

Deshalb kümmert sich die Landesregierung mit allerhöchster Priorität sehr intensiv um das Thema Unterrichtsversorgung und um solche Programme - darüber haben wir heute ja auch schon sehr intensiv und gut diskutiert, wie ich finde - wie den Bildungsbonus. Das sind am Ende die Themen, die wir in den Fokus unserer bildungspolitischen Auseinandersetzung setzen wollen.

Das soll es von mir an dieser Stelle auch schon gewesen sein. Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit einer sehr deutlichen Ablehnungsempfehlung kommt dieser AfD-Antrag aus dem Bildungsausschuss zurück. Er hätte auch nicht mehr und nicht weniger zur Folge als das Ende der Gemeinschaftsschulen, wie wir sie kennen, und damit das Ende unseres gegenwärtigen Bildungssystems. Deswegen ist diese deutliche Ablehnung absolut zu Recht erfolgt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir haben heute Nachmittag schon darüber gesprochen, dass das Bildungsministerium Leistung, Chancengleichheit und Wohlbefinden als die Ziele, die nach unserem Schulgesetz zu verfolgen sind, in den Mittelpunkt stellt. Das ist absolut richtig, und das verträgt sich nicht mit Ihren Gedanken einer Sortierung von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Sorten Mensch. Aus Ihrer Sicht mag das sinnvoll sein. Ihre Taktik ist ja das Ziel, immer vergleichsweise moderat aufzutreten - eben beim Europa-Punkt schon nicht mehr so -, aber in der Substanz harte ideologische Politik aus anderen Ländern zu übernehmen.

Ihr Kollege aus Baden-Württemberg, ein Dr. Balzer, äußerte sich zum Thema AfD und Schulpolitik wie folgt: Deutsche Schulen stünden in einer sinnvollen Traditionslinie. Das Gymnasium sei aus der Tradition der akademischen Ausbildung, die Realschule aus der Tradition der Kaufleute und Handeltreibenden und die Hauptschule aus der Tradition der Handwerker entstanden. Wenn wir diese Traditionen ernst nähmen und behutsam weiterentwickelten, um die uns alle Welt beneideten -, würden wir Erfolg haben. - Genau so ist es eben nicht, meine Damen und Herren. Das Ständewesen ist abgeschafft.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war genau das, was PISA am deutschen Bildungssystem am Schärfsten kritisiert hat, nämlich die Abhängigkeit der Bildungs- und Lebenschancen von der sozialen Herkunft. Und das scheint das zu sein, was Ihre Partei wiederherstellen will.

Ich will nicht in Abrede stellen, dass es Ihnen gelungen ist, mit diesen „Vorwärts in die 60er-Jahre!“-Parolen die üblichen Verdächtigen in der Anhörung zu mobilisieren und auch Zustimmung zu erhalten.

(Martin Habersaat)

Es gibt ja ein paar Leute, denen die Bildungsgesetzreformen der vergangenen zehn Jahre ein Dorn im Auge sind. Zum Beispiel vergeben wir in Schleswig-Holstein schon längst keine Haupt- und Realschulabschlüsse mehr. Wer einmal in seinem Leben eine Gymnasialklasse einen Tag lang in den unterschiedlichen Fächern begleitet, der verliert sofort den Glauben an die homogene Lerngruppe. Gucken Sie sich einmal die gleiche Klasse im Sportunterricht, im Mathematikunterricht und im Deutschunterricht an; das sind völlig unterschiedliche Welten, die Sie da erleben. Das hat mit homogener Lerngruppe überhaupt nichts zu tun.

Ihr bildungswissenschaftlicher Kronzeuge ist Ihnen unterwegs abhandengekommen. In der Antragsbegründung zitieren Sie Herrn Professor Esser. Der hat deutlich gemacht, dass sich sein Untersuchungszeitraum auf die 17. Legislaturperiode bezogen hat, also die letzten Schulgesetznovellen überhaupt nicht einbezogen hat. Die von Ihnen erwartete Herzlichkeit Ihrem Antrag gegenüber ließ er jedenfalls deutlich vermissen. Und das war auch gut so.

§ 43 des Schulgesetzes hat Kollege Loose schon referiert. - Endlich gehen wir hier mal Seit' an Seit' bei einem Thema. Es gibt also bereits heute schon Möglichkeiten, zu differenzieren, aber im Rahmen der Gemeinschaftsschulidee, wie wir sie heute haben.

(Tobias Loose [CDU]: Jetzt wird es unheimlich!)

- Ja. Zum Glück ist es aber auch gleich schon wieder vorbei.

(Heiterkeit SPD)

Mit dieser Bestimmung ist ein ausreichendes Maß an pädagogischer Flexibilität geschaffen worden. Das gibt den Gemeinschaftsschulen die Möglichkeit, so zu arbeiten, wie sie das für richtig halten.

Die Gemeinschaftsschulen sind Schulen des gemeinsamen Lernens. Sie sind und bleiben für die Eltern hoch attraktiv. Wenn sie vor der schwierigen Entscheidung stehen, welche weiterführende Schule es denn für ihr Kind nach der Grundschule sein soll, dann ist es eben häufig die Gemeinschaftsschule, für die sie sich entscheiden.

Das Modell, das Sie sich wünschen, wäre ein Schritt zurück in die Vergangenheit. Das würde die Gemeinschaftsschulen nicht nur schwächen, sondern es würde sie ihres Wesenskerns berauben.

Es wird deshalb niemanden wundern, dass auch wir der Empfehlung des Bildungsausschusses heute zustimmen werden.

Und, Herr Kollege Loose, damit das mit der Gemeinsamkeit nicht zu weit geht und zu lange dauert, beende ich meine Rede eine Minute vor Schluss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor meinem Mandat hier im Landtag war ich Lehrerin an einer früher sogenannten Kooperativen Gesamtschule. Es gab Haupt-, Realschul- und Gymnasialklassen. Diese Schule wurde dann zu einer Gemeinschaftsschule.

Eine Situation, die mich geprägt hat, war eine Vertretungsstunde im Englisch-Unterricht einer etwa achten Hauptschulklasse. Ich begann, mit den Schülerinnen und Schülern auf Englisch zu sprechen. Da sagte ein Schüler sinngemäß: „Mit uns können Sie nicht Englisch sprechen. Wir verstehen Sie nicht. Wir sind Hauptschüler.“ Was für ein Selbstbild haben diese Schülerinnen und Schüler mit sich herumgetragen. Wie viele Misserfolgserlebnisse müssen sie gehabt haben, um so eine Selbsteinschätzung zu bekommen? Und wie schwer ist es, dieses Negativbild positiv zu wenden?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wer den Stempel „Hauptschule“ zu tragen hatte, wird auch im Berufsleben nur schwerlich Freude an Fortbildungen und lebenslangem Lernen haben. Das ist eine Bürde für die einzelnen Schülerinnen und Schüler und inakzeptabel für eine moderne Gesellschaft.

Durch das Packen in Schubladen waren die Schülerinnen und Schüler in diesen gefangen. Den Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler wurde mit den Hauptschulklassen nicht entsprochen. Wir Grüne wollen die Hauptschule und das dreigliedrige Schulsystem nicht durch die Hintertür wieder einführen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ines Strehlau)

Das zweigliedrige Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen, Gymnasien im allgemeinbildenden Bereich sowie den beruflichen Schulen als dritter Säule hat sich bewährt.

An den Gemeinschaftsschulen sind die Schülerinnen und Schüler nicht von Anfang an auf einen bestimmten Schulabschluss festgelegt. Den Schülerinnen und Schülern wird Zeit gegeben, sich zu entwickeln, Lernfortschritte zu machen und ihre Potenziale auszuschöpfen. Erst im Verlauf der Schulzeit ergibt sich die Entscheidung für den passenden Schulabschluss.

Einen ausgezeichneten Beleg für das bessere Gelingen von Schule ohne abschlussbezogene Klassen haben wir mit der Anne-Frank-Schule in Bargteheide. Diese war 2013 Hauptpreisträgerin des Deutschen Schulpreises. „Niemanden zurücklassen und niemanden aufhalten“ - nach diesem Motto wird an dieser Gemeinschaftsschule mit Oberstufe erfolgreich gearbeitet.

Der Erfolg zeigt sich in den Abschlüssen. Die Abschlüsse der Anne-Frank-Schule können sich sehen lassen: In den letzten 15 Jahren waren Abgängerinnen und Abgänger ohne Schulabschluss die große Ausnahme. Alle Schülerinnen und Schüler werden immer darin unterstützt, ein bisschen mehr zu versuchen, als sie sich selbst zugetraut hätten. Egal, ob Förderbedarf oder Überfliegerinnen und Überflieger: Alle lernen sich gegenseitig zu unterstützen.

Und die Offenheit für die Entwicklung der Kinder zahlt sich aus. Die Statistiken zeigen das deutlich. Ein Großteil der Schülerinnen und Schüler erreicht hier einen besseren Abschluss als in der Grundschulempfehlung prognostiziert. Der Anteil an höheren Schulabschlüssen wächst kontinuierlich seit dem Bestehen der Schule: Im Jahr 2017 schlossen über 60 % der Schülerinnen und Schüler mit dem Abitur die Schule ab, und deutlich mehr als 10 % konnten die Fachhochschulreife erreichen.

Diese Schule ist nicht nur gut für alle Kinder, sie leistet auch einen herausragenden sozialpolitischen Beitrag für unsere Gesellschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Martin Habersaat [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

In der Anhörung gab es überwiegend Ablehnung für den Gesetzentwurf der AfD. In der Stellungnahme von der „Aktion Humane Schule“ wird es besonders deutlich formuliert:

„Da sich die Bundesrepublik entschlossen hat, die Behindertenrechtskonvention zu un-

terzeichnen, sollte sich auch das Parlament in SH darum bemühen, ein inklusives Schulsystem aufzubauen und personell wie sächlich so auszustatten, dass Kinder aller Leistungsstärken ihre Fähigkeiten optimal entwickeln können. Diesem Ziel widerspräche eine Zustimmung zu der beantragten Änderung des Schulgesetzes in krasser Weise.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Wortmeldung Dr. Frank Brodehl [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie - -

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein! - Uns ist auch klar, dass die Arbeit in heterogenen Lerngruppen eine gute Personalausstattung, auch mit Schulsozialarbeit und anderen Professionen, braucht und die Lehrkräfte weiter in binnendifferenziertem Unterricht geschult werden müssen. Dies ist wichtig, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

Wir müssen unsere Schulen also weiterhin mit mehr Lehrkräften ausstatten, Lehrkräfte fortbilden und für Arbeitsentlastung sorgen. Das machen wir in Jamaika, und wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Packen in Schubladen ist von gestern. Mit abschlussbezogenen Klassen hindern wir die Schülerinnen und Schüler an ihrer Entfaltung. Grüne Bildungspolitik will aber Leistungsmöglichkeiten nicht begrenzen, sondern unterstützen.

Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Deutung der Absichten des vorliegenden Antrags fiel mir ehrlicherweise nicht besonders schwer; denn die AfD hat versucht, einen kleinen Spaltpilz hereinzutragen, weil die Koalitionäre bei diesem Thema nicht unbedingt einer Meinung

(Anita Klahn)

sind. Ich bin Ihnen insofern dankbar, weil sie damit genau das Gegenteil erreicht haben.

Meine Damen und Herren, es ist kein großes Geheimnis, dass die Freien Demokraten und auch die CDU nicht am Bedarf von abschlussbezogenen Klassen zweifeln, und dass wir uns im Wahlkampf durchaus für eine entsprechende Öffnung im Schulgesetz ausgesprochen haben.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Aber wir haben in den Koalitionsverhandlungen für diese Meinung eben keine Mehrheit gefunden, und wer Koalitionsverträge abschließt, der hält sich auch daran. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, dass gerade der Interessenverband der Lehrkräfte darüber enttäuscht war und sich bei uns in nicht gerade freundlicher Art und Weise darüber beschwert hat.

(Martin Habersaat [SPD]: So kennen wir die gar nicht!)

Ich muss sagen, dazu stehe ich, und das Rückgrat habe ich auch. Denn letztendlich bleibt festzustellen - das wurde heute hier gesagt, und das war auch die Argumentation für mich, während der Koalitionsverhandlungen zuzustimmen -, dass wir das Schulgesetz an dieser Stelle nicht ändern: Die Gemeinschaftsschulen können nach den Vorgaben der KMK fächerbezogene differenzierte Lerngruppen einrichten.

Wir haben während der Koalitionsverhandlungen verabredet, dass das Ministerium die Schulleitungen darüber noch einmal informiert und sie darauf hinweist, wenn sie es in ihrem Ermessen für wichtig erachten, es auch zu nutzen. Es gibt ebenfalls die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler, die zum Erreichen des für die Prüfung zum ersten allgemeinbildenden Schulabschluss erforderlichen Leistungsstandes mehr Zeit und einen engeren Praxisbezug benötigen, die Jahrgangsstufen 8 und 9 in einer sich über drei Schuljahre erstreckenden flexiblen Übergangsphase durchlaufen können, und über die Einrichtung einer solchen flexiblen Übergangsphase entscheidet die Untere Schulaufsichtsbehörde auf Antrag der Schule, die für die organisatorische, inhaltliche Ausgestaltung verantwortlich ist. Die Entscheidung über die Aufnahme in die flexible Übergangsphase trifft die Schulleiterin oder der Schulleiter auf Antrag der Eltern.

Es geht doch darum, dass wir Jugendlichen zu einem guten Schulabschluss verhelfen wollen, damit sie eine Perspektive für ihr weiteres Leben in Eigenständigkeit haben.

Meine Damen und Herren, wir stärken des Weiteren Schulen mit zusätzlichen Planstellen. Ich hoffe, dass damit eine Entlastung für den schulgesetzlich verankerten binnendifferenzierten Unterricht entsteht. Die zusätzlichen Finanzmittel für die Perspektivschulen werden Wirkung entfalten. Zusätzliche Leitungsstunden, Gesundheitsstudien, die Umwandlung von G 8 zu G 9, zusätzliche Unterrichtsstunden in der Grundschule - das alles sind Maßnahmenbündel, die unsere Schulen stärken. Das ist meiner Meinung nach im Ergebnis wesentlich besser, wesentlich entlastender für alle Beteiligten, als allein abschlussbezogene Klassen einzurichten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für den SSW steht fest, dass das längere gemeinsame Lernen, wie wir es aus den skandinavischen Ländern kennen, das zielführende Modell ist, wenn man den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln möchte. Deshalb stehen wir so stark hinter unseren Gemeinschaftsschulen. Das gemeinsame Lernen wird dort so umgesetzt, dass jede Schülerin und jeder Schüler beim Erreichen des Schulabschlusses begleitet wird, der für ihn oder sie passend ist. Schülerinnen und Schüler werden dort individuell gefördert. Die Differenzierung in der individuellen Förderung soll aber nicht mit Blick auf den Schulabschluss stattfinden, sondern die individuellen Voraussetzungen vor Augen haben. Abschlussbezogene Klassen stellen daher gerade keine Möglichkeit dar, auf die unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Sie manifestieren lediglich Unterschiede und verhindern Bildungsgechtigkeit.

Wenn die AfD von Gemeinschaftsschulen spricht, schwingt immer irgendwie mit, dass der Verschiedenheit der Schülerinnen und Schüler dort nicht Rechnung getragen werde. Dem soll dann durch Segregation der Schülerschaft entgegengewirkt werden. Dabei wissen wir, dass abschlussbezogene Klassen gar nicht die Auswirkungen haben, die sich ihre Befürworter versprechen. Auf die Lerneffekte scheinen sie bis auf minimale Vorteile bei ohnehin Leistungsstarken keinen großen Einfluss zu haben.

(Jette Waldinger-Thiering)

Leistungsschwächere hingegen haben Nachteile durch die Trennschärfe in der Schule, weil sie in ihrem Bildungsangebot begrenzt werden. Daher ist - so hat es auch die GEW beschrieben - davon auszugehen, dass abschlussbezogene Klassen gerade nicht dazu führen, dass auf die unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler eingegangen wird. Stattdessen werden verschiedene Leistungsniveaus festgeschrieben und Bildungszugänge verbaut.

Der Gemeinschaftsschulverband lehnt die vorgeschlagenen Änderungen der AfD daher ab - und das klipp und klar: Erstens stehe der Antrag der AfD - wir haben es bereits von anderen gehört - zur Idee der Gemeinschaftsschulen im Widerspruch, zweitens weil sich die angeführte wissenschaftliche Untersuchung von Professor Esser nicht hinreichend auf die Absichten des Antrags beziehe und drittens, weil der Antrag in sich widersprüchlich sei.

Bemerkenswert an den Stellungnahmen war für mich außerdem die Einordnung der Studie, die die AfD in ihrem Antrag als Begründung angeführt hat. Denn so, wie es die AfD möchte, lassen sich die Thesen des angeführten empirischen Beitrags auch aus Sicht anderer Stellungnehmender nicht anwenden.

Der AStA der Europa-Universität hat sich ja geradezu erstaunt gezeigt, da bereits im Abstract der Studie zu lesen sei, dass sich die Studie auf die Verbindlichkeit einer Empfehlung beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe beziehe und sich mit der im Gesetzesentwurf angeführten Studie keine validen Vorhersagen für die Abschlussklassen an Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein treffen ließen.

Das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität hat es ebenfalls deutlich formuliert:

„Aus wissenschaftlicher Perspektive ist ... die von der AfD-Fraktion vorgebrachte Begründung für eine Änderung des Schulgesetzes nicht nachvollziehbar, da die Heterogenität von Lerngruppen sich nur geringfügig auf die Leistungsentwicklung des Individuums auswirkt.“

Erneut stellt sich heraus, dass wir besonders aufmerksam sein müssen, wenn die AfD ihre ideologischen Anliegen wissenschaftlich belegen möchte. Da bin ich dann doch immer wieder überrascht und frage mich, worin dieses Fehlverständnis begründet ist. Ist es der Unwillen, zu recherchieren? Sind es schlicht unbeabsichtigte Missverständnisse, oder ist es der bewusste Versuch der Manipulation?

Unsere Schulen haben jetzt schon in angemessener Weise die Möglichkeit, dem individuellen Leistungsvermögen unserer Schülerinnen und Schüler entgegenzukommen. Dafür brauchen sie keine abschlussbezogenen Klassenverbände. Abschlussbezogene Klassen und stärkere Binnendifferenzierung widersprechen der Gemeinschaftsschule in ihrer Gesamtstruktur, und Lernerfolge bekommen wir dann, wenn Ruhe ins System einkehrt. Für mich steht abschließend eines fest: Wir brauchen auf absehbare Zeit keine Strukturdebatten mehr! Deshalb lehnen wir natürlich den AfD-Gesetzesentwurf ab.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Landesvorstand der Jungen Liberalen aus Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzesentwurf möchte die Differenzierungsmöglichkeiten an Gemeinschaftsschulen erweitern und begründet diesen Antrag damit, dass sich die Erwartungen, die mit der Abschaffung der abschlussbezogenen Klassen verbunden waren, nicht erfüllt hätten. Eine steile These, möchte man sagen. Grundlage Ihrer Einschätzung ist allerdings weder die schleswig-holsteinische Schulpraxis noch bildungswissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit den Verhältnissen in Schleswig-Holstein beschäftigen haben.

Vielmehr berufen Sie sich auf eine theoretische Modellierung des Mannheimer Soziologen Hartmut Esser, der sich gar nicht mit dem jetzigen Schulsystem beschäftigt hat und der die These vertritt, dass über die kognitive Harmonisierung der Schülerinnen und Schüler die Effizienz des Kompetenzerwerbs steige. Der Ansatz von Esser bezog sich - wie wir gehört haben - auf das Schulsystem im Schleswig-Holstein der 17. Legislatur. Er ist übrigens nicht unumstritten. Es gibt auch viele andere

(Ministerin Karin Prien)

Modelle und Studien, die zu ganz anderen wissenschaftlichen Bewertungen kommen.

Herr Dr. Brodehl, ganz entscheidend ist, dass Esser auf ein Schulsystem abstellt, in dem es kein Elternwahlrecht mehr gäbe. Das muss man immer dazu sagen. Wer das fordert, was Sie hier gefordert haben, der will die Axt an das Elternwahlrecht anlegen. Meine Damen und Herren, ich glaube, sonst will das hier keiner im Haus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Aber ungeachtet dessen denke ich, dass Sie auch die Leistungsfähigkeit unseres schleswig-holsteinischen Schulsystems verkennen. Die Zuweisung zu einer abschlussbezogenen Klasse, die auf den ESA hinführt - das hatten wir schon besprochen, den Hauptschulabschluss, gibt es nicht mehr in Schleswig-Holstein -, könnte von den Schülerinnen und Schülern wie auch von ihren Eltern nicht nur als positive Fördermaßnahme wahrgenommen, sondern möglicherweise auch als negative Auslese empfunden werden.

Ein Zurück zum guten alten dreigliedrigen Schulsystem, das am Ende eben leider nicht mehr gut war, wird es so nicht geben. Unsere Schulen brauchen jetzt vor allem Ruhe, und sie brauchen Zeit, um an ihrer Qualitätsentwicklung zu arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Was Sie darüber hinaus aus meiner Sicht verkennen, ist, dass es in Wahrheit heute ja gar keine homogenen Lerngruppen mehr gibt. Es ist bereits beschrieben worden: Es gibt heute keine - und in Wahrheit gab es nie - Schülerinnen und Schüler, die in allen Fächern und in allen Kompetenzbereichen identische Stärken und Schwächen haben oder hatten. Die große Kunst besteht ja gerade darin, die Stärken und Schwächen eines Schülers und einer Schülerin zu identifizieren und dann besondere Begabungen zu stärken - aber das ist nicht abhängig von der Schulstruktur. Ich würde immer sagen: So viel Differenzierung wie nötig, so viel gemeinsames Lernen wie möglich.

Lassen Sie uns noch einmal einen Blick auf die Hauptschule werfen. Auch das ist ja schon in Andeutungen passiert. Eine der großen Herausforderungen, vor denen die Hauptschulen trotz sehr guter pädagogischer Arbeit standen, war doch ihr Ruf. Die Zusammensetzung von Lerngruppen nach Leistungsstärken, ob nun nach Schularten getrennt oder in abschlussbezogenen Klassenverbänden, hat auch

in Schleswig-Holstein an Hauptschulen oder in reinen Hauptschulklassen zum Beispiel an Kooperativen Gesamtschulen - Frau Strehlau hat es erwähnt - den Effekt gehabt, dass Schüler sich häufig als Restschüler empfunden haben und sich selber nichts zugetraut haben. Trotz sehr guter pädagogischer Arbeit war das Selbstbild so stark von diesem Empfinden geprägt, dass Lernmotivation und positive Selbstwirksamkeitserwartung vielfach nicht vorhanden waren. All das muss man bedenken, wenn man über solche Strukturreformen, wie Sie sie ins Spiel bringen, nachdenkt.

Die Jamaika-Koalition hat ein klares Bekenntnis zum gut etablierten Schulsystem im weiterführenden Bereich mit starken Gemeinschaftsschulen, starken Gymnasien und - das will ich betonen - der dritten Säule, den beruflichen Schulen, an denen inzwischen nicht nur das Abitur, sondern auch alle anderen Bildungsabschlüsse auch im Zusammenhang mit der dualen Ausbildung erworben werden können, abgegeben.

Wir sollten diese Schulen stärken, wo es notwendig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Peter Lehnert [CDU])

Wir haben schon gehört, wie wir das tun. Wir tun das über das PerspektivSchul-Programm, darüber haben wir heute schon gesprochen. Auch über Flex-Klassen ist gesprochen worden und über die zusätzliche Förderung zum Erreichen des ESA und des MSA, die an vielen Schulen auch im Wahlpflichtbereich betrieben wird. Gemeinsames Lernen in heterogenen Gruppen und binnendifferenzierter Unterricht sind - man muss sagen: inzwischen - eine Stärke der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein. Das hat verdammt viel Arbeit und verdammt viel Fortbildung gekostet und erforderlich gemacht, und das ist an vielen Stellen immer noch eine Herausforderung. Das will ich nicht leugnen.

Es ist bereits erwähnt worden, dass es viele Möglichkeiten für einen äußerlich differenzierten Unterricht gibt. Natürlich können in einzelnen Fächern verschiedene Lerngruppen gebildet werden, davon machen unsere Schulen in erheblichem Umfang Gebrauch. Dazu kann ich sie auch nur ausdrücklich ermutigen. Da, wo es zum pädagogischen Konzept passt, kann und soll dies stattfinden, dagegen hat auch niemand etwas. Aber ich sage ausdrücklich: Abschlussbezogene Klassen sind für diese Landesregierung kein Lösungsansatz.

Wir setzen auf die Förderung von mehr Bildungsgerechtigkeit, auf mehr basale Grundschulbildung,

(Ministerin Karin Prien)

wir setzen auf die Steigerung der Schulqualität durch bessere Fortbildung und durch mehr Schulentwicklung, Durchlässigkeit, aber auch die Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern und zwar an allen Schularten, das sind die zentralen Themen unserer Bildungspolitik. Dafür machen wir gemeinsam Politik in Jamaika. Unnötige Strukturdebatten helfen nicht weiter, und diese Landesregierung wird sie auch nicht führen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1107 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Übergangsregelung für Online-Casinospiele

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1343

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/1425

Ich erteile das Wort der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal beschäftigen wir uns heute hier im Hohen Haus mit dem Thema Glücksspiel. Ich möchte zunächst einmal an dieser Stelle ganz besonders dem Innenministerium, aber noch viel mehr dem Chef der Staatskanzlei sehr herzlich danken,

(Beifall Lars Harms [SSW])

weil das ein schwieriger Weg ist. Alle wissen das, auch die Vertreter der SPD. So etwas kann man, wenn man dann zu einem Einvernehmen kommt, nur miteinander mit den anderen Ländern diskutieren. Es ist uns jetzt gelungen, einen Weg mit den anderen Ländern gemeinsam zu finden. Wir sind nicht mehr allein. Herr Dr. Stegner, wir sind nicht mehr der Geisterfahrer auf der Autobahn, sondern wir haben andere bei uns versammelt, die unseren Weg jetzt unterstützen.

Ich will aber auch sagen: Es hat viele Diskussionen gegeben, nicht nur über den Entwurf, den wir heute in zweiter Lesung zu verabschieden haben, sondern auch darüber, wie der Weg weitergeht. Es ist nicht nur die Koalition, die hier an sehr vielen Abenden und in sehr vielen Sitzungen sehr intensiv daran mitgearbeitet hat. Ich will an dieser Stelle, denn das ist keine Selbstverständlichkeit, den SSW hervorheben, der gesagt hat: Wir arbeiten mit, und wir lösen, das Problem. Dafür, Probleme pragmatisch und nicht ideologisch zu lösen, ist er meistens - nicht immer - bekannt. Dies ist ein pragmatischer Weg, den wir gegangen sind, und kein ideologischer. Deswegen sind wir auch zum Erfolg gekommen. - Herzlichen Dank an alle Beteiligten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr allein. Wir sind jetzt den Weg mit anderen Bundesländern gegangen. Herr Dr. Stegner, auch die Vertreter Ihrer Partei, die Ministerpräsidenten, die Chefs der Staatskanzleien, haben uns diesen Weg geebnet und uns diese Möglichkeit gegeben. Das sollten Sie einfach einmal anerkennen und zugestehen. Nun dürfen Sie nicht alle, die von Ihnen dabei waren, so sehr kritisieren, denn wir gehen den Weg ja gemeinsam weiter.

Aber, und das ist für viele von uns, insbesondere für unsere Sozialpolitiker, nicht unerheblich: Wir haben die Suchtverbände an unserer Seite, die unseren Weg mitgehen und sagen: Ja, das ist der richtige Weg. Herr Dr. Stegner, dabei vergessen sie nicht,

(Hans-Jörn Arp)

dass es gerade die SPD-Regierung unter Herrn Albig war, die ihnen die Mittel gekürzt hat. Gerade den Suchtverbänden in der letzten Legislaturperiode die Mittel zu kürzen, war etwas unglücklich, wenn man sich wie Sie hier hinstellt und sagt: Gerade für die mache man das wegen der Suchtgefahr. Darüber werden wir sicherlich in nächster Zeit noch einmal reden.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kollegin Dr. Bohn, das können Sie nicht wissen. Das war nicht Ihre Entscheidung. Das wurde nicht parlamentarisch entschieden, sondern anders. Aber das werden wir gemeinsam noch einmal klären. Die Kritik richtet sich auch nicht gegen die Grünen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Auf welcher Ebene ist das denn entschieden worden?)

- Das ist eine Entscheidung, die wir von den Suchtverbänden erfahren haben. Die haben gesagt: In der Zeit hat man unsere Mittel um 50.000 € gekürzt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Dr. Dolgner, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen möchten, dann gehen Sie bitte ans Saalmikrofon. - Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Raudies?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja, gern, selbstverständlich.

Beate Raudies [SPD]: Herr Kollege Arp, Sie haben die Frage zwar andeutungsweise schon beantwortet, aber ich wollte gern wissen, woher diese Aussage stammt, wir hätten den Suchtverbänden in der letzten Legislaturperiode die Mittel gekürzt. Worauf bezieht sie sich? Können Sie bitte konkretisieren, in welchem Jahr das war und wer da was gekürzt hat?

- Das kann ich gern. Ich weiß nicht mehr, welches Jahr das war. Die Aussage haben wir von den Vertretern der Suchtverbände. Kollegen von mir waren dabei. Sie haben gesagt, es wurde gesagt: Ihr bekommt ja jetzt zusätzliche Einnahmen aus den Casino-Abgaben der Casinospieler - der Anteil wurde auf 50.000 € oder wie auch immer geschätzt -, und um diesen Anteil kürzen wir die Landesmittel. Das haben wir jetzt erfahren. In der Opposition haben wir das auch nicht erfahren. Das spricht eigentlich für die Verbände, dass sie sehr ruhig waren, aber jetzt haben sie sich in dem Zusammenhang gemel-

det und gesagt: Es ist ja schön, dass ihr uns wieder ernst nehmt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ja, liebe Frau Kollegin, ich kann ja nur das widergeben, was ich erfahren habe. Das gebe ich hier von mir.

Ich habe keinen beschuldigt. Das Plenum ist dafür da, solche Dinge anzusprechen, und meine Aufgabe ist zu sagen: Seht ihr, die haben wir an unserer Seite, weil die wissen, dass wir uns weiter um sie bemühen. Wir können das gemeinsam machen, wir können das Gespräch gemeinsam führen. Dies ist keine ideologische Veranstaltung, sondern eine pragmatische, und wir finden gemeinsam eine pragmatische Lösung. Können wir uns darauf verständigen?

(Beifall CDU und FDP)

Auch die Verbraucherverbände unterstützen unseren Weg. Wenn man die Suchtverbände und die Verbraucherverbände an seiner Seite hat, ist das eine vernünftige Sozialpolitik, lieber Kollege Kalinka.

Wir wissen, dass dies eine Übergangsregelung ist, die nur bis zum Juni 2021 gilt. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie es weitergeht. Das werden wir rechtzeitig machen.

Wir alle müssen uns die Frage stellen: Wem nützt es, wem schadet es, wem hilft es, wer hat Vorteile? Die Vorteile liegen auf der Hand. Sie liegen eindeutig bei der Frage des Marketings, insbesondere für Holstein Kiel, der Spielgemeinschaft Flensburg-Handewitt und den THW Kiel. Diese drei Proficlubs sind auf die zusätzlichen Einnahmen angewiesen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir haben noch ein paar mehr davon!)

- Es gibt mehrere, die davon profitieren, aber die sind besonders abhängig von hohen Marketingmitteln, und die werden sie bekommen.

Wer profitiert noch davon? - Der Spieler in Schleswig-Holstein bekommt mehr Sicherheit, er bekommt Spielerschutz, den er nicht hat, wenn er illegal spielt. Wir gehen gegen die Suchtgefahr vor, weil wir kontrollieren können, wer spielt. Und vor allem hat der Jugendschutz einen Vorteil, denn über unseren Safe-Server können wir genau sehen, wer spielt, wie lange er spielt, welches Geld er einsetzt. Wenn er jugendlicher ist, kommt er gar nicht erst ins System rein.

(Hans-Jörn Arp)

Das ist der erste Schritt auf einem längeren Weg. Wir müssen endlich dazu kommen, dass wir diesen Weg über Landesgrenzen hinweg gehen. Das war immer die Mahnung der Grünen, die uns zu Recht daran erinnern haben: Wir wollen nicht alleine einen Weg gehen, sondern einen gemeinsamen Weg. Dies ist der erste Schritt mit der Zustimmung der anderen Ministerpräsidenten. Wir sind im Gespräch mit anderen Ländern, unter anderem mit Hessen und anderen bedeutenden Ländern, in denen die Grünen an der Regierung beteiligt sind oder auch nicht. Wir werden im Sommer einen Weg vorschlagen, der zeigt, dass wir breit aufgestellt sind und für unseren Weg die Unterstützung vieler Länder haben.

Wir sind einen langen Weg gegangen, aber es war ein sehr fruchtbarer Weg, im Interesse der Spieler, vor allem des Spielerschutzes, der Vereine und einer Regulierung des Marktes, der riesengroß geworden ist. Man schätzt diesen Markt heute auf 84 Milliarden €, daraus darf sich der Staat nicht zurückziehen, im Gegenteil, er muss aufpassen, was in dem Bereich geschieht. Wir sind da auf dem Weg.

Herr Dr. Stegner, Sie sind herzlich eingeladen, die Scheuklappen abzulegen, sich zu beteiligen. Bei mir im Büro finden häufig GAK-Sitzungen statt. Die können wir fraktionsübergreifend machen. Wenn Sie Lust haben, kommen Sie, oder schicken Sie eine kompetente Kollegin oder einen Kollegen. Sie sind jederzeit herzlich eingeladen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So unterschiedlich können Wahrnehmungen sein. Die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände schreibt Ihnen ins Stammbuch: Die angesprochenen Mindeststandards werden aus unserer Sicht den erforderlichen präventiven Maßnahmen nicht gerecht. Zum Abschluss warnen die Wohlfahrtsverbände davor, den schleswig-holsteinischen Weg fortzusetzen.

Die für Schleswig-Holstein erteilten Genehmigungen für Online-Casinospiele sind ausgelaufen. Kein Anbieter besitzt zurzeit eine rechtsgültige Genehmigung. Nun könnte man von seriösen Anbietern erwarten, dass diese daraufhin ihr Internetangebot

sofort mit Ablauf der Lizenz einstellen würden. Schließlich ist Ihr Hauptargument und inzwischen auch das des SSW, dass man bei einem Geschäft, das man nicht verhindern könnte, durch Legalisierung dafür sorgt, dass nur seriöse Anbieter am Markt sind, die zum Beispiel die angesprochene Suchtprävention ernst nehmen.

Die Realität ist aber eine andere. Ja, einige Anbieter haben ihr Angebot rechtzeitig abgeschaltet - Chapeau! -, andere haben das aber nicht getan, wie wir spätestens seit dem Bericht des NDR vom 4. Februar 2019 wissen. Da ist zum Beispiel die Firma OnlineCasino. Die Lizenz ist am 18. Dezember 2018 ausgelaufen. Unter „legal, sicher, fair!“ täuscht der Anbieter bis heute die Spielerinnen und Spieler darüber, dass er keine gültige Lizenz mehr besitzt - Ihr Gesetz ist ja noch nicht beschlossen - und sein Angebot gemäß des schleswig-holsteinischen Glücksspielrechts nicht legal ist. Auch wenn man die Lizenznummer - ich kriege sehr wohl mit, wer was macht - am 22. März 2019 entfernt hat, steht da trotzdem, dass es für schleswig-holsteinische Spieler momentan legal wäre. Das ist nicht so. Das hat mir auch die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage bestätigt.

Im Moment wird vom Innenministerium auf entsprechende aufsichtsrechtliche Maßnahmen verzichtet. Eine Kleine Anfrage von mir hatte das Ergebnis, dass das Innenministerium sehr wohl Erkenntnisse über diese Täuschung hat, und das Innenministerium hat den speziellen Anbieter aufgefordert, den Spielbetrieb einzustellen. Das hat der Anbieter aber mitnichten getan.

Herr Innenminister, offenbar schert sich der Anbieter überhaupt nicht um Ihre Aufforderung und macht fröhlich weiter. Anstatt glücksspielrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, verwiesen Sie auf das anstehende und heute zum Abschluss kommende Gesetzgebungsverfahren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Legal, illegal ...!)

- Herr Kollege Fraktionsvorsitzender, man kann zum Thema Glücksspiel und Liberalisierung unterschiedlicher Auffassung sein. Ich habe das in meinen Redebeiträgen immer konstatiert. Aber was ist das für ein Signal an diejenigen, die, wenn sie keine Lizenz mehr haben, ihren Betrieb sofort einstellen? Können die auch auf nachträgliche gesetzliche Heilung ihres in dem Moment illegalen Tuns hoffen? Ist das die Rechtsstaatlichkeit der Rechtsstaatspartei? Das wage ich infrage zu stellen.

(Beifall SPD)

(Dr. Kai Dolgner)

Anstatt in Ihrem Übergangsgesetz eine Neuerteilung der Genehmigungen vorzusehen und Anbietern wie OnlineCasino aufgrund der Täuschung auf der Homepage eine neue Lizenz zu verweigern, verlängern Sie mit Ihrem Gesetz die alten Lizenzen einfach. Eine neue Zuverlässigkeitsprüfung findet nicht statt.

(Lars Harms [SSW]: Das heißt, dass sie zuverlässig sind!)

- Sie haben in diesem Lande viereinhalb Monate zuverlässig ein illegales Glückspielangebot gemacht!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Das sind die Anbieter, denen ich glauben soll, dass sie für Suchtprävention einstehen? Ich weiß nicht, welche Kriterien Sie an Zuverlässigkeit anlegen. Es gab Anbieter, die abgeschaltet haben. Ich hätte kein Problem damit, wenn das Glücksspiel liberalisiert wird und Sie sagen, dass die eine neue Lizenz erhalten. Durch Ihr gewähltes Verfahren legalisieren Sie nachträglich das Verhalten derjenigen, die bewusst einen Regelbruch begangen haben, die bewusst gegen die Aufforderung der Glücksspielaufsicht verstoßen haben. Die belohnen Sie. Dieses Signal senden Sie in die Welt.

Das können wir nicht mittragen, unabhängig von der Frage der Liberalisierung. Ich hoffe, dass das ein einmaliger Vorgang bei einem Gesetzgebungsverfahren in Schleswig-Holstein ist. Wenn Ihnen bei dieser Aktion nicht wenigstens ein bisschen unwohl ist, dürfte ich Teile der Kolleginnen und Kollegen auf dieser Seite des Hauses bisher falsch eingeschätzt haben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kai Dolgner, das Dilemma liegt doch auf der Hand. Trotz des klaren Verbots in § 4 Absatz 4 Glücksspielstaatsvertrag können alle Menschen in Deutschland jederzeit und problemlos in Online-Casinos zocken - egal wo sie wohnen, egal ob sie volljährig sind. Diese Angebote sind zwar illegal, doch auf Firmen mit Sitz in Malta oder

Monaco üben die Glücksspielaufsichtsbehörden der Bundesländer keinerlei Kontrolle aus.

(Lars Harms [SSW]: Wohl wahr!)

All diejenigen, die in der Anhörung darauf hingewiesen haben - freie Wohlfahrtsverbände und andere -, dass das für Schleswig-Holstein kein guter Einzelweg wäre, drücken sich um dieses Problem herum, und das ist das Hauptproblem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter Peters, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer mit dem größten Vergnügen.

(Heiterkeit)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Peters, ich bewundere Ihre Fähigkeit, von Sachen abzulenken. - Der von mir zitierte Anbieter online-casino.de war zum damaligen Zeitpunkt kein Anbieter aus dem sogenannten grauen Bereich beziehungsweise mit Sitz auf Malta, sondern hat eine schleswig-holsteinische Glücksspiellizenz gehabt; sein Sitz war übrigens in Deutschland. Das Versprechen war, dass man die Verstöße glücksspielrechtlich ahnden könnte. Ich kann sagen, die gelebte Praxis zwischen dem 28. Dezember 2018 und dem heutigen Tag war, dass nicht geahndet werden konnte und Sie nicht geahndet haben. Sie wollen das Verhalten nachträglich vielmehr legalisieren.

Gestehen Sie mir zu, dass es ein Unterschied ist, ob ich einen Regelverstoß aus verschiedenen Gründen nicht verfolgen kann oder ob ich das Verhalten nachträglich ehre und über einen entsprechenden Gesetzentwurf legalisiere, indem ich diesem Anbieter von der Zuverlässigkeitsprüfung rausnehme?

- Ich finde das auch nicht gut. Dieser Anbieter hatte sich aber immerhin einmal einer Lizenzierung in Deutschland unterzogen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Dann ist ja gut!)

- Das ist ein Unterschied im Vergleich zu dem, was ansonsten auf diesem Markt passiert. Deswegen gibt es einen gewissen Vertrauensgrundsatz.

(Burkhard Peters)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Daher, denke ich, können wir die vier Monate ohne Lizenz überbrücken.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein war es ein bisschen anders. Die Lizenzen, die unsere Glücksspielbehörde 2012 erteilt hat, sind an Bedingungen geknüpft: die Einhaltung der Regeln zum Spielerinnen- und Spielerschutz, zum Jugend- und Verbraucherschutz und die Abwicklung aller Spiele über unseren Safe-Server, um die Kontrolle sicherzustellen und Weiterleitungen aus anderen Bundesländern zu verhindern.

Spielerinnen und Spieler haben bei den schleswig-holsteinischen Angeboten den Vorteil, dass sie wissen, dass es sich um sichere und legale Angebote handelt - bis auf diese Ausnahme. Die Anbieter, die sich unserer Regulierung unterwerfen, dürfen im Gegenzug ihre Spiele legal und seriös anbieten.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund muss man ganz klar festhalten: Ein Auslaufen der Lizenzen nützt niemandem. Es nützt den Jugendlichen und den Verbraucherinnen und Verbrauchern nichts; am allerwenigsten nützt es den Spielerinnen und Spielern, die süchtig und suchtgefährdet sind. Denn natürlich haben Online-Casinos ein maximal hohes Suchtpotenzial: Sie sind rund um die Uhr schnell verfügbar, maximal bequem, und es gibt keinerlei soziale Kontrolle. Zudem werden hier gern gerade die Spiele nachgebildet, die auch im Offlinebereich zu den gefährlichsten gehören.

Doch wenn die in den letzten Jahren legalen Anbieter ihre Lizenz verlieren, werden Suchtkranke natürlich nicht aufhören zu spielen. Stattdessen werden sie sich den illegalen Märkten zuwenden. Im sogenannten Graumarkt sind sie der Suchtmaschine dann schutzlos ausgeliefert.

Nur durch unsere schleswig-holsteinische Regulierung gibt es bislang überhaupt Überprüfungen von Anbietern und Schutz vor Betrug. Nur bei uns sind die genauen Spielbedingungen transparent. Nur bei uns werden Minderjährige vom Spiel ausgeschlossen. Nur bei uns werden Art und Zuschnitt der Spiele geregelt und dadurch Spielerinnen und Spieler vor den gefährlichsten Spielformen geschützt. Nur bei uns sind Anbieter verpflichtet, ein Sozialkonzept zu erstellen.

Und nur so kommt das Land in den Genuss von Glücksspielabgaben. Herr Kollege Arp hat schon geschildert, welche Vorteile das für viele Verbände und Sportvereine hat.

Entscheidend ist also: Nur wenn die Lizenzen von 2012 verlängert werden, wird auch die Wirkung unserer vernünftigen und durch und durch klar geregelten Regulierung verlängert.

Meine Damen und Herren, bei alledem will ich nicht unterschlagen, dass ich in unserer alten Regulierung durchaus Defizite sehe. Einige sind in der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss aufgezeigt worden. Zum Beispiel sollten wir die Frage von Glücksspielwerbung, vor allem im TV, näher diskutieren; denn wie Werbung im Einzelfall wirkt, können wir genauso wenig steuern wie die Antwort auf die Frage, wen sie erreicht. Warum ein Werbespot für legales Online-Casinospiel nicht ebenso zum Spiel bei womöglich auch noch gleichnamigen illegalen Anbietern animieren sollte, leuchtet mir ohne Weiteres nicht ein.

Wir haben wirkungsvolle Schutz- und Kontrollvorschriften bei den künftigen Regulierungen. Die haben für mich hohe Priorität. Das Mindestmaß sind für uns die Standards des alten Glücksspielgesetzes, über die wir aus meiner Sicht stellenweise noch hinausgehen sollten. Darüber werden wir in Zukunft intensiv diskutieren.

Wir werden unsere Ideen einer zukunftsgerichteten Reform in den kommenden Monaten entwickeln und darüber mit anderen Bundesländern diskutieren. Wir Grünen planen zum Beispiel bereits ein Fachgespräch in Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Grünen anderer Landesparlamente. Wir wollen die Expertise aus dem Präventionsbereich einholen und die Erfahrungen aus Dänemark einbeziehen. Ich lade Sie alle ein, daran teilzunehmen.

Ansonsten bitte ich um Zustimmung zum Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dolgner, Sie haben ein schönes Szenario an die Wand gemalt. Sie haben Zweifel an unserer rechtsstaatlichen Überzeugung geäußert.

Fangen wir ganz vorne an. Wir müssen uns doch überlegen, welche Situation beim Online-Glücksspiel vorliegt. Wenn wir das Online-Glücksspiel

(Jan Marcus Rossa)

nicht regulieren, wie das der SPD vorschwebt, wie es dem Glücksspielstaatsvertrag entspricht, dann wird es in Deutschland trotzdem Online-Glücksspiele geben. Die Bekämpfung von illegalem Online-Glücksspiel in den verschiedenen Bundesländern, die ja hinter diesem Staatsvertrag stehen, ist ja nicht nur fragwürdig, sondern auch völlig erfolglos gewesen. Das darf man nicht vergessen.

Deswegen sind wir der Überzeugung - FDP und CDU schon seit Langem und seit etwas Kürzerem auch Ihre ehemaligen Koalitionspartner SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, dass ein Regulierungsrahmen für Online-Glücksspiel besser ist als die kategorischen Verbote, die Ihnen vorschweben, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Totalverbot bringt Ihnen überhaupt nichts. Es verbessert nicht die Suchtprävention, es verbessert nicht den Jugendschutz, es verbessert nicht den Spielerschutz und es verbessert auch nicht die Bekämpfung von Geldwäsche und anderem illegalen Treiben, das mit Glücksspiel verbunden sein kann.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Regulierung ist die einzige Institution, um wirksame Schutzeinrichtungen und Schutzmaßnahmen zu etablieren. Das müssen auch Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen. Die Anhörung hat dazu auch nichts anderes ergeben.

Sie haben sehr juristisch argumentiert. Ja, wir haben rechtlich eine völlig unbefriedigende Situation. Ich bin über die momentan gelebte Praxis hier in Schleswig-Holstein mehr als unglücklich, das ist kein zufriedenstellender Zustand; das will ich Ihnen zugestehen.

Ich will Sie an Ihre Verantwortung erinnern. Denn wer hat denn diese Situation verursacht? - Das war die SPD. Nach dem Regierungswechsel 2012 hat sie das schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz so schnell wie möglich aufgehoben und ist dem Staatsvertrag - der ein kategorisches Verbot beinhaltet - beigetreten.

Sie haben es mit dem Aufhebungsgesetz tatsächlich geschafft, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die handwerklich so schlecht ist, dass wir die unklare Rechtslage von heute darauf zurückführen müssen. Sie können darüber gern lachen; das hätte ich auch gemacht. Wegwischen werden Sie Ihre handwerklichen Fehler damit nicht.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Bereich hat uns das Anhörungsverfahren natürlich geholfen. Zum Teil ist hier der Eindruck vermittelt worden, dass mit dem Auslaufen der Glücksspiellizenzen, die erteilt worden sind, auch endgültig das Glücksspielgesetz außer Kraft getreten ist. Dass man das durchaus anders sehen kann, ist zumindest in der Anhörung sehr deutlich geworden, unter anderem durch die Vorlage von zwei Gutachten, von den Professoren Becker und Nolte, und durch die Stellungnahme von Herrn Dr. Reichert. Wir können ihnen dankbar sein, weil das deutlich machte, wie unklar die Rechtslage gewesen ist, die Sie herbeigeführt haben und die wir heute korrigieren müssen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass sich die Glücksspielbehörde für eine Interpretation des Gesetzes ausgesprochen hat, das ist in Ordnung und können wir hinnehmen. Dass wir anderer Auffassung sind, haben wir sehr deutlich gemacht. Wir sind aber Gesetzgebung und bestimmen daher nicht die Leitlinien der Verwaltung. Daran werden wir uns halten.

Wir haben einen politischen Auftrag, und der lautet, dass wir, wenn wir Online-Glücksspiel nicht verhindern können, Suchtprävention, Jugendschutz und Spielerschutz verbessern müssen. Das geht nur durch klare Regulierung und das SAFE-Server-System, das Garant dafür ist, dass dieser Schutz und die Schutzfunktion der Regulierung auch eingehalten werden.

(Beifall FDP und CDU)

Das spricht auch für sich und hat nichts mit dem Gesetzgeber zu tun, dass dieses SAFE-Server-System eben nicht abgeschaltet worden ist. Denn auch die Glücksspielbehörde hat verstanden, dass es besser ist, den Spielern online diesen Schutz zukommen zu lassen.

Deshalb ist es richtig, dass wir die Initiative ergriffen haben und mit diesem Übergangsgesetz einen rechtlichen Rahmen schaffen, der wieder Rechtssicherheit schafft.

Wenn die Glücksspielbehörde der Meinung ist, dass durch das zwischenzeitliche Verhalten die Zuverlässigkeit einzelner Glücksspielbetreiber infrage steht, dann gilt das Glücksspielgesetz weiterhin, und es können Genehmigungen wegen des Wegfalls der Zuverlässigkeit auch widerrufen werden. Aber auch das, Herr Dr. Dolgner, überlasse ich der Glücks-

(Jan Marcus Rossa)

spielbehörde, denn ich bin Gesetzgebung und nicht Verwaltung. - Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]:
Und ich bin Opposition, ich bin nicht Regierung!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Das Thema Online-Casinospiele beschäftigt den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht zum ersten Mal. Auch hier im Plenum haben wir sehr, sehr viele von den Argumenten, die wir heute hier hören, bereits behandelt. Auch die Diskrepanz oder die unterschiedlichen juristischen Betrachtungen zur Frage des Genehmigungsablaufs auf der einen und der Besitzstandswahrung auf der anderen Seite sind schon sehr weitgehend beleuchtet worden.

Im Innen- und Rechtsausschuss hat es in einem umfangreichen Anhörungsverfahren einen Austausch mit Experten und Fachkundigen gegeben, die genau diese verschiedenen Meinungen dargelegt haben. Wir sind tatsächlich und mit großer Mehrheit zu dem Schluss gekommen, dass die Schaffung einer Übergangsregelung und damit die begrenzte Fortdauer der bisher erteilten Genehmigungen bis zum 30. Juni 2021 eine gute Entscheidung für unser Land ist. Aber - auch das ist hier schon angeklungen - das kann nur eine Übergangsregelung sein, und als solche ist sie auch gemeint.

Der schleswig-holsteinische Weg ist der bessere Weg. Er ist nicht perfekt - auch das sagte ich genau an dieser Stelle schon -, und deshalb brauchen wir das über allem stehende und parteiübergreifende Ziel, hier eine verbindliche Regelung für Online-casinoangebote aller 16 Bundesländer zu schaffen, die allen Ansprüchen an Rechtssicherheit, Verbraucherschutz und Suchtprävention in vollem Umfang gerecht wird.

Wir haben tatsächlich noch ein gutes Stück des Weges vor uns. Von daher werde ich jetzt meinen Vortrag an dieser Stelle beenden. Denn es ist in der Tat bereits alles gesagt worden. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist noch nicht alles gesagt worden. Ich möchte nochmals, wie schon in der Debatte zur ersten Lesung des Gesetzes, vorausschicken, dass es dem SSW darum geht, ein legales und vor allem kontrolliertes Online-Angebot an Glücksspielen zu schaffen. Der Zustand, der jetzt teilweise gilt, ist definitiv unhaltbar. Es kann nicht sein, dass wir auf Regelungen verzichten und damit die Spielerinnen und Spieler in illegale Angebote abdrängen, Angebote, die keine Regelungen für Spielerschutz und gegen Geldwäsche haben und bei denen das verdiente Geld vollkommen am Staat vorbeigeschleust wird, ohne dass es für Suchtprävention oder andere Ziele verwendet werden kann. Es ist nicht vertretbar, dass die Gewinne illegal in die Taschen von Anbietern in der Karibik landen

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

und gleichzeitig unser Staat sich um die Auswirkungen zu kümmern hat, ohne dass sich diese Unternehmen daran beteiligen.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb braucht es klare gesetzliche Regelungen zum Glücksspiel und zur Lizenzvergabe, so wie wir sie hier heute in Schleswig-Holstein beschließen werden.

Wir reden hier über eine Entwicklung, die sich nicht aufhalten lässt. Deshalb braucht das Spiel Regeln. Der Bruttospielertrag im legalen Online-Spielbereich ist von 2014 bis 2017 um 80 % angestiegen. Innerhalb von drei Jahren ist das legale Spiel quasi durch die Decke gegangen. Und jetzt wird dieses legale Spiel durch das Auslaufen der Lizenzen quasi auf null runtergebremst. Das ist aber nur scheinbar eine Lösung, denn das Spiel ist ja nicht weg. Im gleichen Dreijahreszeitraum ist nämlich das illegale Online-Spiel um 300 % gestiegen. Es hat sich vervielfacht, obwohl es ein legales Angebot gab.

Wenn dieses legale Angebot jetzt wegfällt, dann lösen wir nicht ein Problem, sondern dann haben wir erst ein Problem. Dann vergrößert sich das illegale, nicht kontrollierte Spiel. Es ist gerade nicht unsere Aufgabe, für so etwas zu sorgen.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wer sich hier im Landtag gegen eine Verlängerungsmöglichkeit der Lizenzen und damit gegen die Kontrolle des Spiels stellt, der hilft nur dem kriminellen, illegalen Glücksspiel.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch das haben die Anhörungsergebnisse zu dem Gesetzentwurf sehr gut gezeigt. Da gibt es sicherlich die Suchtverbände, die intensiv auf die Gefahren des Glücksspiels hinweisen. Das ist auch gut und richtig so. Aber es gibt auch die Sucht- und Drogenbeauftragte des Landes, die deutlich macht, dass ein kontrolliertes Angebot zur Gewährleistung von Spieler- und Jugendschutz vorhanden sein muss. Deshalb befürwortet sie den Gesetzentwurf. Auch die Verbraucherzentralen fordern eine effektive Kontrolle des Glücksspiels, die ja nun einmal nur mit einem legalen Angebot möglich ist. Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung sieht ein pauschales Verbot von Glücksspielangeboten als nicht sinnvoll an.

Wir können also feststellen, dass auch aus dem Bereich der Suchtprävention durchaus differenzierte Stellungnahmen gekommen sind, die aber im Endeffekt das Angebot eines kontrollierten Online-Angebots positiv sehen.

Andere Bundesländer machen sich auf den Weg und sind ebenfalls für ein geregeltes Glücksspielangebot offen. Hessen denkt darüber nach, Rheinland-Pfalz hat Offenheit gezeigt, in Nordrhein-Westfalen diskutiert man neue Wege, und auch in Bayern erkennt man die neue Zeit. Wir sind also keineswegs allein auf unserem Weg. Auch dieses Argument zählt nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Am Ende ist es wie so oft so: Am Ende muss eine Regelung wie in Dänemark stehen.

(Heiterkeit)

Dort gibt es legale Online-Glücksspielanbieter mit Lizenzen und entsprechenden Bedingungen, die diese erfüllen müssen. Gleichzeitig geht die dort zuständige Behörde rigoros gegen illegale Anbieter vor und lässt deren Seiten in Dänemark sperren. Das ist aktiver Spielerschutz, und so stellen wir uns das Ganze auch hier bei uns vor.

Das, was wir heute hier beschließen, ist ein erster Schritt, aber den großen Schritt hin zu einem dauer-

haft kontrollierten Glücksspielangebot haben wir noch vor uns, und den wollen wir auch mitgehen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will etwas zur Aufklärung beitragen.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Es ist mir sehr wichtig, Frau Raudies, dass wir hier nicht das Parlament dafür verantwortlich machen.

Ja, es stimmt, die Haushaltsmittel sind um 50.000 € gekürzt worden. Sie sind allerdings nicht durch eine Parlamentsentscheidung, also nicht im Rahmen einer Haushaltsberatung von diesem Hohen Haus hier - egal wer Regierung oder Opposition war, das hätten wir hier auch merken müssen und wäre dann unsere Schuld gewesen - gestrichen worden, sondern die 50.000 € sind durch die Verringerung der Zweckeinnahmen beim Lotto entstanden. Das war also keine Entscheidung des Landtages. Durch diese Entwicklung bei der Zweckabgabe des Lottos hat sich die Abgabe um 50.000 € reduziert.

Das war der Komplex, den ich eben vergessen habe zu erwähnen. Ich habe selber nicht daran gedacht. Ich muss mich dafür entschuldigen. Im Zusammenhang wird das klar: Daran war nicht der Haushalt schuld, sondern die Zweckabgaben. Unterm Strich haben aber die 50.000 € gefehlt. Das regeln wir. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch kurz eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harms?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Klar.

Lars Harms [SSW]: Kollege Arp, sind Sie mit mir einer Auffassung, dass wir, wenn wir wieder die Möglichkeit schaffen, Glücksspiel legal zuzulassen, auch diese Einnahmen, von denen Sie gerade gesprochen haben, wieder steigern können? Das wäre doch für die Suchtprävention, die wir haben, eine gute Sa-

(Hans-Jörn Arp)

che, wenn wir diese Einnahmen wieder verbessern könnten.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

- Vielen Dank, Kollege Harms. - Vielleicht können Sie mit Ihrem Applaus noch warten!

(Lars Harms [SSW]: Den willst du dann haben, klar! - Heiterkeit)

- Selbstverständlich. Lieber Kollege Harms, genau darum geht es ja. Es muss doch klar sein, dass es einen Mehrwert geben muss. Der Mehrwert muss ganz klar beim Spielerschutz entstehen. Die Einnahmen sollen nicht ausschließlich dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, sondern diejenigen, die präventiv sehr aktiv sind, die sollen davon profitieren, die sollen ihre Arbeit machen können.

Denn ansonsten wäre es nicht logisch und nicht konsequent, einerseits den Glücksspielmarkt zu unterstützen und andererseits die Lasten dem Staat alleine zu überlassen. Das geht nur, wenn man das miteinander macht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Raudies?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja klar, gern, nachdem ich sie ja persönlich angesprochen habe.

Beate Raudies [SPD]: Herr Kollege Arp, Chapeau für dieses Eingeständnis. Das ist in Ordnung, finde ich. Ich frage Sie dann noch einmal sehr deutlich: Also nehmen Sie die Aussage zurück, dass man - die letzte Regierungskoalition - den Suchtverbänden die Mittel gekürzt hat?

- Ich habe Ihnen genau erklärt, wie das zustande gekommen ist. Ich weiß nicht, wer den Lottoverband darauf hingewiesen hat. Das weiß ich nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß nicht, wie so etwas läuft. Ich habe gesagt: Es ist keine Entscheidung des Parlaments während der Haushaltsberatungen gewesen. Das weiß ich definitiv. Die Mittel sind gekürzt worden, das machen die nicht aus freien Stücken, da muss es irgendeinen Grund gegeben haben. Aber das will ich auch gar nicht recherchieren, das ist Schnee von gestern. Entscheidend ist, dass sie das Geld nicht bekommen haben. Entschei-

dend ist, wie Lars Harms gesagt hat, dass wir die Verantwortung wieder übernehmen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

War es das? - Herzlichen Dank, schönen Feierabend.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Noch nicht ganz. Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

(Zurufe)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zweckabgabe hat überhaupt gar nichts mit Online-Casinospielen zu tun, sondern mit den Einnahmen aus den staatlichen Lotterien. Die werden durch solche Gesetze übrigens nicht gerade gefördert. Das nur ganz nebenbei.

(Zuruf)

- 300.000 €Zweckabgabe. Lars Harms hat nach der Zweckabgabe gefragt, und die Lottozweckabgabe stammt aus den Einnahmen des staatlichen Lottonomopols. Herr Arp, Sie können nach oben kommen, dann können Sie sich das auch noch ansehen. Ich bin ja froh, einem ausgewiesenen Glücksspielexperten noch ein bisschen über die Finanzströme beizubringen. Oder der Kollege Koch macht das an der Stelle. Das hat gar nichts damit zu tun - also entweder war es eine Nebelkerze oder Nicht-Wissen, beides ist möglich.

Das Zweite: Ja, Herr Rossa, ich habe die Gutachten auch gelesen. Ich habe auch gelesen, wer das eine Gutachten bezahlt hat. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin nicht darauf angewiesen, ein Gutachten einer Kanzlei für mich als wahr anzuerkennen, und schon gar nicht, wenn in diesem Gutachten steht, dass man zwar dem BGH widerspricht, aber man ziemlich sicher ist, dass der BGH bald einsehen wird, dass er sich irrt. Ich fand das sehr selbstbewusst an der Stelle, muss ich sagen. Aber Sie haben zu Recht gesagt: Wir sind hier der Gesetzgeber, und wir können uns auch anderen juristischen Überzeugungen anschließen.

Zum Thema Geisterfahrt: Die anderen Länder lassen Sie gewähren, weil Sie einen Deal zum Thema Sportwette eingegangen sind. Wenn Sie sie denn überzeugt hätten, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ist dann in dem gleichzeitig dem Parlament zugeleiteten Entwurf zum Glücksspieländerungstaatsvertrag nicht die Freigabe der Online-Casino-

(Dr. Kai Dolgner)

spiele enthalten? Dann hätten Sie doch das ganze Problem nicht gehabt, was Sie jetzt mit Ihrem Übergangsgesetz nachträglich lösen wollen. - Es ist im Endeffekt mitnichten so, dass Sie die anderen Bundesländer alle überzeugt hätten.

(Zuruf)

- Na ja, der Kollege Arp ist ja auf einem guten Weg, er telefoniert noch einmal, wann die anderen Länder auch sagen, sie nehmen diese Übergangsregelung. Die Ratifizierung vom Glücksspieländerungsstaatsvertrag, das vergessen wir jetzt alle mal. Alle gehen den schleswig-holsteinischen oder den dänischen Weg und allen ist im Endeffekt geholfen. - Dem ist nicht so!

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Der Kollege Rossa hat sich auch schon gemeldet. Ich finde übrigens schon, dass es die Aufgabe des Landtags und der Landtagsabgeordneten ist, die Regierung auf Vollzugsdefizite hinzuweisen, wenn diese Regierung die Notwendigkeit eines Vollzuges respektive den Regelverstoß in einer Kleinen Anfrage selber eingesteht. Die Rechtsauffassung der Regierung war, dass das von mir genannte onlinecasino.de die Spielerinnen und Spieler darüber täuscht, dass sie gerade in Schleswig-Holstein nicht legal spielen können - unter Nennung der ausgelaufenen Lizenznummer. Dann ist es mein gutes Recht als Abgeordneter - auch wenn das regierungstragende Fraktionen ein bisschen stört -, hier an dieser Stelle zu sagen, dass mich das in meinem Rechtsempfinden stört. Ich habe übrigens auch nicht gesagt, dass es Sie unbedingt stören muss, aber ich gehe davon aus, dass es einige von Ihnen auch in ihrem Rechtsempfinden stört, wenn man so etwas dann nachträglich legalisiert. Dazu stehe ich.

(Zuruf)

- Sie können mir gern eine Zwischenfrage zu dem Thema stellen, ich bin gern auskunftsbereit. Ich habe auch Screenshots gemacht. Dieser Anbieter wirbt auch mit einem Link auf den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

- Bitte?

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Das scheint ja schlicht und ergreifend das Siegel zu sein. Das muss jeder mit sich selbst ausmachen. Ich

habe nur gesagt: Es entspricht nicht unserem Rechtsempfinden, so vorzugehen. Ihr Rechtsempfinden kann das sein. Aber ich finde, eine Aufsicht, die etwas feststellt und viereinhalb Monate lang nicht dagegen vorgeht, ist kritikwürdig - wenn nicht von der Opposition, von wem denn dann?

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Danke. Das war ein schönes Schlusswort. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dolgner, bevor ich wusste, dass es diese Gutachten gab, habe ich mich auch als Jurist mit diesen Fragen beschäftigt. Ich kann Ihnen hier versichern, dass ich in meinem ganzen Leben - jedenfalls in dieser Frage - nicht von Glücksspielunternehmen bezahlt wurde, als ich mich damit beschäftigt habe.

(Zurufe)

- Lassen Sie mich ausreden, dann wissen Sie, was kommt.

Ich habe mich mit diesem Thema beschäftigt, was mir eigentlich die Regelung in diesem Aufhebungsgesetz sagt, und bin sehr schnell dahin gekommen, dass es zwei Interpretationsmöglichkeiten gibt. Auf diese beiden Interpretationsmöglichkeiten ist glücklicherweise im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens dann auch aufmerksam gemacht worden. Das ändert an der Qualität der rechtlichen Stellungnahme nichts.

Zu versuchen, rechtliche Stellungnahmen und Gutachten zu verunglimpfen, indem man sagt, die seien im Auftrag von Dritten erstellt worden, hilft Ihnen auch nicht weiter. Beschäftigen Sie sich mit dem Gesetzestext, dann werden Sie feststellen, dass die Interpretation keineswegs abwegig ist, die dort geäußert worden ist. Damit müssen wir uns auch beschäftigen.

Dass die Antwort, die Sie auf ihre Kleine Anfrage bekommen haben, dort nicht ganz umfassend gewesen ist, mag daran gelegen haben, dass dem Innenministerium diese beiden Stellungnahmen damals noch nicht bekannt gewesen sind. Das kann ich nicht beurteilen.

(Jan Marcus Rossa)

Dann noch etwas: Es ist ein großer Unterschied, ob Sie die Regierungs- und die Verwaltungsbehörden kontrollieren. Bitte, das ist Ihr gutes Recht.

(Birte Pauls [SPD]: Das ist Ihre Aufgabe als Parlamentarier!)

Sie können Kleine Anfragen stellen, so viel Sie wollen. Das ist überhaupt nicht mein Punkt. Aber ich werde den Verwaltungsbehörden nicht vorgeben, wie sie in dieser Frage zu entscheiden haben. Ich habe gewisse Vorstellungen, ja, die habe ich hier auch geäußert. Aber ich werde nicht anweisen, wie damit umzugehen ist. Das ist eigentlich alles, was ich gesagt habe.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ja, sehr gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Abgesehen davon, dass ich mich an einen Weisungsauftrag der SPD in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erinnern kann - ich habe über das unterschiedliche Rechtsempfinden gesprochen -, möchte ich im Sinne einer Zwischenbemerkung klarstellen, dass ich niemandem die Nutzung dunkler Mächte unterstellen will, aber wenn ein Gutachten einen Auftraggeber hat und das zu einer anderen Rechtsauffassung als das Innenministerium kommt - denn das Innenministerium ist von selbst auch nicht auf das gekommen, was Sie gleich im ersten Satz gesehen haben, vielleicht gibt es da eine sinnvolle Nachverwendung für Sie als Top-Jurist an der Stelle -, gestehen Sie mir dann trotzdem zu

(Zurufe)

- das können Sie ihn selbst fragen -, dass mich das trotzdem im Gegensatz zu Ihnen nicht überzeugt hat und ich es trotzdem wichtig finde, dass man bei Gutachten Ross und Reiter nennt? Oder sind Sie der Auffassung, dass Rechtsgutachten, die in Auftrag gegeben werden, immer komplett untendenzios sind?

- Das hängt dann auch wiederum natürlich vom Auftrag ab. Ich möchte aber an eines erinnern: Nicht eine der Stellungnahmen hat einen Auftraggeber dahinter, der nicht der Landtag ist. Selbstverständlich haben die Verbände ihre Interessen und

die ihrer Mitglieder und Unterstützer zu wahren. Auch das ist ein Auftrag. Also frei von einer Beeinflussung ist doch nicht ein einziger. Wir sind auf eine rechtliche Interpretation aufmerksam gemacht worden. Das finde ich nicht schlimm. Das ändert auch am Gehalt und an der Werthaltigkeit solcher Gutachten nichts. Ich habe auch in meiner Rede sehr deutlich darauf hingewiesen, dass man an der Stelle unterschiedlicher Rechtsauffassung sein kann. Ich bin also durchaus in der Lage, und auch der Landtag, die regierungstragenden Fraktionen und der SSW sind durchaus in der Lage, das richtig einzuordnen. Natürlich ist uns klar, aus welchem Umfeld diese Stellungnahmen gekommen sind. Aber es war auch gut, dass diese Rechtsauffassung im Rahmen des Anhörungsverfahrens in die Debatte Einzug gehalten hat. Um mehr geht es mir nicht.

Es ist mir dann, wenn ich den Text gelesen habe und es nachvollziehen kann, eigentlich völlig egal, von wem das kommt. Das weiß ich auch, da haben Sie mir heute keine Neuigkeiten erzählt. Ich finde das nicht relevant, weil es eine überzeugende juristische Schlussfolgerung ist, die dort geäußert worden ist. Ich habe sehr deutlich hier im Parlament gesagt, dass man auch anderer Auffassung sein kann. Ich habe an der Stelle darauf hingewiesen, dass die Glücksspielbehörde eine andere Auffassung vertritt und dass das auch vertretbar ist und von uns akzeptiert wird - mehr nicht. Damit bin ich dann aber auch tatsächlich am Ende meiner Rede.

Ich bin nicht der Meinung, dass man versuchen sollte, Gutachten, Stellungnahmen, die uns im Rahmen von Anhörungsverfahren zugänglich gemacht werden, zu diskreditieren. Das war mir wichtig, festzuhalten, insbesondere, weil fachlich an diesem Gutachten nichts zu beanstanden ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir den Kollegen Arp in den Feierabend entlassen können, erteile ich noch der Landesregierung das Wort. Das tue ich hiermit, indem ich das Wort dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herrn Hans-Joachim Grote, erteile.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein paar Minuten brauchen Sie noch. Im Namen der Landesregierung begrüße ich den Gesetzentwurf ausdrücklich. Damit ist es gelungen, für den Übergangszeitraum bis 2021 einen Rechtsrahmen für

(Minister Hans-Joachim Grote)

das Online-Casinospiel in Schleswig-Holstein zu schaffen. Auf dieser gesetzlichen Grundlage können die Genehmigungen für Online-Casinospiele als weiterhin gültig angesehen werden. Bis gemeinsam mit den anderen Ländern ein neuer Regulierungsrahmen entwickelt wird, können wir nur auf diesem Weg den regulierten Markt für Online-Casinospiele erhalten.

Es wäre höchst problematisch, wenn die bisher erfolgreiche Regulierung des Online-Casinospiels bis 2021 unterbrochen werden müsste. Die Gefahr ist da. Wie stark der Schwarzmarkt angestiegen ist, habe ich erst in der Februar-Tagung erläutert. 1,76 Milliarden €- das ist eine Verdreifachung des Bruttospielertrages seit 2013. Damit könnte man theoretisch 18 Ronaldos zu je 94 Millionen € kaufen.

(Zurufe)

Diese Summe entsteht, weil so viele Menschen Online-Casino spielen. Sie spielen, ob es verboten ist oder nicht. Nur, damit eines klar ist: Ich möchte keine 18 Ronaldos hier in Schleswig-Holstein haben. Ich weiß auch gar nicht, wo sie spielen sollten.

(Zuruf: Doch, das weiß ich schon! - Weitere Zurufe)

- Hier kommt jetzt endlich Stimmung auf.

(Heiterkeit und Beifall CDU, FDP, AfD und SSW)

Einen Schwarzmarkt möchte ich nicht, Sie wohl auch nicht.

Es ist die Pflicht der Politik, den legalen entgeltlichen Spielkonsum auf einen angemessenen Umfang zu beschränken. Wir wollen ihn nicht beliebig freigeben. Um Suchtrisiken vorzubeugen, um Spieler zu schützen, um insbesondere Jugendliche vor betrügerischen Machenschaften zu schützen und damit verbundene Folge- und Begleitkriminalität abzuwehren, ist das ein wichtiger Baustein. Das lässt sich nur mit einer wirksamen Glücksspielregulierung erreichen.

Ziel dieser Regulierung ist auch, dass das Glücksspiel ordnungsgemäß, verantwortlich und vor allen Dingen transparent durchgeführt wird. Es ist auch das Ziel der Glücksspielregulierung, dass der Spielbetrieb kanalisiert und in geordnete, überwachte Bahnen gelenkt wird. Damit soll und kann vielleicht der ungesetzliche Markt eingedämmt werden. Ich sage bewusst nicht: eingeschränkt oder völlig verboten werden.

Kein einziges dieser Ziele können wir als Land verwirklichen, wenn das Spiel ausschließlich auf dem Schwarzmarkt erfolgt. Ohne Kontrolle volles Risiko.

Ich bin deshalb froh, dass es gelungen ist, ein Gesetz zur Übergangsregelung für Online-Casinospiele zu finden. Es ermöglicht der schleswig-holsteinischen Glücksspielaufsicht, den bereits erreichten Regulierungszustand zu erhalten. Alle bisherigen Anforderungen zur Gewährleistung des Spielerschutzes, des Jugendschutzes und des Verbraucherschutzes sowie die Nutzung des Safe-Servers gelten daher weiterhin. Es beruhigt mich, dass sowohl die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein als auch die Sucht- und Drogenbeauftragte des Landes und der Bundesregierung dies unterstützen.

Als ich vorhin bei den Kollegen saß, habe ich mir genau das noch einmal herausuchen lassen. Ich bin immer wieder fasziniert, lieber Herr Harms, welche Detailinformationen Sie haben. Genau diese drei wollte ich auch erwähnen.

Herr Dr. Dolgner, ich schätze, dass die anderen im Haus auch lesen können. Es ist keine Wortsemantik oder Wortdeutung, die betrieben worden ist. Ich kann Ihnen die Briefe im Zweifelsfall gern zur Verfügung stellen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Wohlfahrtsverbände sehen das anders!)

- Es sehen ganz viele Menschen anders. So wie Sie selektiert haben, habe ich diejenigen gefunden, die mit diesem Thema massiv zu tun haben und dies positiv begleiten.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis ist: Wir führen die intensiven Verhandlungen mit den anderen Ländern weiter mit dem Ziel, ab 2021 eine gemeinsame, tragfähige Lösung für den gesamten Glücksspielbereich zu haben. Ich bin sicher, unsere Erfahrungen, insbesondere mit der datenbankbasierten Überwachung durch den sogenannten Safe-Server, werden für die anderen Länder eine erhebliche Bedeutung haben und sie auf dem Weg weiter voranbringen.

Ich kann gut verstehen, dass es manchen Menschen Unbehagen bereitet, in Bezug auf Online-Glücksspiel über legale Wege zu sprechen. Auch mir geht es so. Ich habe das aus vielen Wortbeiträgen hier im Raum gehört. Darum geht es nicht. Ohne diese nehmen wir uns jedoch jegliche Einflussmöglichkeit. Das ist das Entscheidende, worüber dieses Hohe Haus diskutiert hat.

(Minister Hans-Joachim Grote)

Einzig dadurch, dass wir an unsere Erlaubnis bestimmte Auflagen binden, können wir überwachen, ob die materiell-rechtlichen Anforderungen an die erlaubten Glücksspiele eingehalten werden. Nur so können wir die unerlaubten Angebote intensiv bekämpfen. Diese Aufgabe werden wir als Regierung weiterhin mit Nachdruck erfüllen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/1343, anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU und AfD gegen die Stimmen der SPD angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die heutige Sitzung und unterbreche die Tagung bis - Obacht! - morgen 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:17 Uhr